



# KODAK GRAY SCALE



# KODAK COLOR CONTROL PATCHES



*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*

Staatswissenschaftliche  
**Mittheilungen,**  
vorzüglich in Beziehung  
auf das  
**Herzogthum Braunschweig,**  
von

Friedrich Karl von Strombeck,  
Fürstlich-Lippischem Geheimen-Rathe, Oberappella-  
tions-Rathe, Mitgliede des engern Ausschusses der  
Braunschweigischen Landschaft.

Zweites Heft.

Inhalt.

- IV. Ueber die behauptete Verarmung der Städte.
- V. Ueber die Unveräußerlichkeit der Braunschwei-  
gischen Cammergüter.
- VI. Ist dem Bauernstande das Recht der Land-  
schaft einzuräumen?
- VII. Der Advocatenstand im Herzogthum Braun-  
schweig.
- VIII. Einige Worte über eine zu wünschende Wie-  
derherstellung der Julius-Carls-Universität.
- IX. Ueber die zu ordnenden bürgerlichen Verhält-  
nisse der Juden.
- X. Welche Mittel hat ein Norddeutscher Staat  
gegen eine zu befürchtende Uebervölkerung  
anzuwenden?
- XI. Ueber die Deffentlichkeit ständischer Versamm-  
lungen.
- XII. Die Prälaten als Landstände.
- XIII. Die Verbrechen und Vergehungen der Predi-  
ger und Schullehrer und deren Abschbarkeit  
nach Braunschweigischen Gesetzen betreffend.
- XIV. Resultate einer Conferenz des Verfassers in  
Landständ. Angelegenheiten mit Sr. Durch-  
laucht, dem Herzoge Carl von Braun-  
schweig, im März des Jahres 1828.



Beim Verleger dieser Schrift sind so eben erschienen:

## **Bemerkungen eines Veteranen über edle Pferde.**

Veranlasst durch die Schrift des Hrn. Baron v. Biel auf Weitendorf in Mecklenburg, über diesen Gegenstand. Vom Grafen von Lindenau, Königl. Preussischen Geneallieutenant etc. gr. 8. geh. 16 Ggr.

## **Geschichte Polens unter Stanislaus August.**

Eine Darstellung der dreißigjährigen Anstrengungen der Polnischen Nation, ihrem Vaterlande aufzuhelfen. Von Joachim Lelewel, ehemaligem Professor an der Universität in Wilna, gegenwärtig Mitgliede der Polnischen Nationalregierung. Aus der noch ungedruckten Originalhandschrift übersetzt von H. v. Drake. gr. 8. geheftet. 16 Ggr.

## **Ueber die Einigung der Handels-Interessen Deutschlands.**

von H. v. Amberg, Herzogl. Braunsch. Kammer- und Ober-Regationsrath. gr. 8. geh. 8 Ggr.

## **Die Bedeutung deutscher Bürgerbewaffnung geschichtlich entwickelt. Bei Gelegenheit der Fahneneiweihung der Braunschweiger Bürgergarde allen Bürgergarden unsers Vaterlandes gewidmet.**

6 Ggr.

Ueber die

## **Nothwendigkeit durchgreifender Reformen**

bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands. Mit einleitenden Bemerkungen über die von Hrn. v. Strombeck vor Kurzem abgehandelte Frage: Was ist Rechtens, wenn die oberste Staatsgewalt dem Staatszwecke entgegenhandelt? Von K. H. Jürgens. gr. 8. geh. 16 Ggr.

## **Wünsche der Braunschweiger,**

zur Beherzigung bei den bevorstehenden landschaftlichen Verhandlungen vorge-  
tragen und erläutert. Erstes Heft: Ueber Verbesserung der Volksvertre-  
tung. Von K. Steinacker. gr. 8. geh. 4 Ggr.

Zur Erläuterung

## **der Landschafts-Ordnung von 1820.**

Von Gottfr. Phil. v. Bülow, Herzogl. Kammer-Director, Probst zu St.  
Lorenz bei Schöningen und Commandeur des Königl. Hannoverschen Guel-  
phen-Ordens. gr. 8. geheftet. 16 Ggr.

Ueber die

## **Verarmung der Städte und des Landmanns, und den Verfall der städtischen Gewerbe im nördlichen Deutschland, besonders im Königreiche Hannover.**

Versuch einer Darstellung der allgemeinen Hauptursachen dieser unglücklichen  
Erscheinungen und der Mittel zur Abhülfe derselben von S. P. Gans,  
Advocaten in Celle. Dritte Aufl. gr. 8. geh. 6 Ggr.

## **E r w i d e r u n g**

auf die von dem Herrn Obersteuer- und Landes-Oeconomie-Rath Baring her-  
ausgegebenen Bemerkungen zu meiner Schrift: Ueber die Verarmung der  
Städte und des Landmanns u. s. w. in Beziehung auf Steuerzahlungen,  
Gemeinheitstheilungen und Verkoppelungen. Als Nachschrift zur dritten  
Auflage der obgenannten Schrift von S. P. Gans, Advocaten in Celle.  
gr. 8. geh. 4 Ggr.

115

Staatswissenschaftliche  
**M i t t h e i l u n g e n,**

vorzüglich in Beziehung

auf das

**Herzogthum Braunschweig,**

von

**Friedrich Karl von Strombeck,**

Kürstlich-Lippischem Geheimen-Rathe, Oberappellations-Rathe, Mit-  
gliede des engern Ausschusses der Braunschweigischen Landschaft.

---

**Zweites Heft.**

---

**Braunschweig,**

Verlag von **W. F. F. F.**

**1831.**

FRIEDR. VIEWEG & CO.

DRUCKSCHWEIG

1861

## I n h a l t

### des ersten Heftes.

- I. Nachweisung der historischen Basis der erneuten Land-  
schafts-Ordnung im Allgemeinen..... S. 1
- II. Beiträge zur Geschichte der erneuten Landtags-Ordnung  
von 1820..... — 15
- III. Ist der engere Ausschuß der Stände befugt, wegen be-  
merkter Mängel oder Mißbräuche bei der Gesetzgebung,  
Rechtspflege und Verwaltung der öffentlichen Angelegen-  
heiten, angemessene Vorträge an den Landesfürsten zu rich-  
ten und sich über deren Abstellung gutachtlich zu äußern? — 98

## I n h a l t

### des zweiten Heftes.

- IV. Ueber die behauptete Verarmung der Städte..... — 105
- V. Ueber die Unveräußerlichkeit der Braunschweigischen Cam-  
mergüter..... — 113
- VI. Ist dem Bauernstande das Recht der Landstandtschaft ein-  
zuräumen?..... — 118
- VII. Der Advocatenstand im Herzogthum Braunschweig..... — 132
- VIII. Einige Worte über eine zu wünschende Wiederherstellung  
der Julius-Carls-Universität..... — 135

IX.	Ueber die zu ordnenden bürgerlichen Verhältnisse der Juden.....	S. 146
X.	Welche Mittel hat ein Norddeutscher Staat gegen eine zu befürchtende Uebervölkerung anzuwenden?.....	171
XI.	Ueber die Oeffentlichkeit ständischer Versammlungen.....	181
XII.	Die Prälaten als Landstände.....	195
XIII.	Die Verbrechen und Vergehungen der Prediger und Schullehrer und deren Abseßbarkeit nach Braunschweigischen Gesetzen betreffend.....	200
XIV.	Resultate einer Conferenz des Verfassers in landständischen Angelegenheiten mit Sr. Durchlaucht, dem Herzoge Carl von Braunschweig, im März des Jahres 1828.—	204



#### IV.

### Ueber die behauptete Verarmung der Städte.

Eine Verarmung der Städte, wie sie Herr Advocat Gans in seiner Schrift über diesen Gegenstand <sup>1)</sup> als im Königreiche Hannover vorhanden darstellt, findet, mit wenigen Ausnahmen, deren später Erwähnung geschehen wird, in dem Herzogthume Braunschweig nicht Statt. Auch sind hier zum Theil die Ursachen nicht vorhanden, die als die Quellen solcher Verarmung angegeben werden. Namentlich treffen unsere Stadtmagistrate die Vorwürfe nicht, welche jene Schrift den Hannoverischen Magisträten macht (S. 18 bis 24); obwohl keinesweges zu verkennen ist, daß eine zeitgemäße Städte-Ordnung, und ein nach solcher wohlgeordnetes Gemeindewesen, wodurch dem Stadtbürger ein gewissermaßen republicanisches — ich hoffe, man wird mich nicht mißverstehen — Einwirken in seine Stadtangelegenheiten verschafft würde, sehr wünschenswerth erscheinen müßten; denn höchst unbedeutend

1) Braunschweig, 1831. — In wie fern eine Verarmung dort, in dem geschilderten Maaße, vorhanden sey, lasse ich gänzlich dahingestellt seyn.

ist die Einwirkung der jetzigen Stadtdeputirten, die überdem, da sie sich selbst ergänzen, kaum als Repräsentanten der Bürgerschaft zu betrachten sind.

Auch was von den Nachtheilen des Schnecken- ganges der Justiz (S. 24 — 31) und von dem schlechten Hypothekenwesen (S. 62) gesagt ist, fällt bei uns größtentheils weg. Ueber unsere Civil-Justiz kann im Ganzen Niemand mit Recht klagen, als hin und wieder die mit Geschäften zu sehr überhäuften Richter selbst, welche dringend eine Vermehrung des Personals in Anspruch nehmen <sup>2)</sup>. Die neuern Prozeßvorschriften, nicht weniger die aus den Verhandlungen des letzten Landtages hervorgegangene verbesserte Gerichtsverfassung, haben sich im Ganzen als gut bewährt, und bedürfen nur noch einiger Ergänzungen und Verbesserungen. Der Criminal-Proceß und die Criminal-Gesetzgebung hat dagegen freilich wenige oder gar keine Bervollkommnungen, außer durch die Gerichts-Observanz, erfahren. Aber diese ersetzt auch so ziemlich geschriebene Gesetze, wenigstens für die Richter.

Der geschilderte Schneckengang der Hannoverischen Obergerichte (wenn er wirklich dort überall vorhanden seyn sollte, welches ich gänzlich dahingestellt seyn lasse) ist bei uns unbekannt, eben so wie das geist- und zeit- tödtende schriftliche Excerpiren der Acten. Bei dem höchsten Gerichte sind die Civilsachen in der Regel

---

2) Ich will hierdurch jedoch nicht behauptet haben, daß nicht in einzelnen Sachen aus der Persönlichkeit der Referenten Zögerungen entstehen sollten.

nur wenige Monate pendent, die Criminalsachen sehr selten länger als wenige Wochen. Wenn die ersten an dieses Gericht bisweilen fünf, sechs und mehrere Male zurückkehren — nach Entscheidungen über den Beweis, Incidentpunkt u. s. w. —, so kann hierdurch freilich bewirkt werden, daß Sachunkundige den Richtern die hieraus erwachsenden Verzögerungen Schuld geben, sie entstehen aber gewöhnlich aus der Behandlung der Sachen von Seiten der Sachwälte, oder aus der allerdings in einzelnen Stücken noch mangelhaften Proceß-gesetzgebung. Auch die Verarmung des Landmannes hat in dem nördlichen Theile des Herzogthums (dem Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Districte) keinesweges, wenigstens nicht in dem Maaße Statt, als ihn Herr Gans, als im Hannoverischen vorherrschend, schildert. Die aus jener Verarmung entstehende Rückwirkung auf die Städte fällt also bei uns größtentheils weg. Die großen Summen, welche die Landleute bei den öffentlichen Cassen (vorzüglich bei der Landessteuer-Casse) stehen haben, zeigen, daß Wohlhabenheit von dem platten Lande nicht verschwunden, in sofern nämlich von den Hofbesitzern die Rede ist; denn wer möchte in Abrede stellen, daß unter Häuslingen auf dem Lande hin und wieder große Armuth herrscht. Jene Wohlhabenheit rührt vorzüglich aus dem Ende des vorigen und dem Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts her, und hat ihren Ursprung in den hohen Kornpreisen jener für den Landmann so glücklichen Zeiten. Bei dem höchsten Gerichte, bei welchem der Verfasser angestellt ist, ist ihm nie ein Abmeierungs-Proceß

vorgekommen; er zweifelt also, daß solche vorhanden sind. Die Gemeinheits-Theilungen beweisen sich hier zu Lande nur wohlthätig. — Hiermit soll jedoch keinesweges behauptet werden, daß der Wohlstand des Landmannes ganz allgemein sey, oder auch, daß er in einem ähnlichen Maaße in den von der Natur karger bedachten Landes-Districten, dem Harz- und dem Weser-Districte, und in dem Fürstenthume Blankenburg Statt finde, und daß er nicht durch zweckmäßige Veranstellungen, hinsichtlich der Ablösung bäurischer Grundlasten, bedeutend vermehrt und allgemeiner gemacht werden könne; vielmehr erscheint dieses im höchsten Grade wünschenswerth; besonders aber, daß dem Harz- und dem Weser-Districte eine vorzügliche Sorgfalt, ihrer ganz eigenthümlichen Verhältnisse wegen, gewidmet werde. — So viel ist aber gewiß, daß in der Regel die Bauern der beiden nördlichen Districte des Landes verhältnißmäßig wohlhabender sind, als ihre Gutsherren, obwohl diesen (mit wenigen Ausnahmen) keine Verschwendung nachgesagt werden kann, und daß es also höchst ungerecht seyn würde, den Braunschweigischen Landmann als verarmt im Allgemeinen darzustellen.

Keine jener Ursachen drückt also direct oder rückwirkend unsere Städte, und keinesweges sind sie verarmt (obwohl sie viele Arme zu ernähren haben), wie von den Hannoverischen Städten behauptet wird: nur das allgemeine Leiden der letzten Zeiten hat auch sie ergriffen und ihren Wohlstand zu untergraben begonnen, desgleichen haben einzelne Städte durch Local-Umstände bedeutend verloren, wie z. B. Helmstedt durch



die Aufhebung der Universität, Gandersheim durch die Aufhebung des dortigen Stiftes, Wolfenbüttel durch die Verlegung einer bisher frequenten Handelsstraße u. s. w. Ich glaube also nicht zu irren, wenn ich den Satz aufstelle: die Städte stehen jetzt in einem größern Flor, als zu Anfange der Regierung des Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand, obwohl sie in den letzten Zeiten einige, und zum Theil bedeutende Rückschritte in ihrem Wohlstande gemacht haben. — Woher diese? — Die speciellen Ursachen, welche die letzten Zeiten darbieten, sind bekannt; von ihnen schweige ich, um Wunden, die hoffentlich bald verharrschen werden, nicht wieder aufzureißen. Die allgemein wirkenden Ursachen scheinen mir aber folgende zu seyn.

#### Für die Stadt Braunschweig:

1. Das allgemeine Sinken des Handels, dessen Ursachen bekannt, und die theils, im Allgemeinen, Europäischen, theils, im Besondern, Deutschen Ursprunges sind. Herr Gans führt sie zum Theil an, und Niemand kann sie verkennen. Eine Art Wunder ist vielmehr, daß Deutschland, bei den vielfachen Sperrungen in seinem Innern, noch den jetzigen Binnenhandel hat <sup>3)</sup>;

---

3) Zu dem Verfall des Handels ist auch der Verfall des Speditionshandels zu rechnen, und (gewiß Manchem im Anfange auffallend) rührt dieser zum Theil von dem, gegen die Vorzeit, vervollkommenen Straßenbau her. Sonst mußte in Braunschweig umgeladen werden; jetzt gehen die Waaren auf einer Ase von Wien bis Hamburg, und umgekehrt.



2. der Verfall der Messen. Dieser wird, da sie, nach der jetzigen Methode Waaren einzukaufen, gewissermaßen entbehrlich werden, noch zunehmen;
3. der Verfall unserer Cichorien-Kaffee-Fabriken, herbeigeführt durch Concurrnz und wohlfeile Kaffeepreise;
4. der Mangel eines solchen Hofglanzes, der Fremde, wie unter Carl Wilhelm Ferdinand der Fall war, zu Hunderten herbeizog;
5. die jetzt nicht im vorigen Maaße vorhandene Berühmtheit des Collegii Carolini. Wie viele Tausende kamen nicht sonst zu Braunschweig durch die vielen dort studirenden Engländer, Russen, Oesterreicher u. s. w. in Umlauf!
6. die große Abnahme der Braunahrung, durch das Brantweintrinken und die Brauereien auf dem Lande.

Im Allgemeinen aber ist den Städten nachtheilig, besonders den kleinen, daß sie, gegen frühere Zeiten, gewissermaßen dem platten Lande überflüssig geworden sind. Nur wenige Handwerker sind vorhanden, die man jetzt nicht ebenfalls auf dem Lande fände. Wenn sonst dort nur hin und wieder ein Krämer wohnte, der mit Schwefelhölzern, Zunder, Band und andern unbedeutenden Gegenständen handelte, so giebt es jetzt auf dem Lande Handlungen, die ihre Waaren unmittelbar von Hamburg und Bremen beziehen, die Getreide, Garn, Flachs, Wolle u. s. w. aufkaufen, und damit im Großen Handel treiben. In eben dem Maaße, als sich die Brauereien

auf dem Lande vermehrten, sanken (wie schon bemerkt) diese Fabriken in den Städten; vorzüglich seitdem das Brantweintrinken des gemeinen Mannes so sehr überhand genommen hat. Daß Brantweinbrennereien aber mit weit größerm Vortheile auf dem Lande, als in den Städten zu betreiben sind, ist bekannt. Schon die gegen frühere Zeiten enormen Holzpreise entscheiden hier; wie denn überhaupt diese für den armen Städter eine drückende, ihn zu Holzdiebereien (und also großem Zeitverlust) führende Last sind. — Eine Klage wegen zu großer Vorsorge für die Waldcultur wäre daher bei uns ungerecht. Alles dieses bewirkt nun, daß der Landmann weniger zur Stadt kommt, als sonst. Hierzu kommt noch, daß eine Menge von Gegenständen jetzt von auswärtigen Fabriken geliefert werden, die sonst unsere Handwerker verfertigten, z. B. Schlösser-, Gelbgießer-, Goldschmiede-, Tischler-, Hutmacher-, Schneider-, Schuster-, Sattler-Arbeiten. Aber auch selbst der Aufenthalt in mancher Stadt wird durch eigenthümliche städtische Abgaben denen verbittert, die sonst wohl ihren Aufenthalt in denselben nähmen. Wenn z. B. in einer gewissen Stadt für die erste Classe der Stadteinwohner, d. i. für diejenigen, welche über 4000 Rthl. Einkünfte haben, eine Communalsteuer von jährlich 40 Rthl. besteht: so ist dieses für vermögende Fremde eben nicht einladend. Selbst die bedeutende Erbschaftsteuer schreckt manchen schon alternden Fremden aus dem Lande zurück.

Obiges scheinen mir die Ursachen zu seyn, weshalb auch unsere Städte einigermaßen gegen die letzten

Regierungsjahre Carl Wilhelm Ferdinands zurückgekommen sind. Zum Theil möchten sie wohl unabweidbar seyn; eine zeitgemäße Städteordnung würde jedoch unstreitig einen bedeutenden Nutzen äußern.

## V.

# Ueber die Unveräußerlichkeit der Braunschweigischen Cammergüter <sup>1)</sup>.

In denjenigen Gütern, welche dem Herzoge Otto dem Kinde durch altdeutsches Erbgangsrecht zugegangen waren, und welche Kaiser Friedrich II. im Jahre 1235 zu einem Herzogthume erhob, fand schon früher nicht nur die Deutsche und namentlich Altsächsische Erbfolge-Art, nach welcher die Söhne den Töchtern vorgingen, Statt, sondern die Güter waren auch, ohne der Erben Erlaubniß, nicht zu veräußern.

Sächsisches Landrecht, Buch I. Art. 52:

„Ohne der Erben Laub und Gericht mag kein Mann  
 „sein eigen Gut noch Leute vergeben. Vergiebt er  
 „er es aber ohne der Erben Urlaub, die Erben mö-  
 „gen sich des Guts wohl unterwinden mit Recht,  
 „als ob der todt wäre, der es vergab; darum, daß  
 „er es nicht vergeben mochte;“ womit das Sächsi-  
 sche Weichbild, Art. 20, und das Schwäbi-  
 sche Landrecht, Cap. 303, übereinstimmen.

Senkenberg, in Select. jur. et hist., Tom. III. p. 518.

<sup>1)</sup> Dieser kurze, doch für den Zweck genügende Auffatz ist von dem Verfasser zu den landschaftlichen Acten gegeben, als die Veräußerungen Sr. Durchl. des Herzogs Carl von Domanalgrundstücken bekannt wurden.

Von dem Zeitpunkte an, da jene Güter in ein Reichslehn verwandelt wurden, blieb um so weniger in dieser Hinsicht ein Zweifel übrig, weil die Lehnrechte bestimmte Vorschriften über die Erbfolge enthalten, die von da auch, bis in die jüngsten Zeiten, im Hause Braunschweig pünktlich beobachtet sind, wie die vielen Erbtheilungen, welche die Landesgeschichte nachweist, darthun.

Doch blieb den weiblichen Nachkommen des Herzogs Otto, nach Erlöschung des gesammten Mannsstammes, das Successions-Recht vorbehalten.

cf. Diploma Friderici II. de ao. 1235;

die Braunschweigischen Reichs-Lehnbriefe;

die Formulare der letzten Erbhuldigungs-Eide.

Zu dem großen Allodio, welches durch Otto das Kind dem Reiche zu einem Lehne aufgetragen wurde, gehören aber vorzüglich die jetzigen Cammergüter, selbst diejenigen, die, wie so viele, aus heimgefallenen Lehnen herrühren; ja ursprünglich bestand das ganze Staatsgebiet (wenn von einem solchen in jenen Zeiten überall geredet werden könnte) aus Gütern der Art; die Regierungsgewalt selbst war ein Ausfluß der Hoheit des Kaisers.

Dieser Satz wird durch die Geschichte hinlänglich begründet. Otto hat nämlich zu einem *feudo imperii* übertragen:

»*proprium suum castrum Luneburg, quod idiomate Theutonico vocatur »eigen«, cum multis aliis castris*« etc.

Aber auch selbst jene Einwilligung aller Agnaten



ist, nach dem jetzt bestehenden Staatsrechte, nicht hinlänglich; es ist vielmehr (hier nur von Braunschweig-Wolfenbüttel zu reden) die der Stände ebenfalls erforderlich.

Es sind nämlich die Domainen wahre Staatsgüter geworden:

- a. dadurch, daß sie durch von den Ständen bewilligte Summen so oft — wie die Landesgeschichte lehrt — ausgelöst, und von Schulden ganz oder zum Theil befreiet sind;
- b. und zwar, damit von solchen die auf ihnen schon ursprünglich haftenden Staatsausgaben bestritten werden können.

Diese Ausgaben müssen aber von denselben bestritten werden, theils weil ein beständiges Herkommen dieses so mit sich bringt, theils weil die Stände nach Reversalen und Verträgen zu keinen andern Schatzungen, als zu Reichs-, Kreis- und Prinzessin-Steuern, und zu demjenigen, was zur nothwendigen Vertheidigung des Vaterlandes gehört, verpflichtet sind;

Art. 24. der landschaftl. Privilegien von 1770.

Ihre Unveräußerlichkeit folgt allein schon hieraus; sie ist aber überdem gesetzlich und vertragsmäßig festgesetzt, vorzüglich durch den Art. 7. der landschaftlichen Privilegien von 1770, und auf das klarste durch das Edict vom 1. Mai 1794, woselbst in dem Art. 14. diejenigen Veräußerungen namhaft gemacht sind, welche allein als dem Regenten erlaubt betrachtet werden sollen. — Ja, es ist dermaßen als un-

bestreitbar in diesem Edicte anerkannt, daß Cammergüter unveräußerlich seyen, daß nach dem Art. 13. sogar bestimmt worden:

»wie denn auch alle Veräußerung und Verhypothe-  
 »cirung Fürstl. Allodial-Stücke, wie nicht weniger  
 »alle Aufnahme der Fürstl. Cammer-Revenüen zum  
 »Voraus auf mehrere Jahre als null und nichtig  
 »erklärt ist.«

Wenn es nun nicht einmahl erlaubt ist, die Cammer-Revenüen zum Voraus aufzunehmen, wie könnte es erlaubt seyn, ein Domanial-Grundstück zu veräußern, wodurch von demselben alle künftige Revenüen gänzlich wegfallen?

Diese kurze, für den vorliegenden Zweck genügende, als wissenschaftliche Erörterung des Gegenstandes aber sehr dürftige Auseinandersetzung des Verhältnisses der vorliegenden Sache zeigt also, daß der §. 27. unserer Landtagsordnung nichts Neues und den Rechten Sr. Durchl. Nachtheiliges bestimmt hat, wenn es in demselben lautet:

»So wie bei Auslegung neuer Steuern, eben so er-  
 »forderlich ist die Einwilligung der Stände, wenn  
 »auf den Credit des Landes Anlehne contrahiret,  
 »und Staats-, Cammer-, Stifts- und Klo-  
 »ster-Güter oder Einkünfte verpfändet  
 »oder veräußert werden sollen. Die ober-  
 »ste Verwaltungsbehörde der obengedach-  
 »ten Güter ist dafür verantwortlich, daß  
 »in Ansehung derselben nicht anders ver-  
 »fahren werde.«

Nicht allein sind also jene Veräußerungen schon an sich nichtig, sondern es lastet hinsichtlich derselben eine große Responsabilität auf der obersten Verwaltungsbehörde jener Güter.

## VI.

Ist dem Bauernstande das Recht der Landstandschaft einzuräumen?

Im Mittelalter hatte es mit der Verschiedenheit der Stände eben diejenige Bewandniß in den Gegenden, in welchen das Herzogthum Braunschweig und Lüneburg errichtet wurde, als in dem übrigen Norddeuschlande, die Wendischen Länder ausgenommen <sup>1)</sup>.

1. Zum Adel gehörten, in der frühern Bedeutung dieses Wortes, allein diejenigen uralten Geschlechter, die sich durch den Besiß eines großen Landeigenthumes auszeichneten, in welchem sie nicht nur Unfreie schützten, sondern auch ihr Ansehen über ein Dienstgefolge freier Leute ausdehnten. Man nannte sie *Semperfreie*. Aus diesem Adel, welcher in unmittelbarem Verhältnisse zum Könige stand, ist der nachherige hohe Adel, d. i. der reichs-unmittelbaren Fürsten, Grafen und edelen Herren, entstanden, von welchen letztern auch in unsern Gegenden einige wenige Familien übrig sind, die sich nicht zu der Fürstenwürde emporgeschwungen haben, welche aber den Für-

1) Vergl. Eichhorn's Einleitung in das Deutsche Privatrecht (2te Aufl.) S. 139ff. — Desselben Staats- und Rechtsgeschichte (3te Aufl.) 2ter Band, S. 459. — Mittelmaier's Grundsätze des Deutschen Privatrechts (3te Aufl.) S. 113.

sten, selbst nach dem neuesten Staatsrechte, für ebenbürtig zu achten sind.

2. Die freien Grundbesitzer, denen die eben dargelegten Vorzüge abgingen (Mittelfreie), nicht weniger die Ministerialen oder edelen Knechte und die Vasallen des gedachten eigentlichen Adels, bildeten allmählig einen eigenen Stand, nämlich den Ritterstand, eine Art kriegerischer Genossenschaft, die sich über die ganze Christenheit ausdehnte. Dieser Stand ist es, aus dem sich der Begriff desjenigen Adels entwickelte, welcher den heutigen niedern Adel (d. i. denjenigen, der den Fürsten nicht ebenbürtig ist, führte er auch den Fürsten- und Grafentitel) ausmacht. Bei der Ausbildung des Lehnssystems, selbst nachdem dieses schon seine eigentliche Natur verloren hatte, nahm auch dieser niedere Adel wiederum Vasallen an<sup>2)</sup>, theils durch Verleihung, meistens aber durch Verkaufung von Grundstücken, die er selbst zu Lehn trug, und an denen er sich das Lehnsobereigenthum vorbehielt. Durch eine Menge noch in Original vorhandener Urkunden läßt sich die letzte Entstehung des Lehnß-Verhältnisses nachweisen. Schon vor der Zeit, da sich ein Ritterstand aus den freien Grundbesitzern ausgebildet hatte, aber auch noch nachher, im 13ten und 14ten Jahrhunderte, begaben sich nicht selten Familien der gedach-

2) Diese Verbindung war in diesen spätern Zeiten der Ehre des Vasallen so wenig nachtheilig, daß vielfach der Höhere als Vasall des Niedern erscheint.



ten Art in die Städte<sup>3)</sup>, wo sie, unter dem Namen der Geschlechter, seit dem 14ten Jahrhundert auch schon unter dem Titel der Patricier, auftreten und (hin und wieder) als geborene Mitglieder des Stadtraths bedeutende Privilegien besitzen<sup>4)</sup>. Unter den obigen Ritterbürtigen gab es niemahls Herren oder Freiherrn. Dieser Titel kommt nur den unmittelbaren Dynasten zu, und es ist ein Irrthum oder eine übertriebene Höflichkeit der Klienten und dedicirenden Autoren, wenn jetzt hin und wieder in Deutschland den Familien des niedern Adels, und gehörten sie selbst zur ehemahligen reichs-unmittelbaren Ritterschaft, oder könnten sie, in den hiesigen Gegenden, ihr Geschlecht bis zu den Zeiten Heinrichs des Löwen nachweisen, dieser Titel beigelegt wird; es sey denn, daß sie solchen in neuern Zeiten von dem Kaiser, wie vielfach geschehen ist, erhalten hätten. Selbst Familien von dem Ansehn und der Bedeutenheit der v. Bartensleben zu Wolfsburg haben sich niemahls den Freiherrn-Titel beigelegt.

3) Schon im 12ten Jahrhundert kommen in Freiburg (im Necklande) *Burgenses majores und minores* vor; der Ausdruck: *patricii* schon in Urkunden aus der ersten Hälfte des 14ten Jahrhunderts. S. eine Urkunde von 1306 bei Lünig, *codex Germ. diplomat. T. II. (p. 1163. (Eichhorn d. St. u. R. = Gesch. II. 396.)*. Zu Braunschweig wurde den Geschlechtern im 16ten Jahrhundert der Titel: *patricii* noch für Anmaßung ausgelegt, sie sollten nur Stadt-Tuncker heißen.

4) Die Literatur findet sich verzeichnet in Mittermaier's *Deutschem Privatrechte*, S. 135, und in J. C. Gatterer *historia illustr. gentis Holzschuber*, pag. 21. (Rürnberg, 1750. fol.). Eichhorn a. a. D. §. 311. — Der Stadt-Adel hatte zu Braunschweig aus seinen frühern Zeiten ein großes Ländereigenthum beibehalten.

3. Alle Freie, welche weder zu den Semperfreien, noch zu den eben geschilderten ritterbürtigen Familien gehörten, machten den Stand der freien Landsassen aus. Zu ihnen gehörten diejenigen Freien auf dem Lande, über welche die Freien-Gerichte gesetzt waren; desgleichen die Mehrheit der Stadtbewohner, nämlich alle diejenigen, welche, nachdem sie Stadtbürger geworden, ihren Stand der Ritterbürtigkeit nicht behalten (welches vorzüglich in den kleineren Städten der Fall war), ferner die ursprünglich freien Bürger und die Leibeigenen, welche durch das städtische Verhältniß oder durch Freigebung die Freiheit erworben hatten.
4. Außer diesen drei Classen gab es nun noch einen vierten Stand, nämlich den der Hintersassen. Mit diesem Namen bezeichnete man alle Personen, welche einen Schutzherrn hatten, der sie vertrat, ohne Rücksicht auf den Umstand, ob sie frei oder unfrei waren <sup>5)</sup>. Zu diesen Hintersassen gehörten die Bauern unserer Gegend, und zwar, zu dem bei weitem größten Theile, in dem drückendsten Verhältnisse, nämlich in der Leibeigenschaft. Unser vaterländischer Schriftsteller, der verewigte Kreisamtmann Gesenius, ein vorzüglicher Kenner der Braunschweigischen Staats- und Rechtsgeschichte, hat diesen Umstand aus einer sehr großen Menge von ihm angeführter Urkunden auf das vollständigste erwiesen, und

---

5) Eichhorn's Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, II. S. 285

in dieser Hinsicht jeden früher hin und wieder aufgestellten Zweifel beseitigt 6).

Herzog Heinrich der Friedsame war es, der durch den in der ersten Mittheilung schon angeführten Vertrag mit der Landschaft von 1433 nicht nur das Loos der Leibeigenen durch Erleichterung bis dahin zu drückender Lasten sehr viel besser machte, sondern der auch bestimmt verordnete:

„Wer et ok dat vrye lude in unsere lande unde herschop woneden edder seten, de me nich vorbusmen (d. i. leibeigen machen) konde na rechte, edder de siß vry bereden konden, de scholden by orenem rechte bliven u. s. w.“

und dadurch bewirkte, daß das Leibeigenmachen, welches bis dahin also noch üblich gewesen seyn muß, ein Ende nahm.

In diesen Zeiten entwickelte sich nun eben die landschaftliche Verfassung des Landes, wie in der ersten Abhandlung gezeigt worden, und es ist also gewiß nicht zu verwundern, daß man Leute, wie damahls die Bauern waren, nicht zu den Landtagen zog, wenn man ihnen auch eine Art Widerspruchsrecht eingeräumt haben mag, wie aus den Schlußworten der gedachten Urkunde:

„unde nemet van prelaten, mannen, borghern unde  
„buren des ganzen landes to bronsvig det wed-  
„dersprok,“

gefolgert werden möchte. Ja es leidet wohl kaum einen Zweifel, daß, hätten es die Landesfürsten ihrer

6) Gesenius, Meierrecht, Band I. S. 276 ff.

Politik angemessen gefunden, es ihnen Niemand würde haben wehren können, wenn sie auch Bauern mit zu den landschaftlichen Berathungen gezogen hätten. Dieser Ansicht der Sache ist auch die eines der berühmtesten und vortrefflichsten Deutschen Geschichtsforscher, Eichhorn's, welcher sich in dieser Beziehung, hinsichtlich der Periode von 1272—1517, folgendermaßen äußert 7): »Es läßt sich keinesweges annehmen, daß irgendwo dem landständischen Vereine ein wohlverordnetes Recht zugestanden habe, ausschließlich die gemeine Landschaft dergestalt zu vertreten, daß es nicht dem Landesherrn freigestanden hätte, auch die gewöhnlich in jenen Verein nicht aufgenommenen Classen von Personen zu den Geschäften zuzuziehen, welche er mit den Landständen verhandelte. Daß sie in dem landständischen Vereine sich nicht befanden, kam hauptsächlich daher, daß sie keine urkundlichen Rechte hatten, welche zu sichern sie in den Verein hätten treten können; und daß sie durch den Verein, und in sofern durch wahre Bevollmächtigte, ihre herkömmlichen Rechte wahrnehmen und vertheidigen könnten, daran zweifelte gewiß Niemand. Hatte daher der Landesherr entweder ein besonderes Interesse, den Bauernstand zu den Verhandlungen mit den übrigen Ständen zuzuziehen, oder war dieser früher durch irgend eine Veranlassung zugleich mit den übrigen Ständen zur Wahrnehmung seiner Rechte zusammengetreten (wie in Tyrol), und dadurch ihm in landes-

7) Staats- u. Rechtsg., Th. III. S. 236.



„herrlichen Versicherungen der Verfassung selbstständig  
 „ein Recht gemeinschaftlich mit jenen zugesichert wor-  
 „den, so kam er dadurch von selbst in den landschaft-  
 „lichen Verein, und übte in denselben dieselben Rechte,  
 „wie die übrigen Stände. Man kann daher sagen,  
 „daß es dem Landesherrn möglich war, dem Bauerstand  
 „die Landstandschaft zu verschaffen. Freilich ist er nir-  
 „gends dazu gelangt, wenn er sie nicht schon zu An-  
 „fang des 16<sup>ten</sup> Jahrhunderts besaß; aber das ist haupt-  
 „sächlich daraus zu erklären, daß mit dem 16<sup>ten</sup> Jahr-  
 „hundert eine ganz neue Theorie von der Bedeutung  
 „der landständischen Gerechtsame bei den Hofpublicisten  
 „gangbar wurde, nach der man überhaupt die Land-  
 „stände nicht nöthig zu haben glaubte; und weit mehr  
 „diesen Grundsätzen, als der fehlerhaften Zusammense-  
 „zung der Stände ist auch zuzuschreiben, daß es den  
 „alten Landständen möglich wurde, nicht selten ihr Lan-  
 „desrepräsentations-Recht zu mißbrauchen.“

Von der Zeit Heinrichs des Friedsamens an  
 bis zu den Zeiten des Herzogs Heinrich Julius, wäh-  
 rend eines Zeitraums von hundert und funfzig Jahren,  
 ging nun eine völlige Veränderung in dem Zustande der  
 Bauern vor. Waren sie gleich durch die angeführte  
 Verfügung Heinrichs des Friedsamens keinesweges  
 frei von der Leibeigenschaft geworden, so war diese doch  
 in ihrer bisherigen Wirksamkeit dermaaßen eingeschränkt,  
 daß sie für den Leiherrn den Werth verloren hatte.  
 Ihrer wird nach dieser Zeit kaum noch einmahl er-  
 wähnt. Mehr noch, es bildete sich von daher immer  
 mehr und mehr der Rechtsatz aus, daß den Meiern



— ehemahls leibeigene Verwalter fremder Güter, jetzt schon eine Art Erbpächter — der Pacht- oder oder Meier-Zins nicht gesteigert werden könne, und daß sie nicht willkürlich entsezt werden dürften. Der Hintersasse wurde aus einem Untergebenen eines Privat-Herrn ein Staatsbürger, wenn gleich dieses Wort zu der Zeit noch nicht bekannt war; auch war der Zustand der Landleute noch stets, bei den ewigen, aus Fehden und Kriegen herrührenden Bedrückungen, ein solcher, daß sie selbst in den Landesgesetzen gleichsam technisch mit der Benennung „die armen Leute“ bezeichnet wurden. Heinrich Julius, ein staatskluger und von seinem landesherrlichen imperio (wie er es nannte) nicht wenig überzeugter Regent, unterstützt von seinem tüchtigen Kanzler Jagemann, erkannte, wie sehr es zum Besten des Ganzen gereichen würde, dasjenige, was sich hinsichtlich der bairischen Verhältnisse von den Zeiten Heinrichs des Friedsam an, und namentlich unter den Regierungen Heinrichs des Jüngern und Julius, also während des laufenden Jahrhunderts, entwickelt hatte, in eine geschriebene gesetzliche Norm zu bringen. Nach langjährigen Verhandlungen mit der Landschaft kam endlich der Landtagsabschied vom 3ten Junius 1597 <sup>8)</sup> zu Stande. Wiewohl dieser einen langen Catalog der von den Bauern zu entrichtenden Abgaben und zu tragenden Lasten enthält, so daß einem menschenfreundlichen Leser bei der Lesung des Gesetzes ganz unheimlich zu Sinne wird, so war die-

8) Die Geschichte dieses Landtagsabschiedes berichtet Gesenius im Meierrechte, Th. I, S. 448—465.

ses doch eine sehr große Wohlthat für die Braunschweigischen Landleute. Es ist gleichsam ihre magna charta, und kannten sie die Verdienste des Herzogs Heinrich Julius um ihren Zustand, gewiß, sie würden nicht anstehen, alljährlich am dritten Tage des Junius sein Fest zu feiern. Willigte gleich endlich die Ritterschaft, nach ihrer Mehrheit, in diesen Landtagsabschied, so wurde doch das Interesse der Bauern dabei so wenig vertreten, daß sogar mehrere Mitglieder der Ritterschaft gegen den 19<sup>ten</sup> Art. des Abschiedes, und nachher gegen das ganze Gesetz, förmliche Protestation einlegten <sup>9)</sup>. Doch diese hatte keine Wirkung, es blieb bei Kräften.

Ich fordere jeden meiner Leser auf, den Landtagsabschied von 1597 aufmerksam zu lesen. Er findet sich in der (wenigstens) jedem Landstande unentbehrlichen Sammlung der Landtags-Abschiede u. s. w. von Ribbentrop, Theil I. Seite 80 — 108, abgedruckt.

Jetzt war also der Landmann hinsichtlich der von ihm zu leistenden Dienste und gutsherrlichen Abgaben gesichert; sein Erbrecht an dem Meiergute war anerkannt; es war ferner nicht gestattet, ihm den zu entrichtenden Zins zu steigern, und wenn gleich dem Herrn des Meierguts das volle Eigenthum desselben ferner (dem Namen nach) verblieb, so bekam der Meier doch jetzt solche Rechte, wie sie ein Erbpächter nur irgend wünschen kann.

Niemand kann daran zweifeln, daß von diesem

<sup>9)</sup> Gesenius a. a. D. S. 465. — Auch ist ganz natürlich, nur mit Widerwillen den vollen Genuß eines wohlervorbenen Eigenthums aufzugeben.

Zeitpunkte an auch der Landbauer Staatsbürger gewesen sey; ferner, daß er, selbst der Meier, zu den Eigenthümern jezt gehöre: denn er besitzt nicht allein ein Eigenthum an den Gebäuden seiner Meierstatt, sondern an dem Erbpachtrecht (nach philosophischem Begriffe), welches seiner Familie an dem Gute zusteht.

Zieht man nun in Betracht, daß die Verhältnisse des Landmannes, nach unserm hieraus deutlich hervorgehenden Privat-Rechte, von so ganz eigenthümlicher Beschaffenheit sind, daß sie zum Theil die Opposition gegen die Rechte der Gutsherren, also der Prälaturen und der Ritterschaft, nicht weniger der Städte, bilden, und daß sie ein so Großes zu den Lasten des Staates beitragen: so wird man sich leicht überzeugen, daß, hätte es irgend der Geist der Zeit erlaubt, von dem Jahre 1597 an, den Bauern ein angemessenes Stimmrecht auf den Landtagen hätte bewilligt werden müssen: gleichwie dem Bauerstande in der gefürsteten Grafschaft Tyrol und in dem Königreiche Schweden ein solches Stimmrecht längst zustand, und auch jezt in Kurhessen zusteht. Unsern Zeiten, unserm jeztigen hochverehrten Fürsten, unsern Landständen, die einen ewig denkwürdigen Patriotismus an den Tag gelegt, scheint es vorbehalten, das Werk Heinrichs Julius zu vollenden, und den ehrwürdigen Bauernstand völlig zu emancipiren. Zugleich den Vortheil wird man hierdurch erreichen, daß nun auch der Landmann durch eigene Ansicht überzeugt wird (wäre auch von seiner persönlichen Mitwirkung, als mitberathender Theil, Anfangs kein Bedeutendes zu erwarten), daß von den Ständen nichts versäumt

wird, so viel in ihren Kräften steht, das Beste des Ganzen, und also auch sein Bestes zu bewirken. Hauptsächlich ist dieses aber alsdann erforderlich (abgesehen von dem eigenen Rechte des Landmannes), wenn, wie es nicht fehlen kann, von der Ablösung seiner Real-Lasten wird die Rede seyn müssen. Hier kommt es zwar auf das öffentliche Beste, zugleich aber auf das Mein und Dein an: und wenn auf der einen Seite dem Gutsherrn nicht verdacht werden mag, wenn er nicht, zum Ruin seiner Familie, seine Eigenthums-Rechte an Personen, die oft wohlhabender sind als er <sup>10)</sup>, zu verschenken der Meinung ist (nur in einer Revolution geht Eigenthum der Art ohne Ersatz unter; und für diese bewahre das Deutsche Vaterland ein günstiges Schicksal!): so würde es, auf der andern Seite, ungerecht seyn, eine Angelegenheit dieser Art abmachen zu wollen, ohne auch den andern Theil zu hören. Auch hier wird sich das Vortheilhafte und Sichernde des Zwei-Cammer-Systems zeigen. Kein Theil kann den andern überstimmen <sup>11)</sup>. Die Wahl-Cammer — denn billig

10) Es giebt Meier im Umfange des ehemaligen Residenzamtes, die ihren Töchtern Tausende mitzugeben im Stande sind, wenn der Gutsherr, der sein Vermögen, oft kümmerlich besoldet, im Staatsdienste zusetzte, seine Töchter nicht aussteuern kann, und froh ist, wenn er sie im Kloster versorgt sieht. An eine Verarmung des Landmannes, wie sie Hr. Advocat Gans so rührend geschildert hat, ist im Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Districte nicht zu denken. — Aber eben diese Wohlhabenheit ist es, welche die Bildung des Landmannes immer mehr befördert.

11) Es ist die Pflicht jedes gewissenhaften Schriftstellers, ohne alle Furcht, anzustoßen, die Meinung zu äußern, von deren Richtigkeit er überzeugt ist. Ich halte, aus den Gründen, die ich dargelegt habe, das



sollte die zweite Section aus lauter freigewählten Mitgliedern, außer den wenigen Prälaten, bestehen — kann nie von der Stimmen-Mehrheit der Ritterguts-Besitzer benachtheiligt werden; so wie die Erb-Cammer ebenfalls nie Nachtheile von der ersten zu befürchten hat. Will man also zum Schlusse kommen (und diesen fordert hier eine politische Nothwendigkeit): so ist ein billiger Transact erforderlich. Die Verhandlungen können zwar, nach dem §. 67. der Landtags-Ordnung, mit Einstimmung beider Sectionen <sup>12)</sup> in pleno Statt finden, ja es wird rathlich seyn, dieses Zusammentreten öfter zu veranlassen, als auf dem letzten Landtage der Fall war, denn es hat sich stets

System der zwei Cammern für das Beste; nicht nur deshalb, weil es vor übereilten Entschlüssen bewahrt. Diese meine Meinung kann jedoch irrig, sie kann auch, wenn nicht dieses, doch der allgemeinen Stimme hermaassen entgegen seyn, daß sie schon dadurch schädlich würde, im Fall sie die Oberhand behielte. Ueberzeugt man mich des ersten, oder erkenne ich das zweite: dann werde ich willig zu dem entgegengesetzten Systeme übergehen. Dann müßten aber mit der größten Vorsicht in der einen Cammer die Repräsentanten der verschiedenen Stände, der respectiven Zahl nach, so bestimmt werden, daß die mannichfachen politischen Interessen genau berücksichtigt wären. Eben aber weil diese verschiedene Zahl höchst schwierig zu bestimmen seyn wird, wo dieses nicht unmöglich ist (in der Hessischen Verfassung scheint mir diese Bestimmung völlig verfehlt), halte ich das Zwei-Cammer-System für das Sicherste, und also für das Beste. Wobei denn aber ein großes (vielleicht ein zu großes?) Gewicht bei mir die Abneigung hat, schon nach elf Jahren eine Verfassungs-Urkunde in dem wesentlichsten Theile abzuändern, die das Geschenk eines guten Königs ist, die sich als gut (auf dem ersten Landtage) bewährte, die wir so männlich vertheidigten, und die uns jetzt garantirt ist.

12) Dieses steht nicht ausdrücklich im §.; aber es folgt aus der Natur der Sache, und ist stets so gehalten.



als zweckmäßig bewährt: aber ein Abstimmen kann, nach der Verfassung, einzig und allein in den gesonderten Sectionen veranstaltet werden. Wäre dieses nicht der Fall, so hätte die Trennung der Versammlung in zwei Sectionen gar keinen Nutzen. — Man führe hiergegen nicht die letzten beiden allgemeinen Landesversammlungen an. Diese waren keine Landtage; sie waren zusammenberufen, nicht, um über Steuer- oder andere Gesetze zu berathen, sondern zu überlegen, was in einer dringenden Landesnoth zu thun sey. Hier war kein Interesse einzelner Stände denklich. Aber auch selbst hier würde eine Section darauf haben bestehen können, allein und für sich abzustimmen, und der Beschluß wäre nicht möglich gewesen, hätte nicht Uebereinstimmung unter beiden landschaftlichen Abtheilungen Statt gehabt<sup>15)</sup>. — Anders war es nach der alten Verfassung. Der Landtag begann stets durch eine Plenar-Versammlung. In dieser wurde zuerst darüber deliberirt, und zwar nach den Köpfen, ob die Versammlung nach den Curien oder in pleno ferner berathen und stimmen solle. Hier hatte nun stets die Ritterschaft das Uebergewicht, und die Versammlung wurde (wenn dieses die Ritterschaft

---

13) Zwar wurde über den Antrag über die Personal-Steuer auch in pleno gestimmt: aber es waren hinsichtlich der Sache selbst unanimia vorhanden, und die Abstimmung betraf nur die Grenze und den Modus der Erleichterung. Aber auch hier hätte eine Section auf ihr Recht, allein und für sich zu stimmen, bestehen können.

wollte) in pleno fortgesetzt. Dieses Verhältniß ist mit Recht beseitigt.

Noch eine Frage ist übrig: sollen Freisassen und Bauern nur Personen ihres Standes zu der Landschaft deputiren dürfen, oder soll es ihnen freistehen, auch andere Personen zu wählen? — Ich halte dafür, daß das Wahlrecht frei seyn müsse, wie ich diese Freiheit auf die Deputirten der Städte ausdehnen möchte. So ist es in dem freien constitutionellen Großbritannien. Doch wird allerdings dann zu bestimmen seyn, welche Eigenschaften die frei zu wählenden Deputirten haben müssen, so wie dieses ebenfalls in England, in Frankreich und in den Deutschen constitutionellen Staaten der Fall ist. Ich behalte mir vor, hierüber ein anderes Mal meine Gedanken mitzutheilen.

## VII.

Der

## Advocatenstand im Herzogthum Braunschweig.

Ein geachteter Schriftsteller eines Nachbarlandes, der Herr Advocat Gans zu Celle, sagt in einer bereits angeführten Druckschrift „Ueber die Verarmung der Städte u. s. w.“ von seinem Vaterlande (S. 28.):

„Ein zu höhern Richterstellen beförderter Advocat ist ein weißer Rabe, und eben deshalb ist ja auch aus so vielen Geschäftsstufen derselben keine Kenntniß zu holen, die hohle Rechtsfäße und Rechtsformen überstiege.“

Dieser Satz, und Alles, was man von einer zu wünschenden Veredelung des Advocatenstandes anderwärts zu sagen pflegt, findet in dem Herzogthum Braunschweig im Allgemeinen durchaus keine Anwendung. Der bei weiten größte Theil, sowohl der höhern als niedern Richterstellen ist hier mit Rechtsgelehrten besetzt, die in frühern Zeiten Advocaten waren. So waren z. B. alle Herzoglich-Braunschweigischen Mitglieder des gemeinschaftlichen Oberappellations-Gerichts, in welchem der Verfasser für die Fürstenthümer Lippe, Waldeck und Schaumburg-Lippe sitzt, selbst dessen würdiger Präsident, Advocaten, und alle Mit-

glieder des Herzoglichen Landesgerichts (außer dem Präsidenten) gehörten diesem ehrenvollen Stande an. Auch in den Districts=Gerichten und Kreisämtern sitzen bei weiten größtentheils ehemalige Rechtsanwälte. Nicht selten zieht es jedoch ein Advocat vor, in seinem unabhängigen Stande zu bleiben, und sich um Procuratoren=Posten bei den Obergerichten zu bewerben. Diesem wird im Publikum, wenn er in dem Rufe der Rechtsschaffenheit und Gelehrsamkeit steht (und dieses ist bei den Braunschweigischen Advocaten, mit seltenen Ausnahmen, die sich leider auch im Richterstande fanden, seit langen Zeiten der Fall gewesen), eben die Achtung bezeigt, als den Richtern selbst.

Die Folgen dieser glücklichen Verhältnisse waren die wohlthätigsten. Die Mehrzahl unserer Sachwalter zeichnet sich durch gründliche Rechtskenntnisse aus. Unsere sämmtlichen Gerichte sind mit Männern besetzt, welche die Verhältnisse aller Klassen der Staatsbürger, und namentlich des Bauernstandes, sehr genau kennen. Die Urtheilssprüche sind daher in der Regel sachgemäß. Die Richter, Arbeit aus ihren frühern Verhältnissen gewohnt, machen (mit seltenen Ausnahmen) sich keiner Verzögerung der Sachen schuldig. Bleibt einmahl ein Erkenntniß einige Monate zurück, welches bei überhäuftten Geschäften wohl der Fall ist, dann fehlt es gewiß an Maturations=Gesuchen keinesweges, und man macht mehr Lärm, als wenn in andern Ländern jahrelang vergeblich auf ein Erkenntniß geharrt werden muß.

Wenn der Verfasser dem Advocatenstande des hie-



sigen Landes eine Verbesserung wünschen möchte, so wäre es die Errichtung einer Advocaten = Cammer, wie sie in Frankreich gesetzlich ist. Da die Einrichtung derselben hinlänglich bekannt, so schweigt er davon, und wünscht nur, damit auch dem Verdienste äußere Auszeichnung (auf die einmahl in Deutschland hergebrachte Weise) werde, daß die ältesten Mitglieder der Advocaten = Cammer von der Landesherrschaft mit dem Character von Justizräthen beehret würden.

Schließlich füge ich dieser eben so erfreulichen, als wahren Darstellung die Bemerkung hinzu, daß alle noch kürzlich unbesezten Richterstellen von der jetzigen Regierung, deren unablässliches Bestreben das allgemeine Beste der Staatsbürger ist, mit Rechtsgelehrten besetzt wurden, die (so viel mir bekannt) früher dem Advocatenstande angehörten.



## VIII.

## Einige Worte

über

eine zu wünschende Wiederherstellung  
der

## Julius = Carls = Universität.

(Geschrieben im October 1830.)

Zu Seite 56. in der Eröffnungs-Rede des Herrn Grafen von Münster, und zum §. 33. des Landtags-Abschiedes vom 11ten Julius 1823 <sup>1)</sup>).

Jedem, der durch die verödeten Hallen des Theatrum <sup>2)</sup> zu Helmstedt geht, der die mit Staub be-

1) Dieser §. lautet: „Die Güter und ehemahligen Einkünfte der vormahligen Universität Helmstedt, mit Einschluß der Zinsen von dem derselben gehörigen, unter den Landeschulden mitbegriffenen Capitale von 200,000 Rthlr., werden von der Section für Klostersachen in Fürstl. Cammer verwaltet, und so wie bislang, auch fernerweit zu Bestreitung der Kosten der für hiesige Landesfinder zu Göttingen gestifteten Freitische, zum Besten der Schul- und Unterrichts-Anstalten im Lande und zur Beförderung der Studien überhaupt verwandt werden; und ist die Durchlauchtigste Landesherrschafft gern geneigt, dem engern landschaftlichen Ausschusse jährlich eine Uebersicht der Verwendung solcher Einkünfte mittheilen zu lassen; auch bei der beabsichtigten Verbesserung der Schulmeisterstellen auf dem Lande, neben den landesherrlichen Schulstellen, auch diejenigen, welche von Privatpersonen besetzt werden, thunlichst mit zu berücksichtigen.“

2) Diesen Namen führt das prächtige Universitäts-Gebäude zu Helmstedt, welches im Anfange des 17ten Jahrhunderts von dem eben so gelehrten und staatsklugen, als kriegerischen Herzog Heinrich Julius, dem Sohne des Stifters der Universität Julius, erbaut ist.

deckten, von Würmern täglich mehr verzehrten Reste der Universitäts-Bibliothek beschaut, ergreift eine höchst wehmüthige Empfindung; gehörte er aber zu den Böglingen der hingeschiedenen Julia Carolina, dann steigert sich diese Wehmuth zu einer Thränen auspressenden Sehnsucht — zu einer Sehnsucht, wie sie oft, besonders in den Tagen ergreift, wenn wir uns selbst schon dem Ziele unseres zeitlichen Lebens nahen und wir dann eines geliebten Dahingeshiedenen gedenken.

Nichts ist in solchen Augenblicken, und in denen, wo wir uns der Empfindungen, die in uns aufgeregt wurden, erinnern, natürlicher, als der Gedanke: Wäre es nicht zweckmäßig, wenn eine Anstalt in das Leben zurückgerufen würde, die ein Julius und ein Heinrich Julius, die Heroen unsers Vaterlandes in Beziehung auf Aufklärung und Gelehrsamkeit, so oft die schönste Perle am Braunschweigischen Fürstenthume nannten? — Auch der Stadt Helmstedt, jetzt niedergedrückt von der Nahrungslosigkeit, die wie eine Krankheit auf Deutschlands kleinern Städten lastet (vorzüglich ein Resultat des an jeder Grenze gehemmten Verkehrs), oft heimgesucht von Flammen, die wohl jener Nahrungslosigkeit nicht völlig fremd seyn möchten; auch dieser verödeten Stadt wünscht jeder Menschenfreund, und besonders jeder Patriot, gewiß gern eine Unterstützung, welche ein neues Leben, neuen Wohlstand in derselben verbreiten würde. Nur einen sehr unzureichenden Ersatz gewährte ihr das von Schöningen hierher verlegte Gymnasium. Seit Herzogs Julius Zeiten Sitz der Universität, entstanden in ihr eine

Menge ansehnlicher Gebäude, welche von den academischen Lehrern bewohnt wurden, und die jetzt, wenn auch nicht völlig leer stehen, doch sehr unzureichend benutzt werden; denn, außer dem Districtsgerichte und Kreisamte, hat die Stadt keine Landes-Collegien in ihren Mauern. So läßt sich nicht läugnen, daß ihr (wäre es irgend thunlich) vorzügliche Ansprüche sind, ein Institut in ihrem Schooße wieder aufblühen zu sehen, welches ihr »der Lichtverkünder wahrer Herzog« gewissermaßen zum Eigenthume verlieh. Daß sie, unter gleichen, oder auch nur einigermassen einander ähnlichen Umständen, ein vorzügliches Recht hätte: wer mag dieß läugnen? — Erwägt man nun ferner, wie betrübend es ist, daß der literarische Glanz jetzt unserm Vaterlande abgeht, den, um nur der letzten Zeiten zu gedenken, ein Henke, ein Bruns, ein Wernstorff, ein Häberlin (Vater und Sohn), ein Schulze, ein Grell, wie in frühern Zeiten ein Hermann Conring, ein Georg Calixtus <sup>3)</sup> und so viele Andere über dasselbe verbreiteten; erwägt man die großen Summen, welche dem Umlaufe im Vaterlande dadurch entzogen werden, daß dessen Söhne jetzt ihre höhere Bildung im Auslande zu suchen gezwungen sind, daß die Unterstützungen, die ihnen sowohl der Staat, als so manche fromme Stiftung gewähren, in den ge-

3) Verdienste der Professoren zu Helmstedt um die Gelehrsamkeit, von Paul Jacob Bruns. Halle und Berlin, 1810. — Petri, in der trefflichen lateinischen Denkschrift: *Parentalibus academiae Juliae praefatur etc.*, auch abgedruckt in: *Feier des Gedächtnisses der vormahligen Hochschule Julia Carolina u. s. w.* (Helmstedt, 1822). S. 37.

genwärtigen nahrungslosen Zeiten Fremden, die zu den Lasten unseres Vaterlandes Braunschweig nichts beitragen, zugewendet werden: dann fordert die Vaterlandsliebe dringender zu der Erörterung der Frage auf: Ist es denn nicht thunlich, daß jene wohlthätige Anstalt in das Leben zurückgerufen werde? —

Man braucht nur die neuesten Lections-Catalogen der Universitäten zu Göttingen, Berlin, Halle, Bonn, Heidelberg und München etwas genauer zu prüfen, man braucht nur in Betracht zu ziehen, welche Anstalten jetzt die physischen und medicinischen Wissenschaften erfordern, was man, bei dem jetzigen Standpunkte der Literatur, von einer Universitäts-Bibliothek verlangt, um sofort die Ueberzeugung zu gewinnen, eine Universität, wie sie in den Jahren nahe vor ihrer Auflösung zu Helmstedt bestand, und die im Jahre 1799 (an Besoldungen) nur einen Aufwand von 15,174 Rthl. 20 Sgr. erforderte, würde jetzt unserm Vaterlande nichts weniger als zur Ehre gereichen. Umfassende klinische Anstalten, naturhistorische Sammlungen, physische Apparate, eine Sternwarte, ein botanischer Garten, wo möglich ein Antiken-Cabinet, eine Kunstkammer, eine Bildergalerie, und mit einem Worte, großartige wissenschaftliche Institute erfordern jetzt die höchsten Lehranstalten, wenn sie der Zeit und den Wissenschaften genügen, wenn sie dem pflegenden Fürsten zur Ehre gereichen sollen. Wollte man eine solche Universität zu Helmstedt von neuem begründen, dann müßte mit der Stadt eine Umschaffung vorgenommen werden, von der Bedeutung, als die, welche seit fast hundert Jahren



Göttingen erfahren hat. Wo sollten die hierzu erforderlichen unermesslichen Summen (eine Million Thaler wäre gewiß nicht zu viel) hergenommen werden? — Wie lange sollte es dauern, ehe die nöthigen Gebäude und Sammlungen aufgeführt und zusammengebracht wären? — Wie manche Anstalt würde das Land, da sie in Braunschweig nicht fehlen darf, nun doppelt unterhalten müssen? — Schon dieser einzige Umstand weist uns, wollen wir uns wieder einer höchsten Lehranstalt erfreuen, nach Braunschweig.

Es besitzt diese Stadt mehrere Anstalten, die, schon in ihrem jetzigen Zustande, einer Universität zu großer Ehre gereichen und zu bedeutendem Ansehn verhelfen würden; ja, im verjüngten Maaßstabe ist dort schon eine Universität vorhanden. Das Collegium Carolinum hat, fast in allen Facultäten, treffliche und zum Theil berühmte Lehrer, die, bei Errichtung einer Universität (da sodann jenes Institut überflüssig würde) sofort in diese höchste Lehranstalt eintreten könnten. Die theologische Facultät würde in einige Verbindung mit dem Consistorium (welches jedoch zu Wolfenbüttel bleiben müßte) gesetzt werden können.

Noch einen Vorzug bietet Braunschweig dar, den nicht jede andere Universitäts-Stadt des Deutschen Vaterlandes in dem Maaße hat: dieß ist die wohlbekannte Biewegsche Druck-Officin. Die Werke der Universitäts-Lehrer würden nicht nur in würdigen Gewanden erscheinen, sondern der Buchhandel der Stadt, der jetzt, in manchen Zweigen der Literatur, höchst eingeschränkt ist, würde, da Wissenschaftlichkeit sich hof-



fentlich auch außer der Universität mehr verbreiten würde, außerordentlich zunehmen.

An ganz neu zu begründenden Anstalten würden, nach dem, was bereits vorhanden ist, zu Braunschweig nur folgende erforderlich seyn:

1. Eine Sternwarte, unstreitig am zweckmäßigsten an der Westseite der Aegidien-Kirche anzulegen.
2. Ein Bibliothek-Gebäude. Die ebengenannte Kirche selbst würde, mit einem Aufwande von vielleicht 25,000 Rthlr., zu einem Bibliotheksaale im großartigsten Style eingerichtet werden können, wie ihn Deutschland nicht besitzt. Welch eine Schöpfung würde hier unser Krahe darstellen. Würde in diesem Locale nun die Wolfenbüttelsche Bibliothek aufgestellt (deren Gebäude doch bald kaum mehr zu erhalten stehen wird), und diese, zum Theil aus den Summen, die aus dem Verkaufe ihrer Dubletten und so mancher Bücher, die noch hin und wieder dem Untergange entgegengehen, ergänzt; würden mit ihr, so weit es nöthig, die Helmstedtsche Bibliothek und die des Collegii Carolini vereinet: welche Universitäts-Bibliothek könnte sich mit dieser messen?

---

4) Für den Verlust der Bibliothek, die doch immer einige Fremde dort hinzieht, müßte Wolfenbüttel, diese der Landesherrschaft so treue und von so gutgesinnten Bürgern bewohnte Stadt, billig entschädigt werden, und dieses könnte (hier einige Vorschläge mitzutheilen) auf mehrfache Weise geschehen; 1) dadurch, daß ein, jedem Verkehre geöffneter Kunstweg die Stadt mit der Frankfurter Straße verbinde;

3. Ein botanischer Garten. Würde dieser, auf der entgegengesetzten Seite des Oker-Canales, hinter dem herzoglichen Garten am Steinthore angelegt, welch ein Ganzes würde eine solche Anlage darbieten, besonders wenn man den Grauenhofs-Garten als Fortsetzung betrachtete?

Folgende Anstalten wären schon vorhanden, und bedürften nur einer Erweiterung.

1. Ein anatomisches Theater und die dazu erforderlichen Sammlungen auf dem Museum, welche, nach Blumenbachs Aeußerung, kaum, in osteologischer Hinsicht, übertroffen werden.
2. Ein chemisches Laboratorium.
3. Umfassende klinische Anstalten. — Ein Taubstummen-, ein Blinden-Institut, theils in medicinischer, theils in pädagogischer Hinsicht beide wichtig.
4. Ein Entbindungshaus.
5. Ein naturhistorisches Museum.
6. Ein Museum für Kunst und Alterthum, einschließlich einer trefflichen Gemählde-Sammlung.

2) durch Errichtung einer Poststation, die bis jetzt (dem Ausländer unglaublich) der Stadt, zu ihrem großen Nachtheile, fehlt; 3) durch die Verlegung eines Bataillons hierher 4) durch die Errichtung eines, das ganze Pupillenwesen des Landes dirigirenden Collegii, — ein Bedürfnis, dem kein anderes an bringender Nothwendigkeit vorgeht; 5) durch die Errichtung eines Prediger-Seminarii, an die Stelle der aufgehobenen Institute zu Riddagshausen und Michaelstein; 6) durch eine schnelle Beendigung der Walldemolition und großartige Zustandebringung der Verschönerungs-Anlagen, — denn durch die heitern Umgebungen werden Fremde hergezogen.

# 7. Reitbahnen und die für den Unterricht im Reiten erforderlichen Pferde.

Wo ist eine Stadt in Deutschland, die einer entstehenden Universität solche Anstalten darböthe? und welche Summen wären erforderlich, diese erst in Helmstedt zu schaffen; und dann wären sie, wie bereits angedeutet, doppelt im Lande zu erhalten. Woher diese Kosten? —

Zieht man nun ferner in Betracht, wie leicht die Oekonomie des Kreuzklosters zu einer ökonomischen Bildungs-Anstalt eingerichtet werden könnte; wie wenig Umstände es machen würde, zu Braunschweig, wo jetzt schon so viele treffliche Forstmänner vorhanden, bedeutende Wälder und der Harz aber in der Nähe sind, forstwissenschaftliche Vorlesungen practisch nützlich zu machen; wie umfassend und practisch Mineralogie, Bergbau, Technologie, bei der Nähe des Harzes, und bei dem Vorhandenseyn einer Berg-handlung, einer Porcellan-Fabrik u. s. w., gelehrt werden könnten, in welchen Fächern wir an einem Marx, einem Hartmann, bereits treffliche und berühmte Gelehrte besitzen; in welchem Maaßstabe bei uns (man denke an den Marstall, an das Gestüte zu Harzburg u. s. w.) Hippologie und Thierarzneikunde wissenschaftlich bearbeitet werden könnten: dann muß den Patrioten ein freudiges Erstaunen über die Hülfsmittel, die in unserm Vaterlande hinsichtlich der Errichtung einer in ihrer Art einzigen Universität sind, ergreifen. Auch selbst der Helmstedter, wenn gleich nicht ohne Rührung, wird einstimmen. — Nach diesem Plane ausge-

führt, könnte Braunschweig eine Universität darbieten, welche die Regierung unsers Herzogs Wilhelm mit eben der Ehre umstrahlte und mit gleichem Ruhme umgäbe, als einst die hohe Schule Julia die Regierung ihres gefeierten Stifters. Eine Universität, die Alles hinter sich lassen würde, welches kleinere Städte zu gewähren im Stande wären.

Aber die Kosten? — höre ich bedenklich fragen. — Sie sind zu erschwingen: denn abgerechnet muß von den Kosten der Universität werden, was bereits das Collegium Carolinum, das anatomisch-chirurgische Institut, die klinischen Anstalten u. s. w., das Museum, die Bibliothek zu Wolfenbüttel u. s. w. dem Staate kosten. Das Vermögen der Universität Helmstedt ist noch vorhanden. Zwar werden die Einkünfte dieses Studienfonds jetzt ebenfalls sehr nützlich verwendet: aber gewiß können diese Summen aus der Kloster-Casse künftig erfolgen, wenn diese ihrer ursprünglichen Bestimmung, nach Maafgabe der Klosterordnung und der Landesverträge, wieder allein überlassen wird.

Ein Ueberschlag, den der Verfasser gemacht hat, und in dem er sich nicht bedeutend verrechnet zu haben oder zu irren glaubt, weist ihm dar, daß die erste Einrichtung der Universität wohl 150,000 Rthlr. kosten möchte (einschließlich der Baukosten), und daß zu den Ausgaben für die erwähnten neu zu schaffenden oder zu vergrößernden Institute, desgleichen an Besoldungen für die Lehrer und Beamten, wohl jährlich die Summe von 40 bis 45,000 Rthlr. er-



forderlich seyn möchte. Bedenkt man, daß diese Summe ungefähr jährlich das Theater zu Braunschweig kostet, daß von den Kosten für dasselbe doch wohl, zum Besten der Wissenschaften, für die Ehre und den Wohlstand des Landes, 15,000 Rthlr. jährlich werden gestrichen werden können<sup>5)</sup>: so kann der Rest (bei gutem Willen, an welchen bei einer so väterlichen Regierung, wie die unsrige, nicht zu zweifeln steht) aus den Kloster-Einkünften, bei einigen Zuschüssen der Herzoglichen Cammer, und vielleicht der Steuer-Casse (wenn diese Erleichterung bekommen würde) leicht herbeigeschafft werden.

Der Verfasser kennt die Hülfsmittel und die Einkünfte des hiesigen Landes zu genau, er weiß zu bestimmen, wo erspart werden kann, um hiervon völlig überzeugt zu seyn.

Nun ziehe man aber, außer dem wissenschaftlichen Nutzen, den außerordentlichen finanziellen Vortheil in Betracht, der aus der Errichtung einer Universität für Braunschweig, für das benachbarte Wolfenbüttel und für das ganze Land hervorgehen würde. Gegen 150 junge Braunschweiger studiren jetzt außer Landes. Angenommen, von diesen wären künftig nur 100 auf der Universität zu Braunschweig: so setzt dieser einzige Umstand schon (300 Rthlr. jährlich, im Durchschnitt, für jeden Einzelnen gerechnet) 30,000 Rthlr. zu Braunschweig in Umlauf, die jetzt ins Ausland gehen. Rech-

---

5) Ein jährlicher Zuschuß zu den Kosten für das Theater von 25,000 Rthlr. ist gewiß für das hiesige Land kein karges Opfer.

nete man nun ferner nur auf 500 fremde Studirende — und diese können nicht fehlen bei einer Anstalt, wie sie der Verfasser vor Augen hat <sup>6)</sup> — und die Ausgaben eines jeden Fremden, im Durchschnitte, nur zu jährlich 400 Rthlr.: so setzte dieses jährlich 200,000 Rthlr. in Umlauf. Da nun die Mitglieder der Universität wenigstens 40,000 Rthlr. verzehren werden, so würden, sehr mäßig gerechnet, jährlich durch das Institut gegen 270,000 Rthlr. in der Stadt Braunschweig und im Lande in Umlauf gebracht. Hier wäre noch nicht gerechnet der Zuwachs an Geschäften, welche Buchhandel und Buchdruckereien erhalten würden, wenn, wie nicht zu zweifeln, eine völlige Preßfreiheit (jedoch mit Beobachtung der Bundesgesetze) bewilligt würde. In welchem neuen Glanze würde dann das alte Braunschweig strahlen, jene herrliche Hansestadt des bewegten Mittelalters, geziert mit so vielen Denkmählern altbürgerlichen Reichthums, ehrwürdig durch die Erinnerungen an Heinrich den Löwen und Kaiser Otto den Vierten, vor Allem aber hochberühmt über den ganzen Erdkreis, als die Wiege des Königsgeschlechts, in dessen Reiche die Sonne nicht untergeht.

---

6) Helmstedt hatte in blühenden Zeiten mehrere hundert fremde Studirende, zu einer Zeit, wo man freilich von Universitäten das nicht verlangte, was man jetzt von ihnen erwartet.

## IX.

## Ueber die zu ordnenden bürgerlichen Verhältnisse der Juden.

(Zum Art. 56. des Landtags-Abschiedes vom 11. Julius 1823.)

Die Bundes-Acte enthält in ihrem 16<sup>ten</sup> Artikel die Bestimmung:

»Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie, auf eine möglichst übereinstimmende Weise, die bürgerliche Verbesserung der Befenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sey, und wie insonderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte, gegen die Uebernahme aller Bürgerpflichten, in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne. Jedoch werden den Befennern dieses Glaubens, bis dahin, die denselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten.«

Der Art. 56. des jüngsten Landtags-Abschiedes bestimmt Folgendes:

»Auch ist vorgekommen, wie sehr zu wünschen stehe, die bürgerlichen Verhältnisse der Juden dergestalt reguliren, und durch Verbesserung ihrer Unterrichts-Anstalten dahin mitwirken zu können, daß dieselben dem kleinen Handel mehr entzogen, und dagegen zur Ergreifung anderer bürgerlichen Gewerbe fähig und

»geneigt wurden. Die Durchlauchtigste Landesherr-  
 »schaft ist mit dieser Ansicht vollkommen einverstan-  
 »den, und behält sich vor, sowohl in Ansehung des  
 »Unterrichts der jüdischen Glaubensgenossen, weshalb  
 »bereits einige Vorarbeiten eingeleitet sind, als auch  
 »hinsichtlich der bürgerlichen Verhältnisse, so wie es  
 »die Lage der Sache erlaubt und thunlich macht,  
 »zweckmäßige Verfügungen zu treffen.“

Dem Verfasser ist nicht bekannt geworden, daß  
 von Seiten des Bundes in Deutschland, oder, nach  
 der eben angeführten Stelle des Landtags = Abschie-  
 des, im hiesigen Lande irgend eine, diesen Gegen-  
 stand wesentlich berührende gesetzliche Bestimmung  
 erlassen wäre, wenn gleich der erste in dem 65<sup>ten</sup>  
 Artikel der Wiener Schluß-Acte, welcher lautet:

»Die in den besondern Bestimmungen der Bundes=  
 »Artikel 16, 18, 19 zur Berathung der Bundes=  
 »Versammlung gestellten Gegenstände bleiben dersel-  
 »ben, um durch gemeinschaftliche Uebereinkunft zu  
 »möglichst gleichförmigen Verfügungen darüber zu  
 »gelangen, zur ferneren Bearbeitung vorbehalten;“  
 hierzu Hoffnung machte.

Ich glaube, den Beifall eines jeden gerechten, auf-  
 geklärten, also über Vorurtheile erhabenen Mannes auf  
 meiner Seite zu haben, wenn ich behaupte, daß in den-  
 jenigen Staaten Deutschlands, wo man die Juden  
 (um mit der Bundes-Acte zu reden)

»zu der Uebernahme aller Bürgerpflich-  
 »ten“

für fähig hielt, wo man sie demnach in die Reihe der



Bertheidiger des Vaterlandes stellte, wo man ihnen das ehrende Gewehr des Bürgergardisten anvertraute, kurz wo man zwischen ihnen und den christlichen Einwohnern, in Allem, was Staatslasten und Pflichten anbetrifft, nicht den geringsten Unterschied machte, man ihnen auch, nach dem Geiste der Bundes-Acte, die Rechte und Pflichten hier einander gegenüberstellte (wenn gleich dieserhalb noch nichts organisch bestimmt worden), nicht länger die vollständigen Rechte eines activen Staatsbürgers verweigern dürfe. Unsere Gilde-Ordnung vom 29<sup>ten</sup> October 1829 schreibt in dem 65<sup>ten</sup> §. vor:

»Bei Aufnahme der Lehrlinge darf kein Unterschied  
»zwischen Geburt, Stand oder Religion gemacht  
»werden.«

Wenn nun aber diese Verordnung, dadurch, daß sie in verbesserter Gestalt die Innungen wieder herstellte, vorzüglich beabsichtigte, den höchst ehrenwerthen Stand der Handwerker und Gewerbetreibenden von neuen auch wieder äußere Ehre, durch eine uralte Institution, die stets als eine Ehrenvereinigung angesehen war, zu begründen, — wenn so ehrenmäßige Corporationen das Kind eines Israeliten nicht zurückweisen sollen, — wenn sich wackere Meister sogar bestreben, durch die Aufnahme israelitischer Lehrlinge zu zeigen, sie seyen über Vorurtheile erhaben; wenn die gelehrten Innungen den gelehrten Israeliten gern aufnehmen, wenn wir sie mit dem Doctorhute der Rechte und der Medicin geschmückt sehen, wenn wir dem israelitischen Arzte unsere Gesundheit und unser Leben anvertrauen: wie

kann man ihn dann, ihn, dem man das Gilde- und Wafferecht zuerkannte, der also nicht ferner ein Fremder ist, seines Glaubens wegen — weil er nur einen alleinigen Gott, und diesen ohne Erlöser versöhnet glaubt — nicht würdig achten wollen, alle Bürgerrechte ausüben zu können? — Warum soll der Vertheidiger des Eigenthums Aller, des Eigenthums des Staates, noch mehr der Vertheidiger der Freiheit und Ehre des Vaterlandes, der ohne Bedenken zu dem mit Recht hochgeehrten Posten eines Officiers erhoben wird, nicht eben so gut, ohne besondere Concession, Grund und Boden oder einen eigenen Heerd erwerben dürfen, als jeder Andere? — Verlangt dieses nicht selbst der gemeinschaftliche Vortheil Aller? — Je größer die Concurrenz, je höher die Preise. — Baute nicht der Palästiner seinen Boden? — Warum soll der späte Nachkomme dieses nicht mit dem Schweiße seines Angesichts Deutschen Boden befruchten dürfen?

Hier stelle ich nur den Satz auf: Man übertrug Pflichten — man ist also die entsprechenden Rechte schuldig, und zwar nach dem Geiste der Bundes-Acte. Der unrechte Platz würde hier seyn, Einwürfe zu widerlegen, die gewöhnlich der Emancipation der Juden entgegengestellt werden. Sie sind bekannt, und werden fast allein durch die einzige Betrachtung beseitigt: daß die verschiedenen Stufen der Bildung der Staatsbürger nicht eben so viele einzelne Legislationen bewirken können. Es giebt Rechte, die für den Gebildeten und Ungebildeten, für den Freigeist und den Bigotten dieselben seyn müssen — die

Rechte des Menschen und des Bürgers: wo es aber auf besondere Befähigungen ankommt, da wählt der Staat nach den Eigenschaften, die der zu Wählende besitzen muß. So wenig also eine Judengemeine einen Christen zu ihrem Religionslehrer wählen würde, eben so wenig wird je der Staat ein Individuum, sey es Jude, sey es Christ, zu einem Amte wählen, wozu ihm die moralischen oder intellectuellen Fähigkeiten fehlen. Zu verlieren ist, wo man frei wählen kann, nichts, wohl aber zu gewinnen. Während der Dauer des Königreichs Westphalen, welches, hinsichtlich der Bürgerrechte, keinen Unterschied der Religionen kannte, wo ein Jude, ohne daß die Verfassung verletzt worden wäre, Justizminister hätte werden können, war (so viel mir bekannt) nicht Ein Jude nur Friedensrichter. — Warum? — Weil keiner dazu fähig gefunden. — Was hätte aber damahls für ein Nachtheil daraus entstehen können, daß auch der jüdische Süngling zu gleichem Ziele als sein christlicher Mitschüler strebte? — Wie bekannt, sind im Königreiche Württemberg den Juden, unter einigen Modificationen, dieselben Rechte, als den übrigen Staatsbürgern, durch das Gesetz vom 25<sup>ten</sup> April 1828 <sup>7)</sup> eingeräumt, nachdem dasselbe einer ausführlichen Discussion in der Cammer der Abgeordneten unterworfen <sup>8)</sup>, und mit 67 Stimmen gegen 12 angenommen worden.

7) Siehe Anlage.

8) Verhandlungen in der Cammer der Abgeordneten des Königreichs Württemberg, über den I. Gesetzworschlag, die öffentlichen Verhältnisse der Israeliten betreffend. Stuttgart und Tübingen, 1828.

Jetzt verstrichen seit dieser Zeit drei Jahre, aber kein Nachtheil ist bemerkt, den dieses Gesetz veranlaßt hätte, eben so wenig, wie man während der Dauer des Königreichs Westphalen Nachtheile von der Emancipation der Juden vernahm. — Wer muß nicht folgenden Neuerungen des Deputirten Herrn Kummel beipflichten und von ihnen tief gerührt werden? —

»Wenn ich mir (sagte derselbe) die allgemeine Frage vorlege, ob die Juden die Rechte Württembergischer Unterthanen erhalten sollen, so finde ich in dem weiten Gebiete der Staatsverwaltung keinen Grund, es ihnen zu verweigern. Man ging bisher von dem Standpunkte der Religion aus, und sagte: weil der Jude kein Christ ist, soll er auch kein Bürger seyn. Dieß war der Deckmantel, den man auf alle blutigen Verfolgungen und Unterdrückungen der Juden zu werfen suchte. Theokratie oder Religionsherrschaft ist, so lange Staaten von verschiedenen Religions-Bekenntnissen neben einander bestehen, ein Unding; nicht die Religion, sondern der Cultus will herrschen; die Moral, der Gesetzgeber aber, muß höher stehen; die Staatsgesetzgebung soll nie vom Cultus ausgehen, denn die Theokratie, in diesem Sinne, ist im Kampfe mit der Civilisation bisher unterlegen, und wird stets unterliegen.

Die christliche Religion, die aus der jüdischen hervorging, hat die Theokratie ganz verlassen; sie beruht auf der Anerkennung der Menschenrechte, und ihre Basis ist allgemeine Bruderliebe; jede Unterdrückung widerspricht ihrem Wesen. Deswegen sehe ich von der religiösen Seite keinen Grund, warum man den Juden



das Staats-Bürgerrecht verweigern soll. — Von der rechtlichen Seite betrachtet, wird sich die Sache auf den allgemeinen Satz zurückführen lassen: Einem Menschenstamme, der, wenn er auch dem Urvolke nicht angehört, aber fast 2000 Jahre unter uns wohnt, mit uns alle Staatslasten in gleichem Verhältniß trägt, wird man wahrlich die Rechte der Landeseingebornen nicht absprechen können. Man wird nicht sagen können: Eure Söhne müssen bluten im Kampfe für das Vaterland; Ihr sollt alle Lasten tragen, die unsere Staatsverwaltung, unsere Erziehungs-Institute und unser Cultus fordern, aber Rechte sollt Ihr keine haben. (Tiefer Eindruck.) Dieß kann kein menschliches Gemüth aussprechen, am wenigsten aber die Priester der Themis. Wähnen sie, man könnte die Juden rechtlich aus dem Lande weisen, so liegt hierin wahrlich keine juridische Consequenz: es sey denn, sie gehen in ihren Folgerungen vom Rechte des Stärkern aus, was weder juridisch, noch weniger menschlich wäre. Wenn nun keine religiösen und keine rechtlichen Gründe vorliegen: so erlaube ich mir, die Sache von der staatswirthschaftlichen Seite zu betrachten. Der Jude, der so lange isolirt gehalten und von allen bürgerlichen Gewerben ausgeschlossen wurde, dem wir zur Fristung seines Lebens allein nur den Schacherhandel übrig ließen, mußte unproductiv werden, und doch können wir ihm seine Productivkraft nicht absprechen. Er hat uns zu dem Bekenntniß gezwungen, daß, wenn er sich auf ein Gewerbe wirft, er dasselbe mit Verstand und Umsicht treibt. Ich frage nun: ist es nicht Pflicht des Staats, diese Pro-

ductiv-Kraft in Anspruch zu nehmen, seiner Thätigkeit einen Spielraum, seinem Streben Nahrung und einen sichern Anhaltspunkt zu geben? Ich frage, ist es nicht besser, die im Lande wohnenden Juden, die bisher von uns leben mußten, weil wir ihre eigene Productiv-Kraft nicht heben wollten, zu arbeitsamen Staatsbürgern umzuschaffen, als sie so unverändert von einem Tage zum andern vom Schacher leben zu lassen?

Es ist nun noch die politische Seite übrig, die ich in der vorliegenden Sache nicht übergehen möchte. Man wird sagen: die Juden leben seit fast 2000 Jahren unter uns, und sind durch Sitten und Gebräuche noch allenthalben von uns geschieden; sie huldigen den Forderungen der Zeit nicht, und tragen unverändert das Gepräge der Vergangenheit an sich; die Lehren des Talmuds sind es, die jeder Vereinigung widerstreben, und so lange sie diesen nicht ablegen, werden wir höchst unklug handeln, einen Volksstamm, wenn er auch noch so lange unter uns wohnte, brüderlich aufzunehmen, dessen Religions-Lehre feindliche Gesinnungen hegt. — Es ist richtig, der Talmud athmet den Geist der Theokratie: aber nicht allein gegen Christen, sondern gegen Alle, die nicht Juden sind. Ich läugne nicht, daß er unter den sehr vielen sittlich guten, auch gehäßige Lehren enthält; so spricht immer eine solche Theokratie, die durch Menschenfessungen verunstaltet ist. So sprach einst Rom und Griechenland; und was haben wir gethan, wir, die in den Grundsätzen der christlichen Religion oder der Religion der Menschheit erzogen wurden? — Die Zeit ist nicht sehr ferne, daß kein

Katholik in einem protestantischen Staate, und kein Protestant in einem katholischen Staate das Bürgerrecht erlangen konnte 9). — Wir, als Christen, haben einen solchen Grundsatz ein paar Jahrhunderte festgehalten; haben wir uns jetzt nicht allenthalben brüderlich vereint, und hier in diesem Saale finden wir dieser Vereinigung schönsten Bild, wo wir, frei von solchen kleinlichen Leidenschaften, vereint, nur dahin streben, was dem Wohle des Ganzen frommt; — und wir sollten fürchten, daß sich die schroffen Seiten zwischen uns und den Juden nicht verlieren sollten? — Dieß kann ernstlich wohl Niemand glauben. Man fürchtet, daß, gleich nach Erscheinung dieses Gesetzes, die in unserm Lande befindlichen 9000 Juden plötzlich alle unsere Gewerbe aus dem Geleise bringen, und der 1½ Million Christen ihre Nahrung schmälern werden. Ich bitte, doch ruhig zu erwägen, wie gehaltlos diese Furcht ist. Man wird sagen, seit 1809 ist den Juden erlaubt, Gewerbe und Ackerbau zu treiben, und was ist geschehen? — Ich muß hierauf antworten: Es ist doch etwas geschehen, und wenn nicht mehr geschah, so liegt dieß wahrlich nur darin, daß ohne Uebersiedelungsrecht nicht mehr geschehen konnte. Glaube man doch ja nicht, daß die Juden, die wir mehr als 1500 Jahre von allen Gewerben ausgeschlossen haben, mit dem Gesetze wie durch einen Zauberschlag plötzlich Alle Handwerker und Landwirth werden! Die Bildung macht

9) In Sachsen z. B. konnte ein Katholik wohl König, nicht aber Schneidermeister werden.

keine Sprünge, und Unterdrückung ist nicht das Mittel, Bürger zu erziehen. Alle Slavenvölker sind tückisch und ungebildet, und, wenn die Juden es sind, so trifft der Vorwurf nur ihre Unterdrücker. Ich trage deswegen aus religiösen, staatswirthschaftlichen und politischen Gründen darauf an, den Juden das Staatsbürgerrecht zu geben. Doch will ich zur Zeit noch die Zügel nicht ganz aus der Hand geben, sondern es an die Bedingungen knüpfen, die in dem Gesetzes-Entwurfe und den Anträgen der Commission enthalten sind; und ich glaube darum, mich der Hoffnung überlassen zu können, daß die hohe Cammer zur Berathung des Gesetz-Entwurfes selbst übergehen werde <sup>10)</sup>.

---

10) Vergl. Ueber die Stellung der Bekenner des mosaischen Glaubens in Deutschland. An die Deutschen aller Confessionen von Gabriel Riesser, Doctor der Rechte. (Altona, 1831.) — Schwerlich wird Jemand diese Schrift aus der Hand legen, ohne von dem trefflichen Schriftsteller überzeugt worden zu seyn. — Die Hessische Verfassungs-Urkunde bestimmt im §. 29: „die den Israeliten bereits zustehenden Rechte sollen unter den Schutz der Verfassung gestellt seyn, und die besonderen Verhältnisse derselben gleichförmig für alle Gebietstheile geordnet werden.“ Hiergegen erschien: Klagruf der Israeliten in Kurhessen, und Appellation an den Zeitgeist, abgedrungen durch Entziehung der allgemeinen Menschenrechte. (Hanau, 1830.)



## U n l a g e.

### Königlich-Württembergisches Gesetz, in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen.

**W**ilhelm, von Gottes Gnaden, König von Württemberg.

In der Absicht, die öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen im Königreiche durch eine zeitgemäße Gesetzgebung mit der allgemeinen Wohlfahrt in Uebereinstimmung zu bringen, und die Ausbildung und Befähigung dieser Staatsangehörigen zum Genusse der bürgerlichen Rechte gegen Uebernahme der bürgerlichen Pflichten möglichst zu befördern, verordnen und verfügen Wir, nach Anhörung Unseres geheimen Raths und mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt:

#### Erste Abtheilung.

#### Von den bürgerlichen Verhältnissen der Israeliten.

##### Erster Titel.

##### Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Allgemeines Rechtsverhältniß. Die im Königreiche einheimischen Israeliten genießen, so weit nicht das gegenwärtige Gesetz eine Ausnahme begründet, die Rechte der Württembergischen Unterthanen. Sie sind allen bürgerlichen Gesetzen unterworfen, und haben alle Pflichten und Leistungen der übrigen Unterthanen zu erfüllen.

Art. 2. Huldigungseid. Jeder dem Staate angehörige Israelite hat den in der Staatsverfassung vorgeschriebenen Huldigungseid wie andere Unterthanen abzulegen.

Art. 3. Annahme von Familiennamen. Jeder einheimische Israelite hat für sich und seine Nachkommen einen bestimmten Familiennamen, mit Genehmigung der betreffenden Staatsbehörde, anzunehmen, welchen er für immer und in allen Verhältnissen führen muß. Diejenigen Israeliten, welche eine Handlungsfirma unter ihrem bisherigen Namen führten, können den letztern als Handlungsfirma neben ihrem neuen Geschlechtsnamen beibehalten.

Art. 4. Gebrauch der Deutschen Sprache. Bei allen Aufträgen über Rechtsgeschäfte, sowohl unter sich als mit Christen, insbesondere bei Verträgen, Verschreibungen, Testamenten, Ehepакten u. s. w., so wie bei ihren Handelsbüchern, Rechnungen und Zeugnissen, haben die Israeliten, bei Strafe der Nichtigkeit, der Deutschen Sprache und Schrift, so wie der christlichen Zeitrechnung sich zu bedienen<sup>1)</sup>. Doch ist es ihnen unbenommen, bei ihrer Unterschrift Deutsche oder Lateinische Schriftzüge zu gebrauchen.

Art. 5. Zeugenschaft. In Absicht auf die Fähigkeit Zeugnisse abzulegen und auf die Glaubwürdigkeit abgelegter Zeugnisse findet zwischen den Israeliten und den übrigen Staatsgenossen in der Regel (vergl. Art. 35) kein Unterschied statt.

Art. 6. Abtretung von Forderungen. Das bisherige Verbot, wornach Israeliten ihre Forderungen an Christen nicht an andere Christen abtreten durften, ist ohne Unterschied, ob die Abtretung im Inlande oder Auslande, von einem inländischen oder ausländischen Israeliten geschehen ist, auch in Beziehung auf Forderungen, die mit keinen hypothekarischen Rechten versehen sind (Pfandgesetz, Art. 92), gehoben. Diese Bestimmung hat rückwirkende Kraft auf die der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes vorangegangenen Cessionen.

Art. 7. Eide. Bei Eidschwüren, die ein Israelite in Rechtssachen abzulegen hat, werden sowohl in Hinsicht auf den Inhalt der Eidesformel, als in Hinsicht auf die Art der Ablegung die seinen Religionsbegriffen gemäßen Eigenthümlichkeiten beobachtet.

Art. 8. Beobachtung der äußern Ruhe an christlichen Sonn- und Feiertagen. An den christlichen Sonn-, Fest- und Feiertagen hat der Israelite aller Handlungen, welche die Feier dieser Tage stören könnten, nach Maafgabe der Polizeigesetze über die Sonntagsfeier, sich zu enthalten.

Art. 9. Fremde Juden. Ausländische jüdische Dienstboten, Handlungs- und Handwerksgehülfsen u. s. w. dürfen nur, wenn sie sie sich mit Heimathscheinen ausweisen können, in dem Königreiche geduldet werden. Im Uebrigen verbleibt es bei den in Beziehung auf ausländische Juden bestehenden Gesetzen und Verordnungen.

1) Da die sogenannte Lateinische Schrift, mit welcher die meisten Europäischen Sprachen geschrieben werden, eben so bekannt als die sogenannte Deutsche Schrift ist (in welcher im 15ten, und sogar noch im Anfange des 16ten Jahrhunderts Französische und Italienische, wie auch Lateinische Bücher gedruckt wurden): so ist es in der That hart, einen mit jener Schrift geschriebenen Vertrag eines Juden für nichtig zu erklären. Und warum soll ein in Französischer Sprache (vielleicht für das Ausland) aufgestellter Jüdischer Wechsel nichtig seyn? — Es scheint mir hinlänglich, wenn die Hebräische Schrift und Sprache ausgeschlossen war.

Art. 10. Einwanderung ausländischer Israeliten. Einem fremden Schacherjuden kann in keinem Falle, einem andern Israeliten aber nur dann, wenn derselbe von einer bestimmten Gemeinde des Königreichs die freiwillige Zusicherung des Ortsbürgerrechts erhalten hat, die Aufnahme in das Staatsbürgerrecht ertheilt werden (vergl. Art. 14). Eine Ausnahme findet jedoch bei gesetzlich befähigten Rabbinen zum Behuf der Anstellung derselben in so lange Statt, als es für das Bedürfniß der israelitischen Kirchen-Gemeinden an befähigten Inländern fehlt. Die Aufnahme eines für seine Person befähigten Israeliten kann nicht auf diejenigen Söhne erstreckt werden, welche zur Zeit der Einwanderung ihres Vaters bereits das fünfzehnte Lebensjahr zurückgelegt und noch keinem ordentlichen Gewerbe sich gewidmet haben <sup>2)</sup>.

### Zweiter Titel.

Von den Verhältnissen der Israeliten zu den Gemeinden.

Art. 11. Gemeindeangehörigkeit. Jeder in dem Königreiche einheimische Israelite muß einer bestimmten Gemeinde als Bürger oder Beisitzer angehören. Demjenigen, welcher nicht bereits ein örtliches Bürger- oder Beisitzrecht besitzt, wird nach dem über die Heimathverhältnisse bestehenden Gesetze das örtliche Beisitzrecht in einer Gemeinde angewiesen.

Art. 12. Aufhebung des bisherigen Schutzverbandes. Der auf die Person beschränkte Schutzverband der bisherigen Schutzjuden, so wie die besonderen Abgaben an Schutz- und Schirmgeld und Waisenhausbeitrag, welche dieselben bisher an die Staatscasse zu entrichten hatten, sind vom 1sten Juli 1828 an aufgehoben. Auch kann in Zukunft keinem Israeliten ein bloß persönliches Schutzrecht (ohne erbliches Bürger- oder Beisitzrecht) ertheilt werden.

Art. 13. Uebersiedelung in andere Gemeinden. Jeder Württembergische Israelite kann von jeder Gemeinde des Königreichs zu jeder Zeit und unter allen Umständen in das Bürger- oder Beisitzrecht aufgenommen werden. Zur unfreiwilligen Aufnahme eines von einer andern Gemeinde des Königreichs übersiedelnden Israeliten ist die Gemeinde nur dann verpflichtet, wenn derselbe nicht allein die in dem Gesetze über das Gemeinde-, Bürger- oder Beisitzrecht (Art. 18 — 20) erforderlichen Eigenschaften besitzt, sondern auch mit Verzicht auf jede Art von Schacherhandel

<sup>2)</sup> Mich dünkt, die Aufnahme fremder Israeliten würde am passendsten gänzlich der Regierung anheim gegeben, die am unparteiischsten wird ermaßen können, in wiefern deren Aufnahme dem Ganzen nützlich sey oder nicht.

(Art. 36) sich von dem Feldbau oder vom Betrieb eines Handwerks zu nähren gedenkt <sup>3)</sup>, und sich hiefür wenigstens zehn Jahre lang (die etwaige Unterbrechung durch Militairdienste eingerechnet) berufsmäßig ausgebildet hat <sup>4)</sup>. Ohne diese Vorbildung kann ein Israelite die Aufnahme für den Betrieb des Feldbaues in dem Fall und unter der Bedingung ansprechen, daß er so viele Güter auf der Ortsmarkung erwerbe, als zur Ernährung einer Familie erfordert werden. Bei dem Bäcker-, Metzger- und Schneiderhandwerk wird zur unfreiwilligen Aufnahme noch weiter erfordert, daß dieses Gewerbe in der betreffenden Gemeinde nach dem Ermessen der Regierungsbehörde noch nicht überseht sey; es wäre denn, daß der Aufzunehmende schon vor der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes sich einem dieser Gewerbe ordnungsmäßig gewidmet hätte.

Art. 14. Beschränkung der eingewanderten Israeliten. Einem vom Ausland eingewanderten Israeliten, so wie denjenigen Söhnen desselben, welche zur Zeit der Einwanderung bereits das 15te Lebensjahr zurückgelegt hatten, kommt ein gesetzlicher Anspruch auf unfreiwillige Aufnahme (Art. 13.) nicht zu Statten. Ihre Uebersiedelung in eine andere Gemeinde des Königreichs ist demnach von der freien Zustimmung der letztern abhängig.

Art. 15. Anspruch auf das Bürgerrecht. Der Uebersiedler wird, wosern nicht der Gemeinderath selbst die Ertheilung des Bürgerrechts für angemessen erachtet, zunächst nur in das Weisitzrecht der Gemeinde aufgenommen. Die Aufnahme in das Bürgerrecht kann derselbe, so wie der jüdische Weisitzer überhaupt erst dann verlangen, wenn er den Feldbau oder ein Handwerk bereits wenigstens zehn Jahre lang selbstständig betrieben hat.

Art. 16. Aufnahme der Frauenspersonen und Kinder. In Hinsicht auf die Aufnahme israelitischer (in- oder ausländischer) Frauenspersonen, so wie der noch unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder in das Gemeindegewalt, Bürger- oder Weisitzrecht finden die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen ihre Anwendung. Nur die Aufnahme derjenigen Söhne, welche zur Zeit des Aufnahmegesuchs das fünfzehnte Lebensjahr bereits zurückgelegt und noch keinem ordentlichen Gewerbe sich gewidmet haben, bleibt der freien Entschließung des Gemeinderathes überlassen.

Art. 17. Suspension der Rechte des Gemeinde-

3) Wie wenn der Israelit eine bedeutende Fabrik zu errichten gedächte?

4) Warum eine solche Reihe von Jahren?



bürgers wegen Betreibung des Schacherhandels. So lange ein Israelite in einem oder mehreren der unten (Art. 36.) als Schacherhandel bezeichneten Erwerbsmittel seine Nahrung sucht, ist derselbe zu Ausübung der Rechte des Gemeindebürgers, es mögen ihm diese nun vermöge seiner Geburt oder vermöge besonderer Aufnahme zustehen, nicht berechtigt, und namentlich von dem Mitgenusse der bürgerlichen Nutzungen ausgeschlossen.

Art. 18. Strafe des Rückfalls in den Schacherhandel. Der Israelite, der nach einer unter dem Titel des Feldbaues oder des Handwerks vollzogenen Uebersiedelung zum Schacherhandel (Art. 36.) zurücktritt, unterliegt, neben Suspensionen der etwa bereits erlangten Rechte des Gemeindebürgers (Art. 17.), der Confination, und im Falle der Ueberschreitung derselben, den durch die Polizeiverordnung vom 11ten September 1807, §. 22, hierauf gesetzten Strafen. Diese Bestimmung findet auch auf die mit ihrem Vater übersiedelten Söhne, welche zur Zeit der Uebersiedelung das fünfzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hatten, ihre Anwendung.

Art. 19. Aufenthalt in andern Gemeinden. Zum längern Aufenthalt in einer andern Gemeinde, welcher der Israelite weder als Bürger noch als Beisitzer angehört, hat derselbe die Zustimmung des Gemeinderaths einzuholen. Gegen die Verweigerung der letztern ist ihm der Recurs an die Staatsbehörde gestattet.

Art. 20. Anlegung eigener Gemeinden. Den Israeliten ist gestattet, zu Anlegung besonderer Kolonien mit eigener Markung und Gemeindeverfassung sich zu vereinigen, und zu diesem Zwecke das erforderliche Grundeigenthum anzukaufen, wobei ihnen von dem Staate jede billige Erleichterung gewährt werden wird.

Art. 21. Armenversorgung. Die Ernährung der armen Israeliten, ohne Unterschied zwischen Bürgern oder Beisitzern, liegt zunächst derjenigen israelitischen Kirchengemeinde ob, welcher der Arme angehört. Ist jedoch eine solche Kirchengemeinde nach dem Ermessen der betreffenden Staatsbehörde so unvermögend, daß sie jene Ernährungskosten ganz oder theilweise nicht zu bestreiten vermag, so hat die bürgerliche Gemeinde, welcher der arme Israelite angehört, zwei Drittheile, und die israelitische Centralcasse ein Drittheil des Fehlenden zu übernehmen 5).

5) Wenn der Israelit Gemeindemitglied ist, und zu den Armenanstalten der Gemeinde beiträgt, so scheint es billig, daß er auch in dem hier in Frage stehenden Punkte ganz den christlichen Gemeindemitgliedern gleichzustellen sey.

## Dritter Titel.

Bestimmungen in Beziehung auf die Wahl des Berufs und den Betrieb von Gewerben.

Art. 22. Recht der freien Ausbildung. Der Israelite ist gleich den christlichen Staatsgenossen berechtigt, seinen Beruf und sein Gewerbe nach eigener Neigung zu wählen, und sich dazu im Aus- und Inlande auszubilden, insbesondere auch den Künsten und Wissenschaften sich zu widmen, und zu Erlernung derselben die Landesanstalten zu benutzen. Derjenige, welcher nach bestandener <sup>6)</sup> academischer Vorprüfung und erhaltener Erlaubniß die israelitische Gottesgelahrtheit studirt, ist in Hinsicht auf die Recrutirungspflicht einem Zögling der evangelisch-theologischen Seminarien, oder des katholisch-theologischen Convicts gleich zu achten. Auch die israelitischen Schulamtszöglinge sind in Beziehung auf öffentliche Wohlthaten den christlichen gleichgestellt.

Art. 23. Betrieb wissenschaftlicher Erwerbszweige. Ein wissenschaftlicher Erwerbszweig, z. B. durch die Advocatur, durch die Heil- und Wundarzneikunde, Geburtshülfe, Pharmacie, ist dem Israeliten auf gleiche Weise wie den christlichen Staatsgenossen gestattet.

Art. 24. Ausübung anderer Gewerbe. Zu allen ordentlichen bürgerlichen, zünftigen, oder nicht zünftigen Gewerben, insbesondere zum Betrieb des Ackerbaues, der Handwerke, der Fabriken und Manufacturen, des ordentlichen Wechsels, Groß- und Detailhandels, ist jeder Israelite, unter Beobachtung der in der allgemeinen Gesetzgebung dafür vorgeschriebenen Bedingungen, mit den nachstehenden Ausnahmen, befähigt: a) die Zahl der jüdischen zünftigen Detailhandlungen kann in keiner Gemeinde des Königreichs ohne Zustimmung des Gemeinderaths durch Errichtung neuer oder durch Erwerbung christlicher Detailhandlungen vermehrt werden <sup>7)</sup>. Nur diejenigen Israeliten, welche sich am 1sten October 1827 bereits dem Detailhandel oder der ordnungsmäßigen Vorbildung für denselben gewidmet haben, und sich hierüber binnen drei Monaten nach Verkündigung dieses Gesetzes bei dem Gemeinderath ihrer Heimath ausweisen werden, sind bei ihrer vereinstimmigen Ansässigmachung in diesem Heimathorte der vorstehenden Beschränkung nicht unterworfen. b) Die den zünftigen Handwerken durch die allgemeine Gewerbeordnung eingeräumte Befugniß zum Handel mit fremden Fabrikaten ihres Gewerbes

6) überstandener?

7) Diese Bedingung wird so ziemlich eine gänzliche Ausschließung bewirken.

kommt dem israelitischen Handwerker nur, wenn und so lange er sein Handwerk selbst betreibt, zu Statten. c) Ein dingliches Wirthschaftsrecht oder eine Apotheke kann ein Israelite nur in Orten, in welchen zuvor schon Juden ansässig sind, und selbst in diesen Orten nur in dem Fall erwerben, wenn je auf ein solches Gewerbe, das ein Jude besitzt, in demselben Orte wenigstens ein zweites gleicher Art von einem Christen betrieben wird.

Art. 25. Vorbehalt wohl erworbenen Rechte. Auf diejenigen Israeliten, welche schon vor der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes das volle Unterthanenrecht durch ihre Geburt oder durch besondere Aufnahme erlangt haben, so wie auf deren Kinder und Nachkommen, finden die Beschränkungen des nächstvoranstehenden Art. 24. keine Anwendung.

Art. 26. Strafe des Mißbrauchs der Befugniß zum Großhandel. Der Israelite, welcher die gesetzliche Befugniß zum Großhandel zu einem unbefugten Detailhandel oder zum Schacherhandel mißbraucht, wird im ersten Uebertretungsfalle mit einer Geldbuße von 10 fl. bis 75 fl., im Wiederholungsfalle aber mit einer wenigstens vierzehntägigen Freiheitsstrafe belegt.

Art. 27. Erwerb von Liegenschaften. Der Israelite kann Häuser und liegende Güter, seyen es einzelne Stücke oder geschlossene Höfe, auch Lehengüter jeder Art zur eigenen Bewirthschaftung erwerben. Die mit dem Gutsbesitze etwa verbundenen Patronatrechte, Gerichtsbarkeits- und Polizeirechte können, so lange sich das Gut in dem Besitze eines Israeliten befindet, nicht ausgeübt werden; die auf dem Besitze jener Rechte ruhenden dinglichen Verbindlichkeiten hat derselbe dessen ungeachtet unmangelhaft zu erfüllen.

Art. 28. Verbot des Güterhandels. Der Erwerb liegender Güter zum Wiederverkauf ist dem Israeliten verboten. Er darf daher ein erkauftes Gut erst, nachdem er dasselbe zuvor drei Jahre lang selbst bewirthschaftet hat, wieder verkaufen oder verpachten. Eine Ausnahme hievon findet bei denjenigen Gütern, die er als Gläubiger im Gante zum Behuf seiner Befriedigung oder im Wege gerichtlicher Execution unmittelbar an sich bringt, außerdem aber nur mit besonderer Genehmigung der Kreisregierung statt. Bei Käufen und Verkäufen liegender Güter unter Christen, so wie bei der Eigenmachung von Fällsehn eines christlichen Besitzers ist dem Israeliten jede Theilnahme als Unterhändler, Bevollmächtigter, Makler oder Bürgen, bei Gefängnißstrafe und bei doppelter Erstattung des bedungenen oder erhaltenen Vortheils an den Anbringer, verboten.

Art. 29. Erwerb von Grundgefallen. Der Kauf und Verkauf von Grundgefallen ist den Israeliten gestattet. Auf die mit dem Besitze derselben etwa verbundenen Patronats-Ge-

richtsbarkeits- und Polizeirechte finden die Bestimmungen des Art. 27. Anwendung.

Art. 30. Aufnahme in die Zünfte. Jeder einheimische Israelite ist auf sein Ansuchen, unter Beobachtung der gesetzlichen Erfordernisse, als Mitglied einer Zunft oder Innung aufzunehmen. Derjenige, welcher sich zur Aufnahme in die kaufmännische Innung meldet, hat seine Befähigung entweder durch die ordentliche Prüfung, oder durch eine wenigstens siebenjährige Vorbereitung (als Lehrling und Gehülfe) nachzuweisen.

Art. 31. Fürsorge für die Erlernung ordentlicher Gewerbe. Die Ortsvorsteher und Bezirksämter haben auf jede Weise (durch Ermahnung der Aeltern und Vormünder, durch Aufsuchung von Lehrmeistern, durch Bildung von Unterstützungsvereinen u. s. w.) dahin zu wirken, daß die israelitischen Knaben, sobald sie das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben, der Erlernung ordentlicher Gewerbe gewidmet werden.

Art. 32. Beschränkung des Schacherhandels. Dem Israeliten, welcher kein ordentliches Gewerbe erlernt hat, sondern ausschließend oder theilweise dem Schacherhandel sich widmen will, wird die Ansäßigmachung und Verehelichung erst nach zurückgelegtem fünf und dreißigsten Jahre gestattet. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung: a) auf diejenigen, welche bei Erscheinung dieses Gesetzes das zwanzigste Jahr schon zurückgelegt hatten; und b) auf diejenigen, welche in den nächsten vier Jahren nach Erscheinung des Gesetzes unter das königliche Militair ausgehoben werden.

Art. 33. Fortsetzung. Dem israelitischen Jüngling, welcher bis zu der Aushebung in seiner Altersklasse kein ordentliches Gewerbe erlernt, noch auch den Wissenschaften mit Erstehung der akademischen Vorprüfung sich gewidmet hat, kommt, im Fall er durch die gesetzliche Ordnung zur Einreihung unter das Militair bezeichnet wird, die Wohlthat der Stellung eines Ersatzmannes nicht zu Statten.

Art. 34. Fortsetzung. Dem Israeliten, der weder in dem vollen Genuße des Bürgerrechts steht, noch durch den Feldbau oder einen andern ordentlichen Erwerb, unter gänzlichem Verzicht auf die im Art. 36. genannten Erwerbsarten, seine Nahrung gewinnt, kommt für alle nach der Verkündigung dieses Gesetzes entstandenen Forderungen an nicht wechselfähige Christen, die Beweisführung durch die Unterschrift des Schuldners in Schuldscheinen, Quittungen, Abrechnungen ic., oder durch ein der gerichtlichen Einklagung der Schuld vorangegangenes Bekenntniß desselben, nicht zu Statten. Es hat vielmehr derselbe, so wie jeder dritte Inhaber der Forderung, er sey Christ oder Jude, Inländer oder Ausländer, durch andere Mittel den Beweis herzustellen, daß der Schuldner die Summe der Forderung wirklich und vollständig er-



halten habe. Die Thatsache, daß ein Israelite zur Zeit der Entstehung der Forderung der vorstehenden Beschränkung nicht unterworfen gewesen (im vollen Genusse des Bürgerrechts oder im Betrieb eines ordentlichen Gewerbes gestanden) sey, ist von dem Israeliten nöthigenfalls durch ein vom Gemeinderathe seines Wohnortes ausgestelltes und vom Oberamte beglaubigtes Zeugniß nachzuweisen.

Art. 35. Fortsetzung. Auf den Israeliten, der sich weder den Wissenschaften, noch dem Feldbau, noch einem ordentlichen Gewerbe gewidmet hat, findet die oben (Art. 5.) ausgesprochene Gleichstellung in Absicht auf die Beweiskraft der Zeugnisse nicht unbedingt ihre Anwendung. Es bleibt vielmehr die Beurtheilung der Glaubwürdigkeit seines Zeugnisses dem besonderen Ermessen der zuständigen Gerichtsstelle überlassen.

Art. 36. Nähere Bezeichnung des Schacherhandels. Zu den ordentlichen Erwerbszweigen, welche den Israeliten von den in den Art. 10, 13, 16, 17, 18, 32 — 35 festgesetzten Beschränkungen befreien, werden nicht gezählt: 1) der Hausirhandel, 2) der Trödelhandel, der in dem Kauf und Verkauf alter Waaren besteht, 3) das Leihen auf Faustpfänder, 4) die Mäklerlei jeder Art, wosern nicht der Israelite, der sie treibt, obrigkeitlich dazu aufgestellt ist, und 5) das sogenannte Viehverstellen.

#### Vierter Titel.

Bestimmung über die Ehe und Familienverhältnisse.

Art. 37. Heirathserlaubnis. Zu der Verehelichung eines Israeliten wird besondere Erlaubniß des Bezirksamtes, zu welchem sein Wohnort gehört, erfordert. Ohne diese Erlaubniß ist den Rabbinen sowohl die Verkündigung als die Trauung bei Strafe verboten. Die Trauung darf nur durch den zuständigen Rabbinen vorgenommen werden.

Art. 38. Verkündigung der Ehen. Der kirchlichen Trauung muß die Verkündigung an drei Sabbathen in den Synagogen der Kirchengemeinden, welchen der Bräutigam und die Braut angehören, vorangehen.

Art. 39. Ehehindernisse. Die nach den Gesetzen des Königreichs bestehenden Eheverbote finden auch auf die Israeliten ihre Anwendung.

Art. 40. Gerichtsbarkeit in Ehesachen. Die Gerichtsbarkeit in Ehesachen der Israeliten steht den ehegerichtlichen Senaten der Gerichtshöfe zu, welche bei ihren Entscheidungen die Religionsgrundsätze und Ritualgesetze der Juden zu berücksichtigen, und in Anstandsfällen das Gutachten eines israelitischen Gottesge-

lehrten einzuziehen haben. Der erste Versöhnungsversuch in dergleichen Ehestreitigkeiten ist durch den ersten Ortsvorsteher und durch den zuständigen Rabbinen vorzunehmen.

Art. 41. Vermögensverhältnisse der Ehegatten; Erbfolge; Fürsorge für die Pfleglinge. Die allgemeinen Landesgesetze über die Vermögensverhältnisse der Ehegatten, über die eheliche Errungenschaftsgesellschaft, über vertragsmäßige testamentarische und gesetzliche Erbfolge, über die Aufnahme von Zubringensinventarien, Theilung der Verlassenschaft des Verstorbenen und Fürsorge für die Minderjährigen und für Andere, welche eines Vormundes bedürfen, finden auch bei den Israeliten ihre volle Anwendung. Das ordentliche Waisengericht des Wohnorts ist für die Aufnahme der Inventuren, Eheverträge, Theilungen und Vermögensübergaben, für die Einleitung zu Bestellung der Vormünder und für die Aufsicht über die Verwaltung des pflegschaftlichen Vermögens die zuständige Stelle. Die Pfleger sind zunächst aus den israelitischen Glaubensgenossen zu nehmen. Die früher errichteten Privatinventuren und Privateheverträge der zur Zeit der Verkündung dieses Gesetzes in der Ehe lebenden Israeliten sind den zuständigen Waisengerichten zur Solennisirung vorzulegen.

## Zweite Abtheilung.

### Von dem Schulwesen der Israeliten.

Art. 42. Pflicht des Schulbesuchs. Die israelitischen Eltern und Pfleger sind bei Strafe verbunden, ihre Kinder und Pfleglinge beider Geschlechter vom zurückgelegten sechsten bis zum zurückgelegten vierzehnten Lebensjahre in öffentlichen Schulen unterrichten zu lassen. Eine Ausnahme hiervon findet nur für diejenigen Kinder statt, welche durch gesetzlich befähigte Hauslehrer (Art. 46.) einen vollständigen Schulunterricht erhalten. Es sind jedoch diese Kinder zu den periodischen öffentlichen Prüfungen in der Ortschule jedesmahl beizuziehen.

Art. 43. Errichtung israelitischer Elementarschulen. Jede israelitische Kirchen-Gemeinde ist befugt, eine besondere öffentliche Elementarschule für ihre Kinder zu errichten, wenn sie für die Gehalte der Lehrer, deren Betrag nach dem für die christlichen Schulen bestehenden Maassstab bestimmt wird, und für die übrigen Schulbedürfnisse Sicherheit leistet. Der Schullehrer wird von der Staatsbehörde, nach vorher erstandener Prüfung, ernannt, und auf den Gehorsam gegen die Staatsgesetze, und daß er im Widerspruche mit diesen nichts lehren oder zulassen wolle, verpflichtet. Er muß das württembergische Unterthanenrecht und die für

den Elementarlehrer überhaupt erforderliche Bildung besitzen. Die Entlassung eines Schullehrers kann aus hinlänglichen Ursachen von derselben Staatsbehörde verfügt werden, welche denselben ernannt hat.

Art. 44. Staatsaufsicht über die israelitischen Schulen. Die israelitischen Schulen unterliegen der Aufsicht und der periodischen Visitation der Staatsbehörde. Die Schulgesetze und der Lehrplan bedürfen der Bestätigung derselben.

Art. 45. Besuch der allgemeinen Ortsschule. In Orten, in welchen keine israelitische Ortsschule besteht, sind die israelitischen Kinder zum Besuch der allgemeinen Ortsschule, und wo deren mehrere solche bestehen, der von der Schulbehörde hiezu bezeichneten Schule, gleich den Kindern der übrigen Einwohner und zur Theilnahme am gesammten Unterricht, mit Ausnahme der Religionslehre, anzuhalten. Die Israeliten sind in diesem Falle in Hinsicht auf die Leistungen an Schulgeld, Schulhaus-Baukosten u. s. w. den übrigen Ortseinwohnern gleich zu behandeln. Wenn jedoch bei einer Ortsschule durch den erstmaligen Hinzutritt der israelitischen Kinder die Anstellung eines weitem Lehrers oder die Erweiterung des Schulclassen nöthig wird, so haben die israelitischen Ortseinwohner an den hiedurch entstehenden Kosten einen angemessenen Voraus zu übernehmen, dessen Betrag, in Ermangelung gütlicher Uebereinkunft, von der Regierungsbehörde zu bestimmen ist. Das Schulgeld für die Armen wird nach der Vorschrift des Art. 21. aufgebracht.

Art. 46. Hauslehrer. Als Hauslehrer, namentlich für den Religions-Unterricht, dürfen nur solche gebraucht werden, welche die Prüfung der zuständigen Staatsbehörde erstanden haben, und mit einem Befähigungs-Zeugnisse derselben sich ausweisen können.

Art. 47. Transitorische Bestimmung. Die bestehenden israelitischen Privatschulen sind binnen Jahresfrist nach Erscheinung des Gesetzes entweder in öffentliche Schulen umzubilden, oder aufzulösen.

### Dritte Abtheilung.

#### Von dem Kirchenwesen der Israeliten.

Art. 48. Religionsfreiheit. Den israelitischen Glaubensgenossen ist die Ausübung ihrer Religion im Königreiche nicht nur mittelst der Hausandacht, sondern auch mittelst öffentlicher Versammlungen zu gemeinschaftlichem Gottesdienste in den Synagogen, unter den hienach folgenden Bestimmungen gestattet.

Art. 49. Bildung eigener Kirchengemeinden. Für

den Zweck der gemeinschaftlichen Gottesverehrung vereinigen sich die inländischen Israeliten zu gewissen Kirchengemeinden, deren jede ihre eigenen Kirchenvorsteher und ihre Synagogen hat. Jeder im Königreich ansässige Israelite muß Genosse einer solchen Kirchengemeinde seyn. Die Bildung und Eintheilung der Kirchengemeinden geschieht nach vorgängiger Vernehmung der Israeliten durch die Staatsbehörde.

Art. 50. Erfordernisse dazu. Zur Errichtung einer solchen Gemeinde wird erfordert, daß die Bestreitung ihrer kirchlichen Bedürfnisse, insbesondere angemessener Gehalte für die anzustellenden Religionsdiener, sey es durch Ausmittelung besonderer Kirchenfonds, oder durch Anordnung regelmäßiger Beiträge der Kirchengenossen, sichergestellt sey.

Art 51. Religionsdiener. Der Gottesdienst in der Synagoge muß unter der Aufsicht und Leitung eines israelitischen Gottesgelehrten (Rabbinen) stehen. Ist der Rabbiner für mehrere Kirchengemeinden gemeinschaftlich angestellt, so hat er in der Leitung des Gottesdienstes unter den Synagogen seines Bezirkes regelmäßig zu wechseln. Der Gehalt der Rabbinen wird, so weit nicht hiefür besondere Stiftungen in dem Bezirke bestehen, aus der israelitischen Central-Kirchenkasse abgereicht, an welche dagegen die besondern Beiträge der Kirchengemeinden zu dem Rabbinatsgehalte zu entrichten sind.

Art. 52. Anstellung des Rabbinen. Der Rabbiner wird auf Vorschläge der israelitischen Kirchen-Oberbehörde von der Staatsregierung ernannt. Zu seiner Befähigung ist erforderlich, 1) daß er nicht bloß die Mosaische Theologie, sondern auch die allgemeinen Vorbereitungswissenschaften, und zwar die letztern auf einer Universität nach erstandener Vorprüfung, studirt und hierüber gute Zeugnisse aufzuweisen habe, und 2) daß er bei der von der Staatsbehörde angeordneten Prüfung als fähig gefunden worden sey. Nach seiner Ernennung wird er auf den Gehorsam gegen die Staatsgesetze, und daß er im Widerspruche mit diesen nichts lehren oder zulassen wolle, verpflichtet. Die Entlassung eines Rabbiners kann nur aus hinlänglichen Ursachen von der Staatsbehörde, welcher die Bestätigung desselben zukommt, verfügt werden. Das Amt eines Schächters, oder irgend ein anderes Nebenamt kann er nicht bekleiden, auch der Gewerbe hat er sich, gleich den christlichen Kirchendienern, zu enthalten.

Art. 53. Bestellung des Vorsängers. Bei jeder Kirchengemeinde, welche nicht für sich allein, sondern in Verbindung mit andern Gemeinden einen Rabbinen hat, ist ein Vorsänger anzustellen. In Orten, wo eine öffentliche israelitische Schule besteht, ist die Stelle eines Vorsängers in der Regel mit der des



Schullehrers, nach dem Ermessen der Staatsbehörde, zu verbinden. Findet keine solche Verbindung statt, so wird der Vorsänger von der Kirchengemeinde gewählt, jedoch erst nach vorgängiger Prüfung durch die Staatsbehörde zur Ausübung seines Amtes zugelassen. Er kann von der israelitischen Kirchen-Oberbehörde zu jeder Zeit wieder entlassen werden.

Art. 45. Religionsbildung. Neben dem bisherigen Gottesdienste hat der Rabbiner, oder wenn dieser in der Gemeinde nicht anwesend ist, nach dessen Anleitung der Vorsänger, an jedem Sabbath einen Vortrag über die Vorschriften der Religion und der Sittenlehre zur Erbauung der Erwachsenen, und eine katechetische Erklärung jener Vorschriften zum Unterricht der israelitischen Jugend, beides in Deutscher Sprache und in öffentlicher Synagoge, zu halten. An beiderlei Vorträgen haben auch die (verheiratheten sowohl als unverheiratheten) Frauenspersonen Theil zu nehmen.

Art. 55. Fest- und Sabbathtage. Der Israelite ist schuldig, auch an seinen Fest- und Sabbathtagen auf Verlangen vor der Obrigkeit zu erscheinen. Er ist jedoch an diesen Tagen nur in dringenden Fällen vorzuladen. Von der persönlichen Leistung der Staats- und Gemeinde-Frohnen an jenen Tagen ist der Israelite, Nothfälle ausgenommen, freizulassen; er ist jedoch verbunden, entweder einen Ersatzmann zu stellen, oder seinen Dienst in der Folge nachzuholen. (Gesetz über das Gemeinde-, Bürger- und Beisig-Recht, Art. 54.)

Art. 56. Kirchenvorsteher. Zur Ausübung der Kirchenzucht und zu Besorgung anderer, die ganze Kirchengemeinde angehender Geschäfte soll bei jeder Gemeinde ein Vorsteheramt bestehen, das neben dem Rabbinen und seinem Stellvertreter, dem Vorsänger, wenigstens drei Beisiger zählt, die von der Gemeinde aus ihrer Mitte gewählt, und dem Oberamt, in dessen Bezirke sich die Synagoge findet, zur Bestätigung angezeigt werden. Das Vorsteheramt ist befugt, gegen die einzelnen Kirchengenossen Verweise und Geldbußen bis zum Betrage von drei Gulden, welch' letztere der Kasse der Kirchengemeinde zufließen, zu erkennen. Der Kirchenbann, so wie die Geltendmachung irgend einer Folge desselben, ist bei schwerer Strafe verboten. Jeder andern Art von Gerichtsbarkeit, so wie jeder Einmischung in bürgerliche Angelegenheiten der Israeliten, hat sich sowohl der Rabbiner, als das Vorsteheramt bei Strafe zu enthalten.

Art. 57. Oberbehörde. Die Aufsicht und Leitung über das ganze israelitische Kirchen- und Armenwesen, wird einer von der Regierung zu bestellenden Oberbehörde, welche aus einem Regierungskommissär und wenigstens vier israelitischen Beisigern bestehen soll, übertragen. Diese Behörde hat insbesondere auch für

die Feststellung von Normen zu Aufbringung der Mittel für die Kirchen- und Armenbedürfnisse zu sorgen. Zur Berathung wichtigerer Angelegenheiten kann die Oberbehörde sich durch Beiziehung eines oder mehrerer der im Königreiche angestellten Rabbinen verstärken.

Art. 58. Bildung von Kirchenfonds. Zur Sicherung der besondern Kirchen-, Schul- und Armenbedürfnisse, insbesondere auch zu Unterstützung junger Israeliten, welchen es, um zu den ordentlichen Gewerben überzugehen, an den erforderlichen Mitteln fehlt, wird, unter Beziehung der etwa schon hiezu vorhandenen Fonds, darauf Bedacht genommen, allmählig a) bei jeder Kirchengemeinde einen Fonds für die örtlichen Zwecke, und b) einen Centralfonds für die allgemeinen Zwecke und insbesondere für die diesem Fonds obliegenden Gehalte der Rabbinen (Art. 51) zu bilden. Die Quellen zu diesen Fonds haben die israelitischen Kirchengemeinden, unter Benützung dessen, was der Israelite schon vermöge seiner Religionsgrundsätze für milde Zwecke zu verwenden hat, auszumitteln. Auch sind die wohlhabenden Israeliten im Königreiche bei Vollziehung dieses Gesetzes zu Beiträgen und Stiftungen aufzufordern.

Art. 59. Personalbeiträge zu diesen Fonds. Jeder selbstständig lebende Israelite hat zu dem israelitischen Kirchenfonds einen jährlichen Beitrag von sechs Gulden, und jede für sich lebende israelitische Wittve einen Beitrag von drei Gulden zu entrichten. Die Vertheilung dieser Beiträge zwischen dem Centralfonds und den örtlichen Fonds bleibt dem Ermessen der Regierung überlassen.

Art. 60. Umlage des weiteren Bedürfnisses des Centralfonds. Das weitere Bedürfnis, welches der Centralfonds zu den ihm obliegenden Leistungen nöthig hat, wird von der israelitischen Kirchen-Oberbehörde auf die sämmtlichen israelitischen Kirchengemeinden umgelegt.

Art. 61. Verwaltung des Kirchenfonds. Die örtlichen Kirchenfonds werden von dem Vorsteheramt unter der Aufsicht des betreffenden Oberamts, welches die Jahresrechnung zu prüfen und abzuheben hat, verwaltet. Die Verwaltung des Centralfonds steht der israelitischen Kirchen-Oberbehörde unter der Aufsicht des Staates zu.

Art. 62. Transitorische Bestimmung. Vorstehende Bestimmungen werden auch auf die bereits bestehenden Synagogen angewendet. Jede Synagoge, die bei der neuen Bildung der israelitischen Gemeinden von der zuständigen Staatsbehörde nicht die Bestätigung erhält, wird aufgehoben, jede weitere Versammlung derselben ist verboten, und es sind die Israeliten in solchen Orten lediglich auf die einfache Hausandacht beschränkt. Auch

müssen spätestens nach Verfluß von fünf Jahren die zu bildenden Rabbinats- und Vorsängerstellen mit Männern, welche die vorgeschriebene Prüfung erstanden haben, besetzt seyn. Diejenigen der bisherigen Rabbinen und Vorsänger, welche diese Prüfung nicht erstehen, werden nach Ablauf dieser fünf Jahre auf ihren Stellen nicht mehr geduldet.

Die Bestimmungen der Art. 1 — 41 treten mit der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes in Wirksamkeit. Zum Vollzuge der übrigen, das israelitische Kirchen- und Schulwesen betreffenden Vorschriften (Art. 42 — 62.) wird demnächst besondere Anordnung getroffen werden.

Unser Minister des Innern ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt.

Gegeben Stuttgart, den 25. April 1828.

Wilhelm.

Der Minister des Innern:  
von Schmidlin.

Auf Befehl des Königs:

Der Staats-Secretär  
Bellnagel.

Die Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen über die Rechte und bürgerlichen Verhältnisse der Juden auf dem Wiener Congresse findet sich in Klüber's bekanntem Werke, Abtheil. III. S. 375. Auch hier war es wiederum Preußen, dieses edele Reich wahrhafter Bildung und Humanität, welches sich der so lange unterdrückten Nation auf das kräftigste annahm.

Der berühmte Klüber, obwohl nicht für anpassend achtend, den Juden volle Staatsbürgerschaft, völlig gleiche Rechte mit allen Staatsbürgern zu ertheilen, ist doch (ungeachtet seiner harten Urtheile über die

ihnen, nach seiner Meinung, im Allgemeinen beizuhabenden Eigenschaften) voll wohlwollender Gesinnung gegen sie, und schließt seine Bemerkungen folgendermaßen:

„Der Aufnahme der Juden in volle staatsbürgerliche Genossenschaft, der Fähigkeit zu dem Genuße aller staatsbürgerlichen Vortheile der Staatsverbindung, stehe unwandelbar zur Verfügung, nicht der feierlich erklärte Uebertritt zu der natürlichen, oder irgend einer schon bestehenden positiven Religion, sondern die freie, zuverlässige und unwiderrufliche Abschwörung, die beharrliche Entfernung und Verabscheuung des Judenthums und alles Uebrigen, was in dem Judenthume von der Staats-Regierung für durchaus unvereinbar erklärt wird mit dem Gemeinwohl in einem Staat, dessen Oberherrschaft nicht in den Händen der Juden ist.“

Aber warum grade „Abschwörung“? — Oder vielmehr: liegt nicht schon in dem Bürgereide die Abschwörung alles dieses? — Höchst bedenklich ist es, von einem Religionsverwandten die Abschwörung solcher Lehren zu verlangen, die, obwohl sie in dem strengen und orthodoxen Begriffe des Positiven liegen, doch durch die Wirkung der Zeit und Vernunft aus der practischen Ansicht entfernt worden. Ist es nicht gewiß, daß die katholische Kirche sich für die allein seligmachende hält? — Man analysire diesen Begriff; ist er nicht furchtbar? Ewig, nach einer kurzen Lebenszeit, soll derjenige verdammt seyn, dem die Lehren der katholischen Religion vielleicht gänzlich unbe-



kannt blieben, der also gar keine Veranlassung haben konnte, sie anzunehmen? Und doch würde es gewiß äußerst bedenklich seyn, von der Abschwörung dieses Grundsatzes die Staatsbürgerrechte eines Katholiken in einem protestantischen Lande abhängig zu machen.

## X.

Welche Mittel hat ein Norddeutscher Staat gegen eine zu befürchtende Uebervölkerung anzuwenden?

Ungemessener sollte die Frage also gestellt seyn: Welche Mittel giebt es gegen die Verarmung und Nahrungslosigkeit der untern Volksklassen? denn von Uebervölkerung kann so lange nicht die Rede seyn, als die vorhandene Bevölkerung sich zu ernähren im Stande ist. Es ist aber keinesweges dargethan, daß in Norddeutschland irgend eine Gegend vorhanden sey, wo die Bevölkerung zu derjenigen Höhe angewachsen, daß Boden und Industrie unzureichend wären, ihr Nahrung zu verschaffen. War es gleich ein äußerst gefährlicher Irrthum, wenn Sonnenfels die Meinung aufstellte, als beruhe Wohl und Reichthum eines Staates nur in einer möglichst großen Population, und als sey diese also durch alle Mittel herbeizuführen, so war doch der Irrthum des berühmten Malthus nicht minder evident, wenn er glaubte, daß gegen die Gefahr der den civilisirten Ländern bevorstehenden Uebervölkerung nur Rettung durch ein Entgegenwirken der Regierungen zu finden sey. Man greife nur nicht vorwiegend der Natur in ihren Haushalt, wie man früher vielfach gethan hat, ein, und eine Uebervölkerung wird nicht entstehen; man entferne nur alle Hemmnisse, welche dem

Ackerbaue und der Industrie entgegen sind (die so vielfach aufgezählt wurden, daß man hier billig davon schweigt), und die nach dem gewöhnlichen Gange der Natur entstehenden Menschen-Massen werden noch lange Jahrhunderte finden, wovon sie sich ernähren. Mag zwar, jetzt schon, in einzelnen Orten Norddeutschlands eine Uebevölkerung Statt haben, in Gegenden hat sie gewiß noch nicht Statt; für jetzt wäre also, in dieser Beziehung, nichts zu thun, als zu veranlassen, daß die Arbeiter, deren es an einem Ort zu viel giebt, bewogen werden, sich an einen andern, wo Mangel an solchen ist, zu begeben. Hierzu kann Unterstützung von Seiten des Staates, in einzelnen Fällen, nöthig seyn. Das dargestellte verschiedenartige Verhältniß findet aber in der That Statt.

Als in dem strengen Winter von 1829 — 1830 an dem Wohnorte des Verfassers, Wolfenbüttel, viele rüstige Tagelöhner keine Arbeit fanden, er aber von einem Deconomen seiner Besitzungen in dem Kreisamte Borsfelde in Erfahrung brachte, daß es dort an Dröschern fehle, so veranlaßte er, durch eine geringe Unterstützung, daß sich eine Anzahl Arbeiter von Wolfenbüttel dorthin begab, und diesen sowohl, als dem Deconomen war geholfen. Der Verfasser ist überzeugt, daß mit einer Summe von 1000 Rthlr. in einem Winter eine große Menge solcher Versendungen gemacht werden, und damit unendlich größere Summen an Unterstützungen erspart werden könnten.

Daß sich aber die Bevölkerung an einem einzelnen Orte nicht unverhältnißmäßig vermehre, dafür hat

allerdings der Staat, und für ihn die Ortsverwaltung, zu sorgen. Wer jemahls, wie der Verfasser oft, sich in die Wohnungen des Elendes begeben hat, der weiß auch, was es sagen will, wenn Mangel, Entblößung und endlich Hunger sich einer Familie bemächtigt haben; wenn die frierenden Kinder auf verfaultem Stroh liegen, und die Aeltern, müßig und verzweifeln, hungrig und abgerissen, neben ihren Kindern stehen. Einem solchen Zustande ist, ehe er eintritt, entgegenzuarbeiten, und hier kann eine tüchtige Ortspolizei Vieles bewirken. Zuvörderst sind also keine fremde nahrungslose Personen aufzunehmen. Einer Gemeinheit steht es nicht zu verdenken, wenn sie zunächst für sich selbst Sorge trägt, und solche neue Mitglieder aufzunehmen verweigert, die ihr nur zur Bürde gereichen würden.

Ferner ist nichts geeigneter, jenes Elend der durch Uebervölkerung an einzelnen Orten entstehenden Arbeitslosigkeit herbei zu führen, als zu ausgedehnte Armenanstalten. Wie die angeborenen Talente der Menschen unendlich verschieden sind, so ist dieses auch mit den ihnen inwohnenden moralischen Eigenschaften der Fall. Die angeborene, oft geringe Energie will durch äußere Umstände gespornt und unterstützt seyn. Sieht ein Familien-Vater, daß er an dem bisherigen Aufenthalts-Orte keinen Unterhalt ferner findet, dann liegt nichts näher, als daß er sich bemühet, auswärts ein Unterkommen zu finden: die Noth spornt ihn an. — Erblickt er aber an seinem Bohnort für den Fall der Verarmung reichliche Spenden: dann hütet er sich wohl, das Gewisse mit dem Ungewissen zu vertauschen.



Auch Fälle dieser Art hat der Verfasser an seinen Wohnorten beobachtet; und wie es für ein menschenfreundliches Herz schwer ist, die Strenge des aufgestellten Grundsatzes auszuüben, so gesteht er gern, daß er durch Unterstützungen zur völligen Verarmung von Familien vielleicht beigetragen hat, deren Ernährer Handwerke betrieben, die in einer großen Stadt noch Nahrung würden haben verschaffen können, obwohl ihre Arbeiten in einer kleinen keinen Absatz ferner fanden. Es gehören hierher z. B. die Fabricate der Gelbgießer. Wie die Natur für ganze Länder die Bevölkerung nach dem Ertrage des Bodens und der Industrie bestimmt, so auch für einzelne Orte. Man schreibe in Deutschland eine allgemeine Armensteuer, wie sie in England Statt findet, aus, und man wird bald dahin gelangen, wohin man dort schon längst gekommen ist, d. i. die eine Hälfte der Einwohner wird die andere durch Almosen ernähren müssen. Beträgt doch die Armentaxe in England eine Summe, welche der Einnahme des ganzen Preussischen Staates ungefähr gleich ist, und dennoch ist sie unzureichend für die Menge der Armen. Dagegen ist für einzelne Orte, wie für das Ganze, nichts nützlicher, als wohleingerichtete Arbeitshäuser, in welchen der Ortsarme, gegen angestrengte Arbeit, nothdürftige Unterstützung findet. Es giebt kein größeres Vergnügen für den menschenfreundlichen Wohlhabenden, als um sich her Freude zu verbreiten. Schädlich dem Ganzen ist die Bettelei; aber der Bettler ist Mensch, er ist mein Bruder; ich mache mir und ihm Freude, wenn ich ihm auch einmahl eine Gabe gebe, die er

nicht erwartete, die für ihn gleichsam eine Schicksals-Bescherung ist, und ihn in frohes, zweifelndes Erstaunen setzt: aber ob eine solche Gabe nicht mehr (das Ganze vor Augen habend) zu tadeln, als zu loben sey, ist eine andere Frage. Auf keine Weise darf der Staat oder auch nur eine Gemeinheit also handeln. Erschütternd ist die Wahrheit des Sages: die Leiden der Armuth und des Mangels sind die Dämme gegen Uebervölkerung, so wie im Ganzen, so für einzelne Orte.

Der vernünftige und besonnene, sich selbst zu beherrschen vermögende Mensch wird keine Ehe eingehen, wenn er nicht, nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge, mit Wahrscheinlichkeit voraussieht, daß er auch im Stande sey, eine Familie zu ernähren. Wie viele Menschen giebt es aber nicht, welche diese Prüfung nicht anstellen, welche ihre Leidenschaften, ihre Naturtriebe zu zügeln unvermögend sind, die in das Blinde hinein eheliche Verbindungen schließen! Verarmen sie sodann, so fallen sie der Gemeinde ihres Wohnortes, oder wohl gar dem Staate, zur Last. Diese Betrachtung, die leider nur zu sehr gegründet ist, hat vielfach, besonders in Norddeutschland bewirkt, daß wohlgesinnte, nur das täglich vor Augen habende Elend berücksichtigende Männer die Regierungen aufgefordert haben, die Schließung der Ehen unter eine obrigkeitliche Controlle zu setzen, und sie nicht eher zu erlauben, als bis die Verlobten die Mittel angegeben hätten, wodurch sie eine künftige Familie zu ernähren im Stande

zu seyn glaubten <sup>1)</sup>). Diesem wohlgemeinten Vorschlage kann der Verfasser nicht beistimmen.

1. Weil er ihm der bürgerlichen Freiheit entgegen zu seyn scheint;
2. weil er, in irgend einer Vollständigkeit, nicht ausführbar ist;
3. weil er, auch nur unvollkommen ausgeführt, schädliche Folgen haben würde.

1. Alles, was man gegen den Eölibat der katholischen Geistlichkeit gesagt hat <sup>2)</sup>, tritt auch hier ein. Die Natur bestimmte den Menschen zur Ehe. Ihm diese verbieten, weil er ein Geistlicher ist, erscheint als ein Verbot gegen die Natur; sie ihm verbieten, weil er ein Armer ist, ist es nicht weniger. Nur eigene Freiheit, eigene Prüfung der inwohnenden Kraft, können hier bestimmen. Wenn der Geistliche oder der Arme (hier abstrahirt von jedem edelern, höhern, wahr-

1) In Baiern ist durch das Gemeinde-Edict vom 17ten Mai 1818 das Recht zur Verehlichung durchaus auf die Ansässigmachung in der Art basirt, daß ein Jeder, welcher die Ansässigmachung erlangt hat, auch das Recht hat, sich zu verehlichen. Diese Vorschrift erscheint weise und völlig sachgemäß, doch ist sie in der Schrift »Ueber Ansässigmachung und Verehlichung, oder: Wie kann den Klagen über die zu große Begünstigung derselben abgeholfen werden? von Eugen E.....« (Mugsburg 1830), S. 27. ungenügend erachtet. Es ist verlangt, daß derjenige, welcher sich zu verehlichen gedenkt, nachweise, daß er sich jährlich so viel schon wirklich verdiene, als nach den Ortsverhältnissen zu seiner Lebensucht (man wird dieses Wort vergeblich in den Wörterbüchern suchen) erforderlich ist!

2) Der Eölibat in Widerspruch mit Vernunft, Natur und Religion. (Heidelberg, 1830.) Der Eölibat der katholischen Geistlichkeit, ein ungerechtes, unsittliches, unchristliches und unbürgerliches Institut u. s. w., vom Professor Krug. (Leipzig, 1831.)

haft menschlichen Motive, welches zur Ehe einladet)<sup>3)</sup>, offen gestanden: »die Natur versagte uns das Talent, im Eölibate zu leben, wir werden zur Schande und zu Verbrechen hingerissen werden, wenn man uns die ehelichen Freuden versagt;« würde man ihnen dann zurufen dürfen: »werdet Verbrecher, waget die Schande?« — oder »lasset den Naturtrieb in euch bis dahin steigen, daß ihr in Wahnsinn verfallt?« In diese Alternativen setzt ein erzwungenes Eölibat, wie die Schriften berühmter Aerzte darthun. Von einem scheußlichen Falle, als den der außerehelichen Geschlechtsbefriedigung, schweigt billig der Schriftsteller.

2. Der Vorschlag ist aber in einiger Vollständigkeit nicht auszuführen. Da die Grenze zwischen wohlhabenden und nicht wohlhabenden Staatsbürgern vor der Untersuchung ihrer Vermögens-Umstände nicht (und dann sogar sehr schwierig) zu bestimmen ist, so müßte sich jeder Heirathslustige der obrigkeitlichen Untersuchung unterwerfen; denn auf eine bloße Notorietät der Wohlhabenheit es ankommen zu lassen, würde gewiß der Willkühr Thor und Thür öffnen. — Welchen Maaßstab sollte nun aber bei dieser Untersuchung die Obrig-

3) Wie ist das Verhältniß des Mannes zum Weibe schöner und naturgemäßer ausgedrückt, als von Heinrich Steffens (Schriften, II. 173.) in folgendem Ausspruche: »Wie Herz und Gehirn suchen sich Frau und Mann; die höchste und edelste Organisation des Geschlechtes ist daher eins mit der reinen Monogamie, und die trefflichste, reinste Epoche die, wo sich Liebe und Tapferkeit begegnen, und als unsichtbare Organe des Lebens sich durchdringen.« — Ein Mann, der gezwungen wird, sich den polyandrischen Umarmungen der Venus vulgava hinzugeben, hat seinen Lebenszweck verfehlt.



keit anlegen? — Es erscheint vor ihr ein völlig armer, gesunder 24jähriger Jüngling, mit einem eben so armen 18jährigen Mädchen: sie wollen sich heirathen. Befragt, wovon sie sich zu nähren gedenken, erwiedern sie: „Von unsrer Hände Arbeit.“ — Aber ihr könnt krank werden? — „Wir hoffen zu Gott, er wird uns gesund erhalten.“ — Man wird ihnen die Erlaubniß zur Ehe nicht versagen können, und gewiß auch nicht versagen.

Jetzt erscheint ein junger Kaufmann, er will sich in seiner Vaterstadt beseßen. Sein Vermögen besteht nur aus 500 Rthlr.; er hat aber 3000 Rthlr. geliehen. Seine Braut ist arm. — Will man ihm die Erlaubniß zur Ehe versagen, weil er leicht durch irgend einen Verlust um seine 500 Rthlr. kommen, und so in die Kategorie der Bankerottirer treten kann? — Vielleicht thut man dieß: denn seine Aussichten sind in der That mißlich. Soll er aber zeitlebens Ladiendiener bleiben, soll er nicht streben dürfen, ein unabhängiger Mensch zu werden? Wie Viele fingen mit nichts an! — Vielleicht hat er sogar mit seiner Verlobten die Freuden der Liebe zu früh genossen: soll er sie der Schande preisgeben? — Jetzt ist er übler daran, als der Tagelöhner, und während jener ein menschliches Recht auszuüben vermag, darf er nicht eine Ehrenpflicht erfüllen: er wird zum Eölibat verdammt. Der Verfasser würde befürchten, den Leser zu ermüden, wenn er ihn auf die unendliche Menge von Fällen aufmerksam machen wollte, wo eine Untersuchung unthunlich, eine auf Principien begründete Entscheidung der un-

tersuchenden Behörde (da Niemand in die Zukunft zu sehen vermag) unmöglich, eine aber der Obrigkeit nachgelassene Willkür höchst gefährlich erscheint.

3. Die auch nur theilweise Ausführung des Vorschlages wäre aber schädlich. — Hier lasse ich für mich den berühmten Zacharia, den Stolz unsers Deutschen Vaterlandes, antworten<sup>4)</sup>. »Nur eheliche Kinder sind ein gedeihlicher Nachwuchs. Der Beweis liegt schon in der unverhältnißmäßig großen Sterblichkeit, welche unter den unehelichen Kindern herrscht. Und was vermöchte ihnen das Beispiel ehelicher und elterlicher Liebe zu ersetzen, dessen sie fast ohne Ausnahme entbehren? Alle die Geseze und Maafregeln, welche die Folge haben, daß sie die Zahl der unehelichen Kinder vermehren, können, wenn überhaupt, nur durch einen Nothstand, d. i. nur mit dem Grunde vertheidigt werden, daß sie einem noch größeren Uebel vorbeugen. — Auch in dieser Hinsicht sind die Geseze verwerflich, welche nur denen das Heirathen gestatten, die nachweisen können, daß sie die Mittel zur Bestreitung der Ausgaben eines Hauswesens besitzen. *Naturam furca expellat, tamen usque recurret.*«

Sonach blieben denn für die örtliche Uebervölkerung nur diejenigen Mittel übrig, die oben angedeutet wurden. Die Bevölkerung in ganzen Gegenden ist aber in Norddeutschland keinesweges zu groß. Die Mittel, ihr

---

4) Karl Salomo Zacharia's Vierzig Bücher vom Staat. Band 4, Abtheil. 2. (Regierungslehre) S. 43. verglichen mit S. 31. (Heidelberg, 1830.)

Beschäftigung und Nahrung zu geben, finden sich in einer guten Verfassung des Staates und besonders in einem ungehemmten Verkehre. — Wäre aber in einer späten Zukunft Norddeutschland nicht mehr im Stande, seine Kinder zu ernähren: dann bliebe das natürlichste Mittel gegen dieses Unglück (wenn es ein solches wäre) die schon dem grauen Alterthume bekannte Colonisation. Nicht einzelne Gegenden der Erde, nein, der ganze bewohnbare Erdboden soll von Menschen bewohnt werden, dieser kann aber, nach mäßigen Berechnungen, dreitausend Millionen Menschen ernähren.

## XI.

Ueber die

## Oeffentlichkeit ständischer Versammlungen.

Von allen Seiten her fordert jetzt die Stimme des Volkes die Oeffentlichkeit der ständischen Versammlungen. Woher diese Erscheinung? — Die Antwort scheint mir in einer Aeußerung des geistreichen Friedrich Ancillon zu liegen: »Das Leben der Staaten und »der Völker hat viel Aehnlichkeit mit dem Leben der »Einzelnen. Auch die Völker in ihren verschiedenen Altern und Entwicklungs-Perioden haben verschiedene »Neigungen und Bedürfnisse. Diese aus dem Laufe der »Zeit mit einer gewissen Naturnothwendigkeit sich entfaltenden Bedürfnisse, sind ein geheimes Sehnen »nach einer neuen Art von Thätigkeit, ein »Streben nach freier Aeußerung der Fähigkeiten und Kräfte« <sup>1)</sup>.

Die allgemeine Bildung des Mittelstandes, dieses wahrhaften Kerns der Nation, weil in ihm, so wie er sich im Laufe der Zeit entwickelt hat, die Intelligenz vorherrschend ist, hat bewirkt, daß er sich nicht mehr, gleich einem Blinden, leiten lassen will, sondern er will wissen, zu welchen Zwecken er leisten soll, und wohin er geführt werde. — Auch ist es in der That

1) Ancillon, über Staatswissenschaft. (Berlin, 1820.) S. XVI.



ein natürlicher Gedanke und billiger Wunsch, von den Angelegenheiten der großen Gesellschaft, welcher man angehört, und für welche man so große Opfer bringt, wenigstens unterrichtet zu seyn; wenn man auch, nach den Statuten der Gesellschaft, an der Verwaltung selbst keinen Antheil haben sollte. — Diese einfachen Betrachtungen zeigen, wie Unrecht man der öffentlichen Stimme thut, wenn man Mißtrauen in die Uneigennützigkeit und den Patriotismus der Stände als das Motiv des Wunsches der Deffentlichkeit ihrer Versammlungen darstellt. — Derjenige hegt noch kein Mißtrauen in die Redlichkeit seines Bevollmächtigten (und was sind denn Landstände anders, als Bevollmächtigte, wenn auch zum Theil geborne, des Vaterlandes?), der dessen Handlungen und Berichte einer genauen Prüfung unterwirft, um nicht in seinen eigenen Angelegenheiten ein Unwissender zu seyn, und um den Verdacht von sich abzuwenden, er sey unfähig, sein eigenes Wohl und Wehe zu beurtheilen. — Im Gegentheil läßt sich aus der Theilnahme, welche jetzt allgemein die Gebildeten an ständischen Institutionen und Versammlungen nehmen, folgern, daß ihnen ihre Repräsentanten etwas werth sind, daß sie erfahren wollen, welche Männer es seyen, denen das Vaterland Dank schuldig ist, daß sie dem Verdienste seine Kronen nicht versagen wollen, mit einem Worte, daß sie Gemeinsinn haben. Denn der Gemeinsinn ist, wie Ancillon <sup>2)</sup> so schön als richtig sagt, » nichts anders als der Sinn, der uns das

2) Ueber Staatswissenschaft, S. 147.

Daseyn und die stete Entwicklung des gemeinen Wesens wahrnehmen läßt, der Sinn, durch welchen wir die Schönheit dieser wohlthätigen Erscheinung tief in unserm Innern empfinden, sie mit Freude aufnehmen und mit inniger Liebe pflegen; der Sinn, der uns für ihre Fortdauer und ihr ferneres Gedeihen begeisternd, zu Handlungen treibt, die einzig und allein auf das öffentliche Wohl sich beziehen, und so kann dieser Sinn in einem wahren Gemeinwesen nicht ausbleiben. Die Gegenwirkung ist in der moralischen wie in der physischen Welt immer der Wirkung gleich. Dieses Interesse für das Gemeinwesen wächst und steigt nach einer sehr natürlichen Progression, wo die Einzelnen und die Gesamtheit an der Erhaltung und Ausbildung des Gemeinwesens thätigen Antheil zu nehmen berechtigt und verpflichtet sind, in dem Verhältnisse, wo die Staatsbürger auf die Sache des Staats Einfluß haben können, und sie zur wirklichen Gesamtsache erheben. Man gewinnt mehr Liebe für einen Gegenstand, man verbindet sich inniger mit ihm, je mehr man sich mit ihm beschäftigt, und ihm Opfer der Zeit, der Kräfte, des Vermögens, Opfer aller Art bringt.“ — Wie sehr ist nicht durch das Institut der Bürgergarden der Gemeingeist belebt; noch mehr wird dieses der Fall seyn, wenn Bürger und Bauern erst überall in Deutschland an der Wahl ihrer Repräsentanten Theil nehmen. Das Geringste aber, was ein Staatsbürger, hinsichtlich der Theilnahme am Gemeinwesen, verlangen kann, ist, mit eigenen Sinnen zu erkennen, wie sein Interesse vertreten wird. Hier erscheint kein Mißtrauen, sondern

nur Gemeinfinn. — In die Augen fallend ist es also, daß jener von einem Mißtrauen hergenommene Vorwand nichtig ist.

Eine zweite Betrachtung, und zwar hier die hauptsächlichste, muß unstreitig die seyn: Wird Nutzen oder Schaden für das Ganze aus einer solchen Oeffentlichkeit erwachsen?

Hier spreche ich sofort die Ueberzeugung aus, daß Nutzen daraus erwachsen wird: doch soll mich diese vorläufig ausgedrückte Ueberzeugung nicht abhalten, zuvörderst die Zweifelsgründe unparteiisch darzulegen.

1. Es giebt eine große Menge von Menschen, denen Rechtschaffenheit, auch, in gewisser Hinsicht, Talente, Kenntnisse, wenn auch keine gründliche und wissenschaftliche, doch durch die Routine erworbene, und was die Hauptsache ist, patriotische Gesinnung, keinesweges abgesprochen werden können, die aber entweder von der Natur das Talent der Rede nicht empfangen, oder die, was wohl noch häufiger der Fall ist, aus Mangel an wissenschaftlichen Uebungen, sich nicht gewöhnten, logisch richtig zu denken. Was sie sagen, ist wahr, aber es hängt schlecht zusammen, ihm fehlt eine gewisse Eleganz, die des gebildeten Mannes Rede characterisirt, der Vortrag ist vielmehr langweilig, unangenehm, oder (was noch übler ist) er ist, als ein lautes ungeordnetes Denken widerlich; indem nicht die Resultate in wenigen kraftvollen Sätzen dargelegt werden, sondern der geneigte Zuhörer gezwungen wird, die ganze lange Reihe der Gedanken-Stufen mit zu beschreiten,

die zu dem endlichen Resultate führen — welches vor-  
trefflich, dem Ganzen äußerst nützlich, seyn kann. Män-  
ner dieser Art fühlen, wenn auch selten, doch bisweilen  
(denn eigene Fehler werden schwer erkannt), was ih-  
nen mangelt; in einem Cirkel von Bekannten setzen sie  
sich über dieses Gefühl weg, aber vor dem großen Pu-  
blicum werden sie schweigen. Die große Masse von  
practischen materiellen Kenntnissen u. s. w. dieser Män-  
ner geht also dem Ganzen in der öffentlichen ständi-  
schen Sitzung verloren.

2. Dagegen giebt es Männer, denen eine natür-  
liche Beredsamkeit zu Theil ward, welche im Stande  
sind, ihre Ideen mit überzeugender Klarheit vorzutra-  
gen, und welche, wenigstens möglicher Weise, dieses Ta-  
lent dazu mißbrauchen können, ihre Ideen vor allen  
Anderen geltend zu machen. Fügt man nun hinzu:  
daß es bekanntermaaßen einem Beredten ein fast unwi-  
derstehliches Vergnügen gewährt, vor einem großen  
Publicum zu reden, durch den Beifall desselben sich  
selbst zu verstärken, und so einen Ruhm zu gewinnen,  
der nicht immer dem Ganzen Nutzen bringt, — wie  
uns dieses die parlamentarischen Verhandlungen in Eng-  
land und Frankreich beweisen: so läßt sich keinesweges  
in Abrede stellen, daß dadurch, daß vorzüglich Männer  
dieser Art sich der Rede bemächtigen werden, auf eine  
von der früher geschilderten entgegengesetzte Weise ge-  
schadet werden kann. — Dann aber wird dieser Scha-  
den kaum vermieden werden können, wenn das Wahl-  
gesetz so fehlerhaft seyn sollte, Repräsentanten zuzulas-  
sen, deren Interesse es mit sich bringt, sich nur per-



sönlich geltend zu machen, und die durch kein materielles Interesse an den Stand, den sie repräsentiren, gekettet sind: denn leider bleibt der Mensch stets Mensch, und bei Verfassungs-Entwürfen darf auf eminente Tugenden nicht gerechnet werden.

Alles dieses läßt sich nicht läugnen. Gegen das zuerst Vorgetragene giebt es kein absolutes Mittel. Der talentvolle Redner wird stets in öffentlichen Versammlungen glänzen, und der Schweigende wird unbeachtet bleiben. — Keinesweges ist aber der Nachtheil, welcher aus dem geschilderten Verhältnisse möglicher Weise erwachsen kann, so groß, als er anfangs scheint. — Unser Deutscher Mittelstand, der in den öffentlichen ständischen Versammlungen stets die Hauptmasse der Zuhörer ausmachen wird, ist zu gebildet, und daher zu einsichtsvoll, als daß er sich durch schöne hochklingende Worte wird hinreißen lassen, wenn nicht die Gedanken zugleich richtig sind. — Auf der andern Seite wird es auch sogar schwer nicht seyn, daß Männer von der zuerst geschilderten Art sich gewöhnen, mit einfachen Worten ihre Ideen darzulegen. Hierdurch können sie nur selbst gewinnen, und zu ihren anderweiten Verdiensten, das hinzuzufügen, reden zu lernen, wird ihnen gewiß nicht schaden. Was der Rede an Schmuck fehlt, wird die Trefflichkeit der Sache ergänzen. — Ueberdem ist auch undenklich, daß ein wahrhaft talentvoller Redner, und also ein Denker, besonders dann, wenn ihm ein eigenes materielles Interesse an den Verhandlungen nicht fehlt, Täuschungen vorzutragen beabsichtigen könne. Wie bald würde es um seinen

Ruhm geschehen seyn, wie bald würde ihn die öffentliche Verachtung treffen! — Wo aber auch das Talent der Rede fehlt, und nur das Herz und Gehirn normal organisirt sind, da werden auch selten oder nie die einfachen Worte fehlen, das Rechte und Wahre darzulegen. Wem es aber so geht, als weiland dem Prinzen Polignac, der nie als Redner auftreten konnte, ohne verlacht zu werden, der thut unstreitig am Besten, seine Ideen für sich zu behalten, in sofern er sie nicht schriftlich darlegen könnte. Uebrigens ist nichts gerechter, als daß Talente anerkannt werden: denn, Gott sey Dank, die Zeiten sind vorbei, wo ein Titel, ein Orden, oder eine sogenannte vornehme Haltung mehr als eine augenblickliche Aufmerksamkeit erregten.

Was aber die Furcht anbetrifft, daß Personen, deren Verhältnisse es mit sich bringen, zu wünschen, sich persönlich geltend zu machen, Aufsehn zu erregen, und lustigen Theorien den Triumph zu verschaffen, sich vorzüglich der Rede bemächtigen möchten, wodurch denn ein Schaden entstehen könne, welchen das revolutionirte Frankreich mehr als einmahl erfahren hat, so rührt mich diese Furcht am wenigsten. Unsere Verfassung, wie jede ständische, ruft vorzüglich Grundeigenthümer zur Repräsentation. Bis jetzt machen von dieser Regel nur die Prälaten und die amtlichen Stadtrepräsentanten eine Ausnahme. Ist nun gleich zu hoffen, daß den Städten, durch Wahlen, eine vollkommnere Repräsentation, dem Bauernstande aber ebenfalls eine angemessene Vertretung eingeräumt werde; ferner, daß (wie von mir am Schlusse der VI<sup>ten</sup> Mittheilung angedeutet wor-

den) das Wahlrecht dieser beiden Stände und der Freisassen — wenn solche ferner besonders repräsentirt werden sollten — künftig frei sey: so versteht es sich doch, wie auch bereits bemerkt, daß diese Freiheit nicht unbeschränkt seyn dürfe, sondern von Bedingungen abhängen müsse. Es muß daher die äußerste Sorgfalt auf das Wahlgesetz gerichtet, und durch dieses dem Lande die Garantie gegeben werden, daß nicht durch Personen, die ein bloß persönliches Interesse leiten könnte, Aufregungen hervorgebracht werden, die zu befriedigen unmöglich seyn möchte, wenigstens nicht anders möglich, als wenn die Verfassung von Grund aus zerstört würde. Ein weises Wahlgesetz ist also eine unerläßliche Bedingung der Deffentlichkeit, wenn diese nicht gefährliche Aufregungen hervorbringen soll. Ist dieses Wahlgesetz aber mit Weisheit abgefaßt, dann ist nicht abzusehen, weshalb ein freigewählter Deputirter, auch als öffentlicher Redner, für Ruhe und Frieden zu fürchten sey, vielmehr ist, indem dem Talente hier ein Wirkungskreis eröffnet wird, durch die Deffentlichkeit Gewinn zu hoffen.

So möchten wohl die mit der Deffentlichkeit verknüpften Nachtheile nicht bedeutend zu fürchten seyn.

Dagegen scheinen mir die zu erwartenden Vortheile überwiegend, und als solche erkenne ich folgende Umstände.

Nichts ist lächerlicher, als die heuchlerischen Worte, die sonst in dem Munde aller Staatsdiener waren, und die man jetzt nur noch von Zeit zu Zeit vernimmt: „das Wohl des Ganzen erfordere, daß Regierung und

Stände stets in der vollkommensten Harmonie seyn.“ — Geht man aufrichtig zu Werke, so muß man bekennen, was in die Augen fallend: eine ständische Verfassung bewirkt, daß die Regierung keine absolute ist; zum Absolutismus neigt sich aber, mehr oder weniger, die Pluralität der Minister<sup>3)</sup>; und hieraus folgt denn, nach unwidersprechlichen moralischen Gesetzen, daß, in der Regel, die Minister die Stände als ein nothwendiges Uebel betrachten, wenn gleich sie dieses keinesweges sagen. Schon dieses Einzige schließt die geheuchelte beständige Harmonie aus. — So soll es aber auch seyn, und jene Harmonie wäre ein Unglück für das Ganze. Ein rechtschaffener Minister hat freilich das Wohl des Ganzen vor Augen: aber aus seinem Gesichtspunkte. Ein rechtschaffener Landstand hat auch das Wohl des Ganzen vor Augen: aber ebenfalls aus seinem Gesichtspunkte. Es zeigt sich hier, wie bei den electro-chemischen Erscheinungen, ein natürlicher Antagonismus; welcher jedoch keinesweges ausschließt, daß nicht von Zeit zu Zeit Umstände entstehen, wo beide Interessen dermaßen zusammentreffen, daß der Antagonismus neutralisirt wird. So etwas erblickte unsere Zeit. — Man beobachte aber auch hier mit dem politisch-moralischen Mikroskope, wie sich die beiden Potenzen gegen einander verhalten, und wer ein vorzügliches, zu Experimenten eingeübtes Auge hat,

3) La morale appliquée à la politique, par E. Jouy. (Paris, 1822.) Tom. I. p. 123. v. Aretin's Staatsrecht, Th. I. S. 256.



wird selbst dann noch Elemente des Antagonismus erblicken. — Minister und Stände stoßen einander ab, gleich zwei gleichnamigen Polen: so will es ihre gegenseitige Stellung, so der Egoismus der menschlichen Natur. — Unter diesen Umständen ist nun für die Stände nichts wesentlicher, indem sie für das Beste des Ganzen thätig sind, als daß auch sie die höhere Unterstützung finden, die den Ministern in der obersten Staatsgewalt so nahe liegt. Diese Unterstützung kann ihnen allein die öffentliche Meinung gewähren, eine in der jetzigen Zeit furchtbare moralische Macht, der kein Gewaltiger der Erde widersteht. — Wie ist diese aber leichter, sicherer zu gewinnen, als dadurch, daß das Publicum Zeuge der ständischen Berathungen ist? — Gegen die öffentliche Meinung anzukämpfen, ist unendlich bedenklich: in dieser müssen also die Stände Unterstützung suchen, und ist ihre Sache gerecht, so werden sie solche finden. Zugleich wird sie aber auch verhindern, daß (wie in den frühern Zeiten so oft der Fall war) die Stände unständisch handeln.

Wie mancher Heuchler wird sich stellen, als erkenne er hier revolutionaire Grundsätze! Sie sind meinem Character, meinem Alter, wie meinem und meiner Familie Interesse gleich fremd. Wer aufrichtig ist, wird nur die Natur der Sache, so wie sie der Britte nun schon seit Jahrhunderten erkannte, erblicken.

Dieser eben geschilderte Vortheil ist nun so eminent, daß er alle übrigen Betrachtungen überwinden muß. — Wie viel williger wird überdem der Staatsbürger seine Lasten tragen, wenn vor seinen Augen de-

ren Nothwendigkeit aus den Berathungen hervorgeht; wenn er sich überzeugt, seine Repräsentanten unterließen nichts, Lasten abzuwehren, die, wenn auch nothwendig, stets drückend sind; wie lieb wird er ein Institut gewinnen, in welchem er sein Palladium erblickt.

Daß übrigens der Art. LIX. der Schluß-Acte vom 15<sup>ten</sup> Mai 1820 auf das Pünktlichste gehandhabt werden müsse, versteht sich von selbst. Dieser lautet:

„Wo die Oeffentlichkeit landständischer Verfassung gestattet ist, muß durch die Geschäfts-Ordnung dafür gesorgt werden, daß die gesetzlichen Grenzen der freien Aeußerung, weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine, die Ruhe des einzelnen Bundesstaates oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden.“

Auch folgt aus dem, was hier gesagt ist, keinesweges, daß die ständische Versammlung von der Meinung des Tages ihre Urtheile und ihre Ansichten entlehne. „Dieses wäre (wie Ancillon sehr richtig bemerkt) \*) eine Verrückung aller Verhältnisse, eine Verwechselung des Standpunktes und eine Vertauschung der Rollen, welche die Deputirten entwürdigten, ihre politische Existenz gefährden oder zwecklos machen, und eine Herrschaft herbeiführen würde, die dem Gemeinwesen nur höchst schädlich seyn könnte.“

---

4) Zur Vermittelung der Extreme in den Meinungen. (Berl. 1828.)  
Seite 162.

Der landschaftliche Repräsentant muß in jeder Hinsicht die Freiheit haben, sich durch seine Einsicht von dem Besten des Ganzen allein bestimmen zu lassen: aber er muß auch Kraft haben, und diese findet er allein in der öffentlichen Meinung.

## XII.

## Die Prälaten als Landstände.

Vielfach ertönt jetzt der Ruf, die Geistlichen, als solche, gehören in keine ständische Versammlung. In eine solche könne nur Grundbesitz oder das Vertrauen der Mitbürger führen. Die großen Grundbesitzer hätten die erste, die gewählten Repräsentanten die zweite Cammer zu bilden. Wären die Geistlichen große Grundbesitzer, so mögen sie in der ersten, wären sie gewählt, so mögen sie in der zweiten Cammer erscheinen. Sollte die Geistlichkeit, als solche, ein Recht zur Repräsentantenschaft haben, so hätten dieses eben so gut andere Stände, als z. B. der Wehr-Stand, die Kaufleute, die Aerzte u. s. w. Alle diese seyen wahlfähig, dieß sey genug. Ehedem wären die Prälaten Grundbesitzer gewesen, und hätten, als solche, ihr Recht zur Landstandtschaft erworben: diese Zeiten hätten im Herzogthume Braunschweig, wie in vielen andern Ländern, aufgehört. Sie seyen jetzt Titularen, denen das Wohl und Wehe ihrer Klöster und des Grundeigenthums derselben gleichgültig sey. Folgende Aeußerungen Ancillon's <sup>2)</sup> sollen diese Ansichten unterstützen,

1) Eichhorn's Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Theil I. Seite 215.

2) Ueber Staatswissenschaft, S. 101.



und es läßt sich nicht läugnen, daß sie an sich unwidersprechlich sind.

»Es giebt (sagt jener berühmte Schriftsteller) in einem jeden der heutigen Europäischen Staaten, und besonders in Deutschland, zwei Elemente einer wahren ständischen Repräsentation, nämlich zwei Hauptarten des Eigenthums, welche sich ganz dazu eignen, die zwei Hauptinteressen eines jeden Staates zu vertreten und geltend zu machen. Das unbewegliche Eigenthum und der Stand, der es besitzt, ist der natürliche Repräsentant des Beharrlichen im Staate; das bewegliche Eigenthum der natürliche Repräsentant des Fortschreitenden, Veränderlichen in demselben. Das Erstere giebt das Erhaltungsprincip, das zweite das Bervollkommnungsprincip. . . . Diejenigen, die kein Eigenthum besitzen, sind eigentlich Fremdlinge im Lande, und können wie Reisende betrachtet werden, die heute hier sind, morgen dort hinwandern. Wenn sie auch durch ihre Abstammung, ihre Sprache, ihre Sitten, der Nation verwandt sind, so sind sie doch nicht mit ihr innig verbunden, weil sie keine Bürgerschaft, weder ihres Verbleibens, noch ihrer Theilnahme an der Erhaltung und an dem fortwährenden Flor des Staates geben. — Der Wehr- und Lehr-Stand sind eigentlich keine Stände; denn sie bestehen nicht durch sich selbst, sondern vermöge der Selbstständigkeit der hervorbringenden Classe. Das Wehren und das Lehren sind öffentliche gemeinnützige Functionen, die von der Nation einer gewissen Anzahl von Individuen übertragen werden, wenn die Nation durch organische Einrichtungen sich nicht selbst

wehren will, und nicht ohne förmliche Lehrer das Werk ihrer Bildung selbst und allein übernimmt. Es sind im Wehr- und im Lehr-Stande viele Eigenthümer, und als solche können dieselben die Nation, oder vielmehr die Interessen derselben, vertreten; allein, wenn sie nicht Eigenthümer sind, so können sie als besoldete Wehrmänner oder Lehrer nicht auf das politische Recht der Repräsentation Anspruch machen.“

Diese von Ancillon dargestellten Grundsätze scheinen mir von der Beschaffenheit zu seyn, daß gegen solche wohl nichts Erhebliches zu erinnern seyn möchte. Desungeachtet aber glaube ich, aus folgenden Gründen, für die Fortdauer der Landstandschafft der Prälaten im Braunschweigischen Lande stimmen zu müssen.

Es scheint mir unerläßlich, der obersten Staatsgewalt eine constitutionelle Einwirkung auf die Wahl der Repräsentanten des Volks zu gestatten. Hierdurch wird Einseitigkeit vermieden, und die Regierung gewissermaßen theilnehmend an einem Institute, welches für das Ganze von der bedeutendsten Wirksamkeit ist. In großen constitutionellen Staaten, wie z. B. in England und Frankreich, haben die Monarchen das, freilich exorbitante Recht, so viele Pairs, also Mitglieder der ersten Cammer, zu ernennen, als sie wollen. Es wird demnach der Regierung bei uns ein höchst mäßiges Recht eingeräumt, wenn sie zu der ständischen Versammlung überhaupt zehn Aebte und Probste zu ernennen befugt ist. Es ist dieses gleichsam ein Surrogat des gedachten Rechts der constitutionellen Monarchen. Von diesen Prälaten sind nur die vier Aebte

und ein Probst (der von Frankenberg) Geistliche, die übrigen Probstse gewöhnlich Rechtsgelehrte. Die ersten wurden in der That der Versammlung bisher nützlich durch Aufklärungen, die sie in geistlichen und Unterrichtsfachen gaben. — Wenn gleich die geistlichen Herren bis jetzt wenig oder gar nicht in andern Landesangelegenheiten sich hören ließen, so hat doch der verewigte Abt von Riddagshausen, Bartels, in dieser Beziehung eine sehr ehrenvolle Ausnahme gemacht, und gezeigt, wie verdient um das Ganze ein kraftvoller patriotischer Prälat, der nicht immer bange anzu stoßen, sich zu machen vermöge. — Mit den juristischen Prälaten ist es schon bedenklicher. Sie können von der Regierung ernannt werden, um durch juristische Darstellungen isolirte Zwecke kraftvoll zu unterstützen. — Abgesehen davon, daß man hier nichts dem Lande Nachtheiliges vermuthen darf, sondern in achtungswerthen Probstsen auch gute Patrioten zum Vorschein setzen muß, so hat die Erfahrung gezeigt, daß ein solches Durchsetzen durchaus unmöglich seyn würde. In dem Momente, da ein von der Regierung ernannter Repräsentant sich warm einer dem Ganzen nachtheilig geachteten Regierungs-Maafregel annimmt, ist er — mit Recht oder Unrecht — verdächtig. Er richtet nichts aus, und um so weniger, je mehr er sich Mühe giebt. Zwar kann er für die Regierungs-Maafregel stimmen: aber seine eine Stimme bewirkt zehn negative.

Erwägt man nun dieses Alles, so überzeugt man sich, die Prälaten, in ihrer beschränkten Zahl, können

wohl nützen, schwerlich aber schaden; und um so mehr erscheint es gerathen, in der Verfassungs-Urkunde in der vorliegenden Angelegenheit nichts zu ändern, schon, weil es, wie mehrmahls bemerkt, im höchsten Grade wesentlich ist, Grundgesetze nicht nach jeder, oft ephemeren, Meinung zu reformiren, sondern ihren Character des Bestehenden, so viel als irgend thunlich, zu achten. Durch die Landschafts-Ordnung hat die Prälaten-Curie aufgehört zu existiren. Sie ist beiden landschaftlichen Sectionen einverleibt worden. Diese Verbesserung genügt.



## XIII.

Die Verbrechen und Vergehungen der Prediger und Schullehrer, und deren Absetzbarkeit nach Braunschweigischen Gesetzen betreffend.

Zum Art. 47. des Landtags-Abschiedes vom 13. Junius (ratifiz. den 11. Julius) 1823.

Eine der Erscheinungen der Zeit, welcher keinesweges wahrhaft religiöser Sinn fremd, ist, daß Mitglieder des geistlichen Standes, mehr als früherhin der Fall war, denjenigen äußern Anstand vernachlässigen, der ihnen zur Erhaltung ihrer Würde so äußerst nothwendig ist. Niemand war hierüber mehr betrübt, als der verewigte Consistorial-Vice-Präsident und Abt von Riddagshausen, Dr. Bartels, und er war daher auch der Veranlasser derjenigen Vorschriften, welche sich in dem Art. 46. des jüngsten Landtags-Abschiedes befinden. Wie viel diese Vorschriften bewirkt haben, lasse ich dahingestellt seyn: so viel ist aber gewiß, daß es noch stets Prediger und Schullehrer auf dem Lande giebt, über deren Lebenswandel laut Klage geführt wird. Läßt sich nun ein Mann dieses Standes sogar zu Verbrechen hinreißen, und bietet die Untersuchung nicht hinlängliche Beweisthümer dar, um ihn verurtheilen zu können, muß er vielmehr von der Instanz absolvirt

werden: dann ist der Schaden unermesslich, wenn das Publikum an der Gewißheit des Verbrechens keineswegs zweifelt, und dennoch der Geistliche oder Schullehrer seine Amtsverrichtungen fortsetzt. Seine schönsten Worte sind alsdann Gift, denn sie erscheinen als Heuchelei. — Diese Betrachtungen waren es, welche den vortrefflichen Prälaten Bartels, welcher in den Annalen der Braunschweigischen Landschaft unsterblich seyn wird, den Gedanken eingaben, den 47<sup>ten</sup> Art. des Landtags-Abschiedes, seinem wesentlichen Inhalte nach, in Vorschlag zu bringen. Dieser ist so zweckmäßig und wichtig, daß ihn auch Auswärtige, denen er nicht vorliegt, hier gern lesen werden. Er lautet folgendermaßen:

»Bei der, nach Art. 37. und der Verordnung vom 26<sup>ten</sup> März 1823 bestimmten Gerichtsverfassung bleibt zwar auch der Stand der Geistlichen, Prediger und Schullehrer der gewöhnlichen Gerichtsbarkeit, sowohl in bürgerlichen als Strafsachen, unterworfen. Weil jedoch nirgend so viel von der Erhaltung eines streng-sittlichen Betragens abhängt, als bei dem geistlichen und Lehrstande, und es nirgend nöthiger ist als hier, daß Einzelne, welche sich ihres wichtigen Amtes unwürdig betragen, daraus entfernt werden, und dieser Zweck nur unvollkommen erreicht würde, wenn in Untersuchungssachen gegen Prediger und Schullehrer jederzeit, um deren Entfernung vom Amte zu begründen, der strenge juridische Beweis der denselben zur Last fallenden Thatfachen erfordert werden sollte; ein solcher aber auch, welcher es veranlaßt, daß der Richter, selbst bei erman-

gelndem vollständigen Beweise, die Ueberzeugung gewinnt, daß er sich auf eine, seines Amtes unwürdige Weise betragen habe, sich es selbst beizumessen hat, wenn er nicht länger bei demselben gelassen wird, so wird die Durchlauchtigste Landesherrschaft den betreffenden Gerichten die Vorschrift ertheilen, daß sie in Fällen, wo ein Prediger oder Schullehrer wegen Beschuldigungen, welche ein öffentliches Aergerniß verursachen, in Untersuchung geräth, zum Behuf des Erkenntnisses auf Remotion nicht an den strengen juristischen Beweis der einzelnen Thatsachen gebunden seyn, sondern dazu genügen soll, wenn hinreichende Verdachtsgründe vorhanden, welche dem Richter die Ueberzeugung gewähren, daß der Angeschuldigte sich auf eine, mit der Würde des Predigeramtes, oder mit den Verhältnissen eines Schullehrers nicht vereinbarliche Weise betragen habe.“

Leider hat diese Vorschrift schon mehrmahl in Anwendung gebracht werden müssen. Wenn jedoch von den Vertheidigern der Inculpaten, in der Appellationsinstanz gegen eine solche Anwendung vorge stellt ist:

„In dem angeführten §. 47. sey nur der Wunsch ausgedrückt, daß die Durchl. Landesherrschaft den Gerichten die Vorschrift ertheilen möge, in den vorausgesetzten Fällen, nach dem ausgesprochenen Grundsatz zu verfahren; die Ratification des Landtags-Abschiedes enthielte aber keinesweges die Vorschrift, und das Versprechen sey also bis jetzt unerledigt geblieben, mithin keine eigentliche gesetzliche Bestimmung in obiger Hinsicht vorhanden:“ so ist dieses in sofern richtig, daß

eine bestimmte Verordnung über diesen Gegenstand nicht durch den Druck publicirt worden.

Um so nützlicher wird es erscheinen, wenn hier dasjenige Herzogliche Rescript bekannt gemacht wird, wodurch das den Ständen ertheilte Versprechen erfüllt ist. Es lautet folgendermaassen:

Carl, Herzog u. s. w. Da aus den im Art. 47. des jüngsten Landtags-Abschiedes angeführten Gründen, die Gerichte künftig in Fällen, wo ein Prediger oder Schullehrer, wegen öffentliches Aergerniß verursachender Beschuldigungen in Untersuchung geräth, zum Behuf des Erkenntnisses auf Remotion vom Amte nicht an den strengen juristischen Beweis der einzelnen Thatfachen gebunden seyn, sondern hiezu hinreichende Verdachtsgründe, welche dem Richter die Ueberzeugung gewähren, daß der Angeschuldigte sich auf eine, mit der Würde des Predigers oder mit den Verhältnissen eines Schullehrers nicht vereinbarliche Weise betragen habe, genügen sollen, so wird Unser Fürstliches Landesgericht, in Beziehung auf den vorbemerkten Artikel des jüngsten Landtags-Abschiedes, hiedurch angewiesen, sich nach Vorstehendem zu achten und in vorkommenden Fällen demgemäß zu verfahren.

Braunschweig, den 12. November 1824.

Auf Höchsten Special-Befehl

Schmidt-Phiseldack. von Schleinitz.

(An Unser Fürstliches Landesgericht  
zu Wolfenbüttel.) <sup>3)</sup>

3) Unstreitig wäre es um so wünschenswerther, daß Rescripte die-



## XIV.

Resultate einer Conferenz des Verfassers in landständischen Angelegenheiten mit Sr. Durchlaucht, dem Herzoge Carl von Braunschweig im März des Jahres 1828 <sup>1)</sup>.

Als im Monate März des Jahres 1828 die beiden landschaftlichen Ausschüsse beschlossen hatten, nach Maafgabe des Artikels 18 der landschaftlichen Privilegien vom 9<sup>ten</sup> April 1770, und des § 39 der erneuten

ser Art durch die Verordnungs-Sammlung publicirt wurden (worauf auch von den Ständen angetragen ist), da selbst die Verordnung vom 20sten Mai 1828 den richtigen Grundsatz aufstellt, daß Herzogliche Rescripte durch die Kundmachung zu Gesetzen erhoben werden müssen, wenn sie zur Anwendung kommen sollen.

1) Nach der sorgfältigsten Prüfung und Ueberlegung finde ich kein Bedenken, diesen Aufsatz, der nichts als die historische Darlegung eines Vorgangs enthält, der bereits öffentlich und officiell zur Sprache gebracht worden, hier mitzutheilen. — Kein Unparteiischer wird es mir verdenken, wenn ich eine vor der höchsten Behörde Deutschlands, der hohen Bundesversammlung, entstellte, mich betreffende, Thatfache so darlege, wie sie wirklich Statt hatte. Sollte man mir entgegenstellen: daß in dieser Beziehung gewiß bei Niemand ernstliche Zweifel obgewaltet hätten, und also eine Darstellung, die gewissermaassen eine Vertheidigung enthält, überflüssig erscheine: so ist darauf zu erwiedern, daß dem allerdings so seyn mag bei den jetzt Lebenden. Da es aber keinen Zweifel leidet, daß noch nach Jahrhunderten von vaterländischen Geschichtsfreunden die schriftlichen Verhandlungen über die jetzigen Landes-Angelegenheiten nicht werden unbeachtet gelassen werden: so ist es ein sehr natürlicher Wunsch, auch die vorliegende kleine Episode der großen Angelegenheit unverfälscht auf die Nachwelt zu bringen.

Landtagsordnung, die gesammten Stände zusammen zu berufen, theils um zur Ergänzung der im größern Ausschusse entstandenen Vacanzen zu schreiten, theils zur Berathung über die von Sr. Durchl., dem Herzoge, in Betreff der Landschaftsordnung gemachten Eröffnungen, wurde ich in meiner Wohnung zu Wolfenbüttel, am 15<sup>ten</sup> dieses Monats März, des Nachts um drei Uhr, durch eine auf Befehl Sr. Durchlaucht des Herzogs Carl geschriebene Einladung des Herrn Geheimen Oberstaatsraths von Münchhausen: »um 10 Uhr desselben Morgens bei Sr. Durchlaucht zu Braunschweig zu erscheinen« überrascht. Ich verfehlte nicht, diesem Befehle des Herzogs Genüge zu leisten, und hatte die Ehre, über fünf Stunden lang mit Sr. Durchlaucht über Landes-, und vorzüglich landschaftliche Angelegenheiten zu conferiren. Ueberzeugt und durchdrungen von der Wichtigkeit der Augenblicke, wandte ich alle mir zu Gebote stehende Beredsamkeit an:

1. Sr. Durchlaucht zu überzeugen, daß Höchsthnen nichts nützlicher sey, als sich mit Ihrem erhabenen Verwandten, dem Könige von Großbritannien, völlig auszusöhnen, und dieserhalb nachzugeben; <sup>2)</sup>

2. die erneute Landschafts-Ordnung, als Höchsthnen

---

2) Schon im Beginn der Streitigkeiten hatte ich in einem mir abgeforderten schriftlichen Gutachten Sr. Durchl. bestimmt vorhergesagt, wohin diese führen würden, und auf das Dringendste gerathen, eine bekannte, mir damahls im Abdrucke mitgetheilte Beschwerde-Schrift (1827) zu unterdrücken. Aber vergeblich! der Verfasser derselben war zu sehr von derselben eingenommen.

landesherrlichen Gerechtsamen nicht im Geringsten nachtheilig, anzuerkennen;

3. überall die Landes- und landschaftlichen Rechte aufrecht zu erhalten.

Obwohl nun Se. Durchl. diesen Vorträgen alle Gerechtigkeit widerfahren ließen und mich überhaupt mit ausgezeichnete Gnade und Achtung behandelten: so hatten doch meine Vorstellungen und dringenden Bitten in den meisten Stücken kein eigentliches Resultat.

Gegen das Ende der Audienz forderten Se. Durchl. mich auf: Höchsthnen kurz darzustellen, »worüber (wie Höchstdieselben Sich ausdrückten) wir einig geworden wären.« Ich that dieses in einem klaren, zusammenhängenden Vortrage, jedoch mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß ich keinesweges dafür einstehen könne, daß die von Sr. Durchlaucht gemachten Bewilligungen den Ständen genügten. Nachdem Se. Durchl. diesen Vortrag der Sache angemessen gefunden, befohlen Sie mir, ihn zu Papier zu bringen, und am andern Tage, Morgens um 10 Uhr, wieder bei Höchsthnen zu erscheinen, um Ihnen diesen Aufsatz vorzulegen.

Nach Wolfenbüttel zurückgekehrt, schrieb ich den hier folgenden Aufsatz nieder, dem ich die Anlage beifügte, weil Se. Durchl. geäußert hatten, daß es mir erlaubt seyn solle, auch sonstige Wünsche vorzutragen. Es würde Höchsthnen nämlich angenehm seyn, dem Lande und dessen Ständen Beweise des Wohlwollens zu geben, und selbst solche Wünsche zu gewähren,

welche von der vormundschaftlichen Regierung gewährt worden.

Wolfenbüttel, am 15ten März 1828.

Se. Hochfürstliche Durchlaucht hatten die Gnade, den Unterzeichneten heute, den 15<sup>ten</sup> März 1828, zu Sich fordern zu lassen, und äußerten Allerhöchstdieselben Sich über landständische Angelegenheiten in solcher Audienz folgendermaaßen:

1.

Se. Hochfürstl. Durchl. wurden auf den unterthänigsten Antrag der ständischen Ausschüsse vom 11<sup>ten</sup> dieses durch ein Rescript erwiedern, daß Allerhöchstdieselben nichts dagegen hätten, daß solche Ausschüsse die Landschaft zu dem angegebenen Zwecke zusammenberiefen, erwarteten jedoch, daß in solcher Zusammenkunft, dem ausdrücklich angezeigten Zwecke und den landschaftlichen Privilegien gemäß, allein dieser Gegenstand, nämlich die Wahl der fehlenden Mitglieder des größern Ausschusses, vorgenommen würde, indem Sr. Durchl. jetzt die Zeit zu Verhandlungen mit den Ständen fehle. Se. Herzogl. Durchl. wollten jedoch hierdurch die jetzige Form der Landtags-Ordnung nicht anerkannt haben, indem Allerhöchstdieselben in dieser Beziehung eine Unterhandlung mit den Ständen beabsichtigten. Jedoch versicherten Se. Durchl. Allerhöchstihre getreuen Stände, daß es keinesweges Ihre Absicht sey, die ständischen Privilegien im Geringsten zu schmählern, vielmehr wären Sie geneigt, den Ständen selbst solche billige



Wünsche zu gewähren, die vielleicht von der vorigen Regierung abgeschlagen wären.

Se. Hochfürstl. Durchl. würden es allergnädigst gern sehen, wenn die zusammenberufenen Stände den Ausschüssen Vollmacht ertheilten, die Wünsche der ersten Sr. Hochfürstl. Durchl. vorzutragen um mit dem Herzoglichen Staatsministerio darüber zu unterhandeln. Auf diese Weise würden für die von Sr. Durchl. Höchstselbst convocirte Versammlung der Stände die Materien präpariret seyn.

## 2.

Se. Herzogl. Durchl. äußerten sich ferner gnädigst dahin:

Daß es keinesweges Allerhöchstihre Absicht sey, den Band des Militärs über die Bundesverpflichtung zu vergrößern. Daß Höchst dieselben jetzt nur eine bundespflichtmäßige Reserve herzustellen die Absicht hätten, und den Ständen, zu deren Beruhigung, eröffneten, daß die Reserve-Soldaten nicht zum activen Dienste gebraucht, sondern, wenn sie gehörig eingeübt wären, entlassen werden sollten. Auf solche Weise würde die Reserve jährlich nicht über einen Monat im Dienste seyn. Es sey also hieraus klar, daß Sr. Durchl. Meinung nie gewesen, die Reserven zum activen Dienste heranzuziehen; dieserhalb solle vielmehr Instruction erlassen werden.

## 3.

Se. Herzogl. Durchl. hätten nichts dagegen, daß auch in diesem Monate die von dem Landessteuer-Col-

legium unterthänigst vorgeschlagene Auslosung der zu bezahlenden Capitalien vor sich ginge. Se. Durchl. würden jedoch gnädigst gern sehn, wenn mit der Landschaft die Vereinbarung getroffen würde, daß künftig von beiden Seiten freie Kündigung der Capitalien Statt hätte, um zuerst die hoch zu verzinsenden Capitalien abzutragen.

Ueberall äußerten Sich Se. Herzogl. Durchl. auf das gnädigste in Beziehung auf Höchsthre getreuen Stände, und gaben wiederholt, in den gnädigsten Ausdrücken, zu erkennen, daß Allerhöchstdieselben nie gemeint seyen, deren wohlhergebrachte Privilegien im Geringssten zu schmählern.

Dieses hat Unterzeichneter am Abend nach der ihm Allerhöchst erteilten Audienz auf Sr. Durchl. höchsten Befehl registrirt.

v. Strombeck.

## A n l a g e.

### Allerunterthänigstes Promemoria.

**Ew.** Hochfürstliche Durchl. hatten gestern die Gnade, mir zu erlauben, Allerhöchstihnen <sup>5)</sup> heute einige der Punkte unterthänigst bemerklich zu machen, deren Gewährung wahrscheinlich einen sehr vortheilhaften Eindruck sowohl auf die Stände, als auf das gesammte Publikum machen würde. So viel mir die Kürze der Zeit erlaubt, erfülle ich diesen Höchsten Auftrag in Folgendem:

1. Billig setze ich oben an, die Allerhöchste Anerkennung der jetzigen landschaftlichen Verfassung und eine baldige Zusammenberufung der Stände. Ich beziehe mich in dieser Hinsicht auf die Ew. Durchl.

3) Dieses, nach der frühern Deutschen Observanz, nur Königen zukommende Prädicat wurde durch nachfolgende höchste Verordnung vorgeschrieben:

„Bei der, durch die erworbne Souverainität veränderten Stellung des Durchlauchtigsten Landesfürsten, sind die bisher üblichen Curialien unpassend befunden worden, und wird daher in den unmittelbar an Se. Durchl. gerichteten Berichten, anstatt der ohnehin undeutschen Benennung: »*Serenissimus*«, anjett »*Er. Hochfürstlichen Durchlaucht*« und »*Allerhöchstieselben*« gesetzt. Da dieses mit Allerhöchster Genehmigung geschieht, so wird . . . . . davon zu dem Ende hiedurch in Kenntniß gesetzt, damit einer Verschwiegenheit im Gebrauche der Curialien vorgebeugt werde.

Braunschweig, den 30sten Mai 1828.

Herzogl. Braunschweig-Lüneburg. Staats-Ministerium.

G. P. v. Bülow.

v. Münchhausen.

gestern mündlich unterthänigst vorgetragenen Gründe, denen ich nichts hinzuzusetzen mußte.

2. Würden die Stände gewiß, sehr erfreut seyn, wenn die in dem jüngsten Landtags-Abschiede enthaltenen mannichfachen Versprechungen, hinsichtlich zu erlassender Verordnungen, möglichst bald erfüllet würden.

3. Würde es gewiß einen äußerst vortheilhaften Eindruck machen, wenn die Einkünfte von den Stiftern und Klöstern lediglich zu ihren eigenthümlichen Zwecken verwendet, und jährlich diese Verwendungen dem engern Ausschusse der Stände nachgewiesen würden.

4. Um eine gänzlich von der Cammer-Casse getrennte Kloster-Casse ist von den Ständen dringend, doch vergeblich, bei dem letzten Landtage gebeten.

5. Unendlich dankbar würden gewiß die Stände seyn, wenn eine Herabsetzung der Abgaben, besonders der Personalsteuer, bewirkt würde: dieses ist aber nur durch Einschränkung der Militär-Ausgaben zu bewirken.

6. Ein angemessener Beitrag der Herzogl. Cammer zu dem, jetzt enorme Kosten erfordernden Chaussee-Baue würde höchst dankbar anerkannt werden <sup>4)</sup>.

---

4) Die Landessteuer-Casse hat nämlich den Bau von solchen Wegstrecken übernommen, die bisher von der Herzogl. Cammer gebauet wurden, z. B. die Straße von Harzburg über das Harzgebirge und die sogenannte Hameln'sche Straße im Weser-Districte. (1831.)



7. Es erscheint nothwendig, die dem nächsten Landtage vorzulegenden Gesetze hinsichtlich der Ablösung von Zehnten und Diensten jetzt schon vorzubereiten.

8. Unterzeichneter wagt in tiefster Ehrfurcht, gewiß unter dem Beifall der Stände, die Bitte, daß Ew. Herzogl. Durchl. geruhen mögen, Allerhöchstselbst den Sitzungen des Herzogl. Staats-Ministerii beizuwohnen <sup>5)</sup> und dieses völlig regelmäßig zu besuchen.

9. Das Herzogliche Landesgericht ist so sehr mit Arbeiten überhäuft, daß dessen Sitzungen von 10 Uhr Morgens bis oft Abends um 5 Uhr dauern, und so dessen Mitglieder mit der Gesundheit auch die Arbeitslust endlich verlieren müssen. Nur dadurch steht diesem Gerichte zu helfen, daß dasselbe in zwei völlig getrennte Sectionen getheilt wird, die zu gleicher Zeit Sitzung halten können. Dann müßte aber das Gericht wenigstens aus einem Präsidenten, einem Director und zehn Råthen bestehen <sup>6)</sup>.

Zur völligen Ordnung der Registratur des Landesgerichtes ist ein eigener Registrator durchaus erforderlich <sup>7)</sup>.

5) Se. Durchl. hatten die Gnade, hierauf zu erwiedern: daß die Zerstreuung, die Ihnen durch die Hannoversche Streitsache veranlaßt würde, Höchstbieselben allein von dem Besuche der Sitzungen des Staats-Ministerii abhielte. (1831.)

6) Zweckmäßig würden jedoch jährlich zwei Mitglieder aus der einen Section in die andere übergehen. (1831.)

7) Die Unordnung in den ältern Registraturen ist eine der größ-

10. Jedem der Districts-Gerichte fehlt wenigstens ein Assessor, wenn die Criminal-Untersuchungen mit der erforderlichen Raschheit betrieben werden sollen, welches keinesweges überall der Fall ist.
11. Dem Kreisamte Lutter am Bahrenberge fehlt jetzt sogar der Beamte.
12. Die Untersuchungs-Gefängnisse sind zum Theil in dem schlechtesten Zustande. Namentlich sind die Gefängnisse in der Stadt Braunschweig von einer wahrhaft fürchterlichen Beschaffenheit für die Gesundheit der, doch möglicher Weise unschuldigen Gefangenen. Eine baldige Hülfe in dieser äußerst wichtigen Sache würde die Stände gewiß mit unterthänigstem Danke erfüllen.
13. Die Straf-Anstalt zu Wolfenbüttel beginnt sich so zu entwickeln, daß dieselbe zu einer umfassenden Besserungs-Anstalt wird vervollkommenet werden können. Durchaus erforderlich ist dann aber, daß der noch fehlende Flügel des Gebäudes bald beendet werde.

Ich bin fest überzeugt, daß, wenn Ew. Herzogliche Durchl. diese, nur in der Eile in verwichener Nacht auf das Papier hingeworfenen unterthänigsten Vorschläge, bei denen mich eben so sehr Allerhöchstherr Ruhm, als der öffentliche Nutzen geleitet hat, gnädigst berücksichtigen, dann nicht nur die Stände, sondern

---

ten Plagen mehrerer Gerichte des hiesigen Landes. Diese ist vorzüglich durch Localveränderungen während der Westphälischen Regierungsperiode herbeigeführt. (1831.)

sämmtliche Unterthanen Ew. Durchl. von Dankgefühlen gegen ihren Allerdurchlauchtigsten Landesfürsten hingerrissen werden.

Wie würde ich die Stunde segnen, in welcher ich das Glück hatte, vor Ew. Durchlaucht zu erscheinen, würden diese Wünsche eines treuen Landstandes erfüllt! Auch deswegen, weil Ew. Durchlaucht dann Höchstselt erst die Freuden des Lebens kosten würden, wenn Sie Alles um sich her froh und zufrieden erblickten. Ich glaube um so mehr einiges Zutrauen zu verdienen, da mein vorgerücktes Alter und meine Verhältnisse als Staatsdiener fremder Fürsten bei mir jeden Wunsch nach einer veränderten Lage ausschließen, obwohl ich gern bekenne, daß mich der Ruhm, zu dem Wohle Ew. Durchlaucht und Höchsthres Landes, dem meine Vorfahren seit fünf Jahrhunderten angehören, beigetragen zu haben, unendlich glücklich machen würde.

Wolfenbüttel, am 16<sup>ten</sup> März 1829 <sup>8)</sup>.

allerunterthänigst  
von Strombeck.

Ich versohlte nicht, Er. Durchl. am Morgen des 16<sup>ten</sup> März diese beiden Aufsätze zu überreichen, auf

8) Ich hielt es für erforderlich, die Gelegenheit zu benutzen, und opferte daher gern den Schlaf einer Nacht auf, diesen Aufsatz zu Stande zu bringen, welchem man jedoch in dem Mangel einer nähern Ausführung der einzelnen Materien die Eile wohl ansieht, mit der er entworfen wurde: denn er mußte durch einen nach Mitternacht herbeigerufenen Kanzlisten, nebst obigem Protocolle, noch abgeschrieben werden.

Höchsten Befehl vorzulesen und mit Anmerkungen zu begleiten <sup>9)</sup>, mit der unterthänigsten Bitte, den ersten (die Registratur über die gestrige Audienz), zum Zeichen Höchstherr. Anerkennung, gnädigst zu signiren.

Se. Durchl. fanden jedoch den Aufsatz, als Sie ihn nochmahls laut gelesen, keinesweges Ihrer jetzigen Ansicht gemäß abgefaßt, und verlangten vielmehr, daß ich ihn abändern sollte, welches ich unterthänigst ablehnte. Obwohl ich nun, während einer vierstündigen Audienz, mich bemühte, Höchstdieselben zu überzeugen, daß wahrscheinlich die hier richtig ausgedrückte gestrige Meinung Sr. Durchl. zu dem glücklichen Resultate einer völligen Verständigung mit den Ständen führen würde (in welcher Hinsicht ich jedoch, als nicht beauftragt, irgend eine Unterhandlung anzuknüpfen, nichts versprechen könne): so waren doch alle meine Vorstellungen und selbst dringende Bitten vergeblich. Das Resultat war vielmehr:

„Se. Durchl. würden mir morgen in einer ununterschriebenen Note (wobei Höchstdieselben mir zu entwickeln die Gnade hatten, daß man Noten dieser Art nicht zu unterzeichnen pflege) mittheilen, was Sie mir als Höchstherr. definitive Meinung hierdurch eröffneten, und was ich den Ausschüssen der Stände über die stattgehabte Konferenz officiell vorzutragen hätte.

---

9) Se. Durchl. schienen gerührt, als ich Höchstdieselben darauf aufmerksam zu machen wagte, daß Sie Ihre schönste Jugendzeit, wie ich nicht anders glauben könne, unglücklich verlebten, und daß ein vorge-rücktes Alter eine zum Glücke nicht benutzte Jugend bitter zu beklagen pflege.



Diese so versprochene Note empfing ich denn auch am Nachmittage des folgenden Tages zu Wolfenbüttel, mit dem Herzoglichen Cabinets-Siegel verschlossen, durch einen berittenen herrschaftlichen Stallbedienten. Sie lautet folgendermaassen, und ist von mir zu den landschaftlichen Acten, nach gemachtem Vortrage in der Versammlung der ständischen Ausschüsse, abgegeben, bei welchen Acten sie sich noch jetzt in der Urschrift befindet.

Praes. per expr. Wolfenbüttel am 17. März  
1829, Nachmittags 3 1/2 Uhr.

von Strombeck.

1) Seine Herzogliche Durchlaucht würden auf den Antrag der ständischen Ausschüsse vom 11. dieses Monats erwiedern können: wie Allerhöchstdieselben genehmigten, daß auf Veranlassung derselben der Zeitraum vom                      bis                      zusammen treten dürfe, aber nur allein in Gemäßheit der landchaftlichen Privilegien für den Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht angezeigten Zweck der Ergänzung fehlender Mitglieder des größern Ausschusses und unter der Bedingung, daß dieser Gegenstand allein, und kein anderer vorgenommen werde, indem Seiner Herzoglichen Durchlaucht persönlich jezo die Zeit zur Verhandlung mit den Ständen fehle.

Seine Herzogliche Durchlaucht wollten jedoch hierdurch die vom Könige von Hannover eben so ungesetzmäßig, als unrechtlich aufgedrungene Landtags-Ordnung nicht anerkannt haben, und gegen alle Consequenzen,

die aus dem Schritte der genehmigten Zusammentretung gefolgert werden könnten, protestiren.

Seine Durchlaucht beabsichtigten, in Beziehung auf jene Landtags-Ordnung, eine spätere Verhandlung mit den Ständen, und versicherten denselben, daß es keinesweges in ihrer Absicht sey, die ständischen Privilegien im Mindesten zu schmälern, wiewohl Allerhöchstdieselben auf der andern Seite die von der Vormundschaft aufgedrungene Landtags-Ordnung nie anerkennen würden; dagegen mögten Allerhöchstsie wohl geneigt seyn, den Ständen selbst solche Wünsche zu gewähren, welche vielleicht von der vormundtschaftlichen Regierung abgeschlagen worden.

Wenn nun gleich Seine Herzogliche Durchlaucht Allerhöchst behindert wären, mit Ihren getreuen Ständen Communication pflegen zu lassen, so sey es nichts desto weniger Ihr Entschluß, die billigen Wünsche der Stände allergnädigst zu berücksichtigen, jedoch nur in sofern, und unter der Bedingung, daß solche durch den für diesen Zweck zu bevollmächtigenden größern Ausschuß Allerhöchst Ihnen mitgetheilt würden. Ubrigens würde durch die jetzige Communication der Ausschüsse mit den Ständen das Materielle für einen künftigen Landtag gesammelt werden können.

2) Rücksichtlich der Bestände des Militärs, so liege es keinesweges in der Absicht Seiner Herzoglichen Durchlaucht, über das Recht und die Bundesverpflichtung hinaus den Militärstand zu vergrößern. Allerhöchstdieselben hätten jetzt nur eine bundesmäßige Reserve herstellen lassen, wären aber diesem ungeachtet ge-

neigt, den in Anregung gebrachten Gegenstand in nochmalige Berathung zu nehmen.

3) Seine Herzogliche Durchlaucht wollten in Gemäßheit des ihnen bekannt gewordenen Wunsches der ständischen Ausschüsse Allergnädigst concediren, daß in diesem Monate die von dem Landes-Steuer-Collegio vorgeschlagene Auslosung der zu bezahlenden Capitalien vor sich ginge.

Ueberall äußerten Sich Seine Durchlaucht auf das Gnädigste in Beziehung auf Höchst-Ihre getreuen Stände, und gaben wiederholt in den gnädigsten Ausdrücken zu erkennen, daß Allerhöchstdieselben nie gemeinet seyen, deren wohlhergebrachte Privilegien im Geringssten zu schmälern.

Für die Treue der Abschrift:

(L. S.)

der Landsyndicus

P. S. Pricelius.

Als nachher die Differenzen der Landschaft des Herzogthums Braunschweig mit Sr. Durchl. dem Herzoge vor die Hohe Deutsche Bundesversammlung von den Ständen gebracht worden, und man sich von Seiten dieser der eben mitgetheilten Note, Seite 58 der bekannten gedruckten Darlegung u. s. w. (1829), als einer Anlage bedient hatte, so gaben mehrere in jener enthaltene Ausdrücke der königlich Hannoverschen Bundesgesandtschaft zu Beschwerden Veranlassung. Diese bewirkten folgende Erklärung von Herzoglich-Braunschweigischer Seite:

„Was nun aber speciell ein Actenstück betrifft,  
»woraus man in der gegenseitigen Erklärung die

»Worte: »eben so ungesetzmäßig, wie un-  
 »rechtlich abgedrungen« entnommen, so ist  
 »solches Scriptum nicht nur kein Erlaß an die  
 »Stände, sondern es ist sogar sine die et con-  
 »sule, und würde überall mit keinem Dato be-  
 »zeichnet seyn können, wenn nicht der F. Lippi-  
 »sche Geheime-Rath von Strombeck dasselbe  
 »sich selbst zu präsentiren für gut befunden hätte.  
 »Jenes Scriptum hat die Herzoglich-Braunschwei-  
 »gische Regierung zum ersten Male als Anlage zu  
 »sehen bekommen, wohin es nur durch die Erfin-  
 »dung und dreiste Herstellung eines Dritten ge-  
 »rathen seyn kann.«

Einen Jeden, der den mitgetheilten Hergang der Sache vernommen, muß schon diese Erklärung in ein gerechtes Erstaunen setzen. Man erblickt eine Regierung, welche einen von ihrem Fürsten ausgefertigten Aufsatz — denn wie wäre hier eine Täuschung denklich gewesen, oder was hätte diese bezwecken können? — der dreisten Herstellung eines Dritten zuschreibt.

Doch, hiermit noch nicht zufrieden, erfolgte in der sechsten Sitzung von 1830 der Hohen Bundesversammlung folgender Herzoglich-Braunschweigische Vortrag:

»Wiewohl Se. Herzogliche Durchl. ein ständisches  
 »Mitglied, den Fürstl. Lippischen Geheimen-Rath  
 »von Strombeck, mit einer Audienz beehrt, so ist  
 »bei dieser Gelegenheit von einem schriftlichen Ent-  
 »wurfe über Dasjenige, was den ständischen Aus-  
 »schüssen mitgetheilt werden solle, nie die Rede



„gewesen, und der gedachte 2c. von Strombeck  
 „muß sich das singuläre Vergnügen gemacht ha-  
 „ben, die vielleicht übel verstandenen Aeußerungen  
 „Sr. Durchl. zu Papiere zu bringen, um von die-  
 „sem von ihm allein relevirenden, der Herzogli-  
 „chen Regierung ganz unbekannt gebliebenen Auf-  
 „satze bei den ständischen Zusammenkünften will-  
 „kürlichen Gebrauch zu machen.“

Anfangs entstand der fragliche Aufsatz durch die dreiste Herstellung eines Dritten, jetzt soll sich der Geh. Rath von Strombeck das singuläre Vergnügen gemacht haben, ihn selbst zu Papiere zu bringen! — Die Wahrheit ist erzählt: Der Aufsatz ist von Sr. Durchl. dem Herzoge Carl entweder selbst, oder auf Höchstdeßsen Befehl abgefaßt: denn er erfolgte genau zu der Zeit, für welche er mir versprochen war, er war dem zum voraus angedeuteten Inhalte gemäß, es überbrachte ihn ein bekannter Herzoglicher Stallbedienter, er ist von der Hand eines bekannten Canzlisten geschrieben, er war verschlossen mit dem großen Herzoglichen Cabinets-Siegel, und befindet sich im Original, zu jedes Competenten Einsicht, bei den land-schaftlichen Acten.

Der Verfasser unterläßt es, die möglichen Fälle aufzuzählen, wie dieser Vorgang zu erklären, er greift in dieser Beziehung dem geneigten Leser nicht im Geringssten vor. Darin aber hofft er die Zustimmung desselben: daß eine Zeit zu beklagen sey, in welcher Vorgänge dieser Art möglich sind.

## **Einige Bemerkungen,**

veranlaßt durch die in Hannover erschienene Broschüre: Actenmäßige Würdigung einer Schmähschrift, welche unter dem Titel: »Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung« in dem Königreiche Hannover verbreitet worden ist. gr. 8. geh. 4 Ggr.

## **Deutschland und die Reform,**

mit besonderer Beziehung auf Hannover. Von Dr. Erdwin v. d. Horst in Rothenburg. 4 Ggr.

## **Der Aufstand der Braunschweiger**

am 6. und 7. September, seine Veranlassung und seine nächsten Folgen. Mit offiziellen Aktenstücken begleitet. gr. 8. geh. 6 Ggr.

## **Betrachtungen**

### **über den Aufstand der Braunschweiger**

und den gewünschten endlichen Regierungs-Antritt Sr. Durchlaucht des Herzogs Wilhelm von Braunschweig-Oels. Aus dem Standpunkte des Naturrechts, des positiven Staatsrechts und der Politik. gr. 8. geh. 4 Ggr.

## **Was ist Rechters,**

wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegenhandelt? Erörtert und beantwortet von Friedrich Karl v. Strombeck, Geheimen-Rathe, Oberappellationsrathe und Mitglieder des engeren Ausschusses der Braunschweigischen Stände. Dritte, mit Zusätzen vermehrte Auflage. gr. 8. geh. 8 Ggr.

## **Ein Blick auf die**

### **gegenwärtige Gestaltung Sachsens**

in Beziehung auf Staat, Kirche und Wissenschaft gr. 8. geh. 4 Ggr.

## **Die Rechtsache des Freiherrn v. Sierstorpff,**

welcher der verletzten Ehrerbietung gegen Se. Durchlaucht den Herzog Carl zu Braunschweig-Lüneburg beschuldigt worden. Als Beitrag zur Geschichte der Braunschweigischen Landes- und Deutschen Bundes-Justiz, in einer Reihe von Actenstücken und Anmerkungen herausgegeben von Dr. Georg Bruns zu Wolfenbüttel. gr. 8. geh. 16 Ggr.

## **Beiträge zur**

### **Geschichte des Herzogthums Braunschweig.**

Erster Beitrag. Das Grundsteuer-System des Herzogthums Braunschweig geschichtlich verfolgt und erläutert von W. J. E. Bode, Magistrats-Director zu Braunschweig. gr. 8. geh. 16 Ggr.

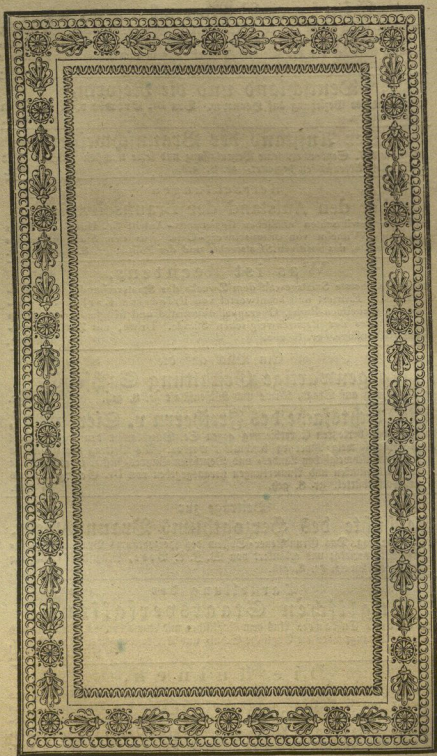
## **Darstellung der**

### **Englischen Staatsverfassung,**

von George Cusance. Aus dem Englischen mit Anmerkungen, Zusätzen und einem Anhange über die Englische Schul- und Universitäts-Verfassung. gr. 8. geh. 1 Thlr. 16 Ggr.

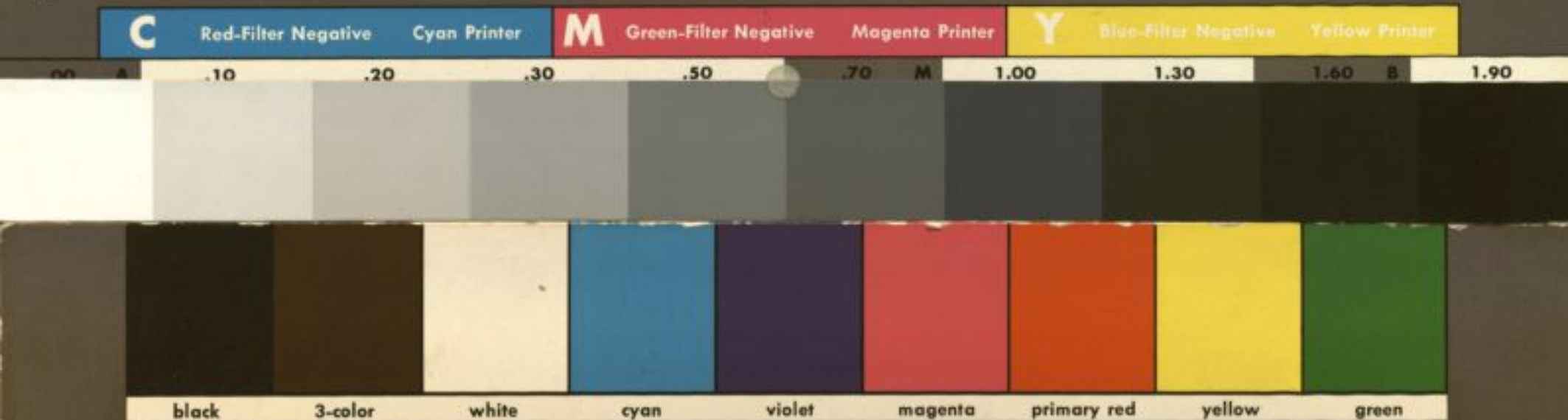
## **Die Ruinen,**

oder Betrachtungen über die Revolutionen der Reiche, und das natürliche Gesetz von C. F. Grafen von Volney, Pair von Frankreich. Aus dem Französischen von Georg Förster. 7te Auflage, mit einem Vorwort über das Leben des Verfassers vom Grafen Daru, Pair von Frankreich. Mit Kupfern gr. 8. Fein Velinpap. geh. 1 Thlr. 8 Ggr.





# KODAK GRAY SCALE



## KODAK COLOR CONTROL PATCHES

*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*

